

Ungarn: Grosses Interview mit Regierungschef Viktor Orban

Nummer 13 – 29. März 2012 – 80. Jahrgang
Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.40

DIE WELTWOCH



Staatsfeind Nummer 1

Wie politisch ist das Verfahren gegen Christoph Blocher?

Von Alex Baur, Urs Paul Engeler und Philipp Gut

Leonardo Da Vincis verlorenes Meisterwerk

Ein Thriller aus der Wirklichkeit elektrisiert die internationale Kunst-Szene.

Von Urs Gehriger


ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865

Life is in the movement

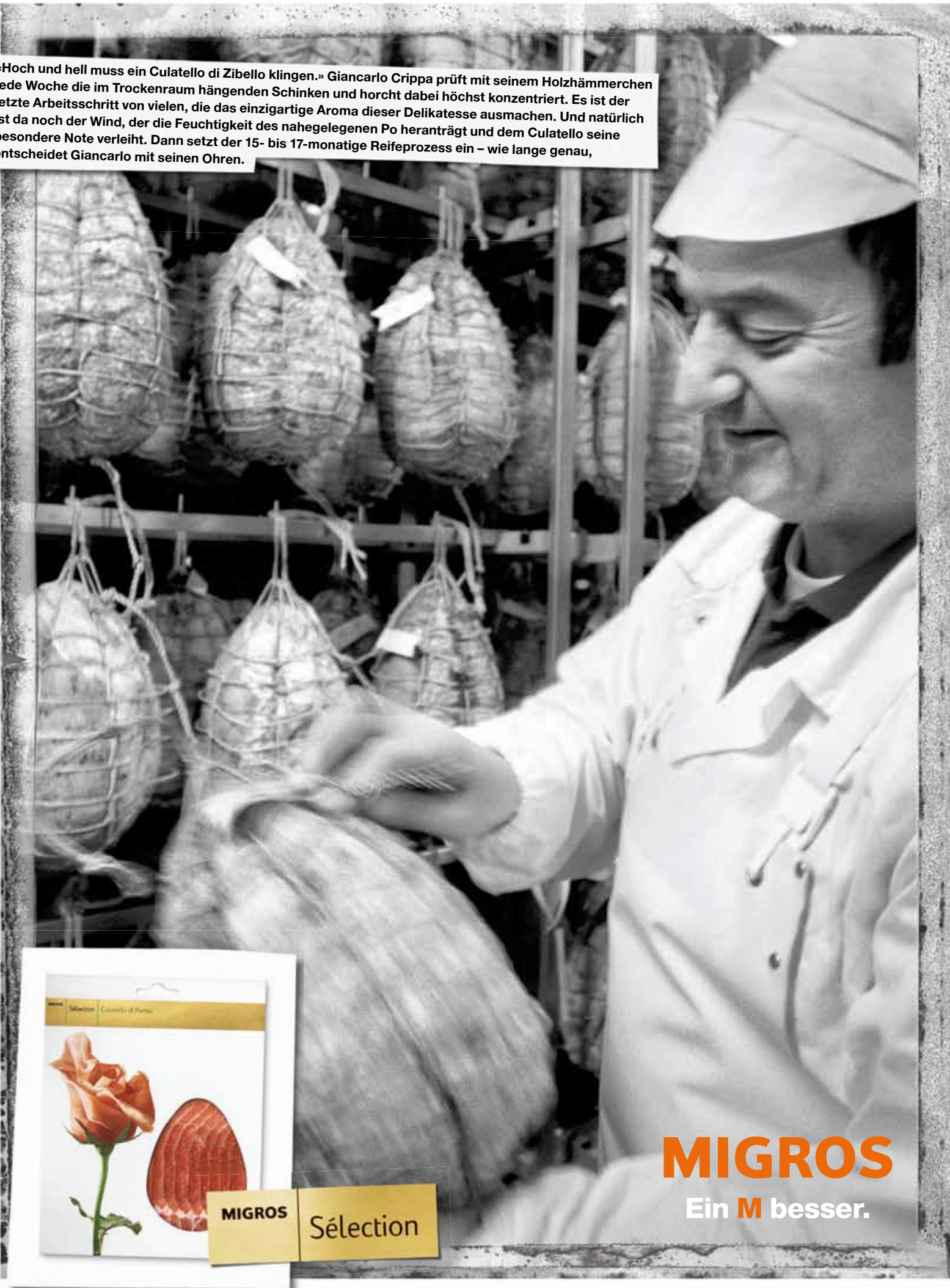


EL PRIMERO
CHRONOMASTER OPEN

www.zenith-watches.com

9 770043 266008

«Hoch und hell muss ein Culatello di Zibello klingen.» Giancarlo Crippa prüft mit seinem Holzhämmerchen jede Woche die im Trockenraum hängenden Schinken und horcht dabei höchst konzentriert. Es ist der letzte Arbeitsschritt von vielen, die das einzigartige Aroma dieser Delikatesse ausmachen. Und natürlich ist da noch der Wind, der die Feuchtigkeit des nahegelegenen Po heranträgt und dem Culatello seine besondere Note verleiht. Dann setzt der 15- bis 17-monatige Reifeprozess ein – wie lange genau, entscheidet Giancarlo mit seinen Ohren.



MIGROS Sélection

MIGROS
Ein **M** besser.

Intern

Vor zwei Jahren suchte der Informatiker Reto T. *Weltwoche*-Redaktor Alex Baur auf, weil er sich von der Thurgauer Justiz zu Unrecht verfolgt fühlte. Es war eine von vielen Justiz-Geschichten, die Baur nach Vorrecherchen fallen liess, weil sie für eine journalistische Aufarbeitung schlicht zu komplex sind. Derselbe Reto T. ist nun als Auslöser der Affäre Hildebrand unverhofft wieder auf die Bildfläche getreten. Baur nahm seine Recherchen wieder auf und stellte fest: Die eher skurrile Vorgeschichte erklärt einiges über die Rolle von Reto T. im Fall Hildebrand. **Seite 22**

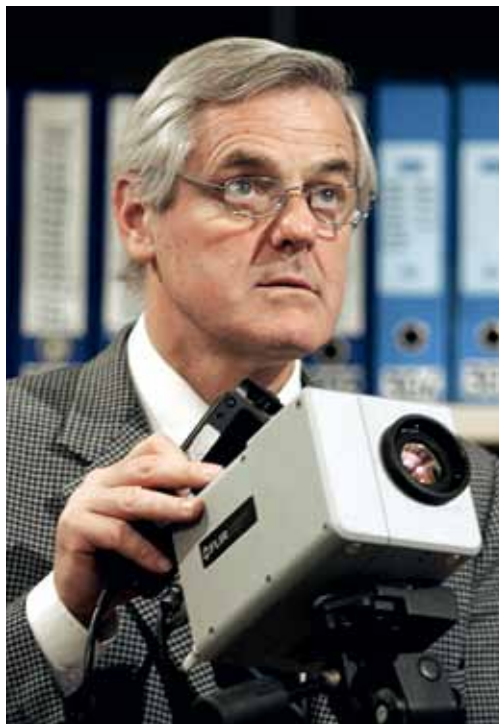
Johan Eliasch, CEO und Mehrheitseigentümer der Sportartikelfirma Head, ist ein Mann, der viel erzählen könnte aus seinem Leben. Fragt



Viel zu erzählen: Head-CEO Eliasch

man ihn, was die prägendsten Ereignisse bei Head waren, wäre zum Beispiel interessant zu hören, wie er vor siebzehn Jahren ein konkursites Unternehmen aufgekauft und saniert hatte. Oder dass er der Erfinder des Titan-Tennisschlägers ist. Oder verantwortlich ist für das Comeback des Skifahrens, dank dem Carving-Ski. Nachdem ihn unsere Autorin Carmen Schirm-Gasser nach vielen vergeblichen Versuchen endlich am Telefon hatte, sagte der Schwede, das absolut Grösste für ihn sei gewesen, als Didier Cuche diesen Winter in Kitzbühel gewonnen habe. Dass er danach Novak Djokovic und dessen Wimbledon-Sieg, das Comeback von Andre Agassi (mit Head-Tennisschlägern) oder die späten Erfolge von Hermann Maier auf Head-Ski erwähnte, erschien schon beinahe nebensächlich. **Seite 36**

Fünfzehn Gemälde hat Leonardo da Vinci der Nachwelt hinterlassen. In der Galerie des Universalgenies klafft eine prominente Lücke: Die «Schlacht von Anghiari» (1505) gilt als «Wendepunkt der Kunstgeschichte». Seit 450 Jahren ist es verschollen. Nun steht die Welt möglicherweise vor einer Sensation. Der Ingenieur Maurizio Seracini, 65, behauptet, er habe das Meisterwerk aufgespürt. Urs Gehrig ist nach



Auf da Vincis Spur: Kunst-Detektiv Seracini.

Florenz gereist und liess sich von Seracini an die Fundstelle führen. «Schon morgen könnte ich den Schatz heben», erklärte er. Doch die Kulturelite versperre ihm den Weg. Sie verachtet den Da-Vinci-Detektiv. Mit Hightech-Methoden hat er bereits etliche Gemälde als Fälschungen entlarvt – und damit gestandene Kunstkenner düpiert. **Seite 40**

In eigener Sache: Wirtschaftsredaktor Pierre Heumann, der sich in den vergangenen Jahren durch fundierte Recherchen zur Schweizerischen Nationalbank (SNB), zur Steuerproblematik und zu anderen wirtschaftspolitischen Themen profiliert hat, wird fortan verstärkt aus dem Nahen Osten berichten – für die *Weltwoche*, die *Basler Zeitung* und das deutsche *Handelsblatt*. Heumann ist auf unserer Redaktion eine Institution, er schreibt seit 25 Jahren für dieses Blatt. In der ihm eigenen Doppelbegabung hat der Ökonom die Wirtschafts- und Nahost-Berichterstattung über all die Jahre geprägt. Wir danken dem hervorragenden Journalisten und sympathischen Kollegen für den grossen Einsatz und freuen uns – sicherlich auch im Namen der Leser – auf weitere Artikel. An seiner neuen Wirkungsstätte wünschen wir ihm und seiner Familie alles Gute.

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 218.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehrig,

Pierre Heumann, Kari Kälin,

Peter Keller, Andreas Kunz,

Christoph Landolt, Daniela Niederberger,

Alex Reichmuth, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Peter Holenstein,

Hansrudolf Kamer, Wolfram Knorr,

René Lüchinger, Dirk Maxeiner,

Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller,

Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,

Kurt Pelda, Pia Reinacher,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Patrick Kull (*Assistent*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Geschäftsführer: Sandro Rügger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Jean-Claude Plüss (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung Stilausgaben*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Stailamedia

Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50,

info@stailamedia.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Als der junge Thom Richard in die USA kam, hatte er einige Dollars in der Tasche und nur einen Traum: fliegen. Heute, nach über 9000 Flugstunden auf seinem Konto, lebt der versierte Pilot seine Leidenschaft voll aus und nimmt namentlich an den berühmten Wettkämpfen von Reno teil, am Steuer der "Precious Metal", dem mythischsten Rennflugzeug. Nun peilt er einen Sieg in Reno und den Geschwindigkeitsweltrekord an. An seinem Handgelenk trägt er das ultrarobuste und ultrazuverlässige Instrument Chronomat, in dem ein Hochleistungsmotor tickt, ein hundertprozentiges Breitling Werk. Für Thom Richard ganz einfach der weltbeste Chronograf.

5-JÄHRIGE BREITLING GARANTIE CHF 47'180.- unverbindlicher Richtpreis

BEYER
UHREN UND JUWELEN

BEYER CHRONOMETRIE AG · BAHNHOFSTRASSE 31 · ZÜRICH
TEL +41 (0)43 344 63 63

"WER EIN RENNFLUGZEUG MIT EINEM 3200-PS-MOTOR
STEUERT, BENÖTIGT DIE ÜBERLEGENE PERFORMANCE
DES **WELTBESTEN CHRONOGRAFEN.**"



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Bis die Schweiz eine nationale Plattform für Unternehmertum und Innovation hatte, wollten SEF-Gründer Stefan Linder und Peter Stähli nicht ruhen.



Setzt sich Ihre Bank ebenso *aktiv* für den Erfolg von Schweizer KMU ein wie Stefan Linder und Peter Stähli?

Stefan Linder und Peter Stähli wissen um die Bedeutung von KMU in der Schweiz.

Dass eine Volkswirtschaft ohne sie nicht überlebensfähig wäre.

Darum fördern die beiden Initianten mit dem Swiss Economic Forum (SEF) bereits seit über einem Jahrzehnt das Schweizer Unternehmertum und seine Innovationen.

Als SEF-Partner der ersten Stunde teilen wir diese Auffassung und stehen Ihnen und Ihrem Unternehmen deshalb bei sämtlichen finanziellen Herausforderungen beratend zur Seite.

Bis wir Sie Ihren Geschäftszielen ein Stück näher bringen, dürfen Sie sich auf eines verlassen:

150
Jahre

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/wirwerdennichtruhen

Schweiz?

**Der Geist der Selbstdemontage.
Und: Ein schöner Abend mit
Ungarns Regierungschef Orbán.**
Von Roger Köppel

Die Schweiz schafft sich ab. Das ist keine überspannte Journalistenmetapher, sondern eine realistische Beschreibung der Situation mit Blick auf die wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren des Landes. Das Problem, von dem wir sprechen, ist eine direkte Folge der letzten Wahlen (Linksrutsch) und der Neubesetzung des Finanzdepartements durch eine unangreifbare, von ihren Anhängern zur Lichtgestalt hochgedeutete und für phänomenal erklärte Finanzministerin (Widmer-Schlumpf), die in Frage zu stellen sich einfach nicht gehört.

Es begann mit zarten Vorboten des Unheils. Das Parlament in Bern stockte die Entwicklungshilfe auf und lehnte es ab, die Mehrbeträge an die Bereitschaft der Nehmerländer zu knüpfen, der Schweiz bei Flüchtlingsrücknahmen entgegenzukommen. Zur Überraschung aller Nichteingeweihten sperrte sich der Nationalrat auch gegen die Forderung, mit Drogen dealenden Asylbewerbern den Anspruch auf den Flüchtlingsstatus zu entziehen. Dass die Räte zudem keine grosse Lust verspürten, sich kritisch mit der Tatsache spekulierender Notenbankdirektoren und ihrer versagenden Aufsicht auseinanderzusetzen, konnte nicht mehr überraschen. In weiteren Kantonen wurde zudem die Pauschalbesteuerung abgeschafft, was zuzugswillige Millionäre aus dem Ausland effektiv abschrecken dürfte.

Die Schweiz im Frühling 2012 ist damit beschäftigt, in eine atomstrom- und damit weitgehend energiefreie Zukunft auszusteigen. Die energiepolitische Selbstreinigung wird das Land Tausende von Arbeitsplätzen kosten. In den Medien rollt seit Wochen eine giftige Kampagne gegen den Rohstoffhandel. Glasenberg und Glencore lauten die Reizbegriffe. Die Zeitungen prangern an, die Managervillen werden als Tempel des Bösen dargestellt. Dass die Unternehmen der Schweiz Steuermillionen und Stellen bringen, wird ausgeblendet. Immerhin hat die Hetze gegen die Rohstoffhändler die Beschimpfungen der Pharmaindustrie etwas aus den Schlagzeilen verdrängt. Den Chemie-Konzernen rückt dafür Gesundheitsminister Alain Berset zu Leibe, indem er ihnen geschäftsschädigend tiefere Preise aufzwingt.

Dekadenz beginnt beim Mangel an Einsicht in die Grundlagen des eigenen Wohlstands. Kann es sein, dass die Schweiz aus moralischer



Tempel des Bösen.

Eitelkeit an den Säulen ihres Reichtums sägt? Jedenfalls nehmen es die Bürgerlichen dumpf und schweigend hin, dass die Linke gegen die vernünftige Unternehmenssteuerreform des früheren Finanzministers Hans-Rudolf Merz mit haarsträubenden Unwahrheiten zu Felde zieht. Dank dem neuen Merz-Gesetz dürfen die Konzerne, endlich, frühere Kapitaleinlagen (Agio) steuerfrei an die Aktionäre zurückzahlen. Es ist wie beim Bankbüchlein, wo man seine längst versteuerten Einzahlungen ebenfalls steuerfrei wieder abheben darf.

Die Linke behauptet tatsachenwidrig und unterstützt von den grossen Medienhäusern, dank Merz würden gierige Milliardäre mit steuerfreien Dividenden gemästet. Das ist falsch. Es geht nicht um Dividenden, die nach wie vor versteuert werden müssen. Es geht um bereits versteuerte Kapitaleinlagen, die ohne nochmalige Besteuerung an die Einzahler zurückbezahlt werden dürfen. Das ist nicht nur gerecht, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Agio-Millionen werden jetzt für Investitionen wieder frei. Die Linke will das Rad zurückdrehen, die ungerechte Agio-Besteuerung wieder einführen und damit die Attraktivität der Schweiz vermindern. Die Bürgerlichen schauen zu.

Der politische Wind dreht nach links. Die Auswirkungen sind spürbar, am deutlichsten auf dem Finanzplatz. Der Bankenindustrie wurde in den letzten Jahren vieles zugemutet. Gewiss, es gab Eigenfehler, aber

die Bereitschaft der Politik, sich für die Banken einzusetzen, tendierte gegen null. Den jüngsten Schlag gegen die gebeutelte Branche führte diese Woche die Schweizer Finanzaufsicht Finma. An einer bemerkenswerten Pressekonferenz überraschte Finma-Chef Patrick Raafaub mit ganz neuen Tönen. Er sprach sich für den automatischen Informationsaustausch aus, forderte ein Ende der «Geheimniskrämerei» und rief die Banken auf, ihre Kunden auf die Steuerehrlichkeit hin zu durchleuchten. Es dürfe «kein Geschäftsmodell sein, Steuerhinterziehung von Ausländern» nur schon «stillschweigend zu dulden». Banken werden zu Fahndungsinstrumenten, vom Schutz der Privatsphäre ist keine Rede mehr. Mit solchen politischen Empfehlungen, die eigentlich gar nicht zu seinem Auftrag gehören, liegt Raafaub genau auf der Linie der Finanzministerin, von der man weiss, dass sie das Bankgeheimnis zugunsten der Steuerbehörden auch im Inland schleifen möchte.

Ein Bekannter erzählt, dass ausländische Freunde und Unternehmer die Schweiz in diesem Frühling nicht mehr wiedererkennen. Viele reiben sich die Augen. Der Geist der Selbstdemontage weht durchs Land.

Im Berliner Restaurant «Capriccio», einer der besten Adressen im Westen der Stadt, aber bei aller Qualität nicht abgehoben, sondern von familiärem Charme, war letzten Freitagabend Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán zu Gast. Der 49-jährige Politiker und mehrfache Regierungschef ist hinter Syriens Präsident Assad vermutlich die in den westeuropäischen Medien am meisten angefeindete Figur. Völlig zu Unrecht. Als betont liberal-konservativer Politiker tritt Orbán für Werte ein, deren Skandalwert gering ist, die ihm heute aber in den Zeitungen bissige Kritik eintragen: Familie, Nation, christliche Werte, harte Arbeit, Freiheit, Eigenverantwortung. Wer zu den bewährten Erfolgsfaktoren Europas steht, gilt in der EU bald als extrem, als Sonderling.

Orbán wirkt im Gespräch sympathisch, offen, humorvoll, jugendlich, sogar selbstkritisch. Die Konflikte mit der EU drehen sich alle um Fragen der nationalen Selbstbestimmung. Die Ungarn finden, Brüssel rede ihnen zu sehr in die eigenen Angelegenheiten hinein. Glaubhaft schildert Orbán sein Bemühen, Ungarn für Investoren attraktiver zu machen. Er erzählt von Sozialreformen und Steuer-senkungen, von den Altlasten der Kommunistenherrschaft, aber auch von überstürzten Reformen in den neunziger Jahren im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft. Der pointierte Kritiker der EU gibt überraschend zu, Ungarn dauerhaft in der EU verankern zu wollen, die nationalen Stärken und Eigenheiten aber zu bewahren. Orbán wirkt weder stur noch ideologisch. Er habe einfach mit angesehen, wie linke Rezepte politisch ins Verderben führen.



Opera buffa: SVP-Politiker Blocher. Seite 22



Goldgrube: Weizenernte. Seite 32



Spurensuche: Palazzo Vecchio. Seite 40



Kunst und Kommerz: Madonna. Seite 54

Kommentare & Analysen

7 Editorial

11 Kommentar Vertreibung und Revival

11 Im Auge Cristina Kirchner, Präsidentin Argentinien

12 Freisinn De Schepper rettet die FDP

13 Personenkontrolle Huber, Fiala, Fluri, Moret, Malama, Fasel, Körner, de Weck, Strehle

13 Nachruf Papst Schenuda III. (1923–2012)

14 Im Sog der Zahlen

Bilaterale I: Nicht nur in der Verkehrspolitik hat der Bundesrat die Bevölkerung getäuscht

16 Die Deutschen Gelebter Umweltschutz

16 Wirtschaft Heilsame Staatspleiten

17 Ausland Der preussische Italiener

18 Mörgeli Am Stehtisch und am Biertisch

18 Bodenmann Im Alleingang

19 Medien Das redaktionelle Umfeld

19 Kostenkontrolle 10 753 Franken für zertifizierte Luft

20 Leserbrief/Darf man das?

Hintergrund

22 Staatsfeind Nummer 1

Das Strafverfahren im Fall Hildebrand verkommt zum Schauprozess gegen Christoph Blocher

26 «Der Teufel kommt»

Christoph Blocher wird seit Jahrzehnten heftig angegriffen. Ein Wunder, dass er noch nicht eingesperrt wurde

28 Entscheid mit Nebenwirkungen

Gesundheitsminister Alain Berset vergrault die Pharmaindustrie und schadet dem Standort Schweiz

30 Der König von Bern

Marc Lüthi steht dem Eishockeyverein SC Bern vor und ist populärer als der Stadtpräsident

32 Besser als Goldman Sachs

Der Rohstoffhandel hat sich zu einer Goldgrube entwickelt. Zum Wohl der Wirtschaft und der Armen auf der Welt

34 Mobilität Der Automobilist dient als Sündenbock

35 SRG Blinde Verehrung der Dokumentation «Vol spécial»

36 Der grosse Unbekannte

Johan Eliasch – der Mann, der dem Schweizer Ski-Star Didier Cuche eine Million fürs Weiterfahren offerierte

38 Island Land ohne Währung

39 Klimaschutz Der Zertifikatehandel funktioniert nicht

40 Leonardo da Vincis verlorenes Meisterwerk

Der Ingenieur Maurizio Seracini ist überzeugt, ein seit 450 Jahren verschollenes Meisterwerk gefunden zu haben

45 Terrorismus Spekulationen nach den Morden in Toulouse

46 Neuro-Nonsens

Die verlockenden Fehlinterpretationen der Hirnforscher



«Es kommt die Zeit der Regionalisierung»: ungarischer Ministerpräsident Orbán. Seite 48

Interview

48 «Mein Leitwert ist die Freiheit»

Der im Westen heftig kritisierte ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán spricht über sein Land, seine Gegner und die Mühen des Kleinstaats in der EU

Stil & Kultur

52 Stil & Kultur Alex Prager, Fotografin

54 Bestseller

54 Die Metropole

Je weniger man dem neuen Album von Madonna zuhört, um so mehr Spass kann es machen

56 Literatur Andreas Gross (SP) über die Erzählung von Oskar Freysinger (SVP)

57 Zirkus Die letzten Gladiatoren

57 Jazz Sonny Rollins Trio

58 Top 10

58 Kino «Tyrannosaur»

59 Radio-Kritik Von DRS zu SRF

60 Namen Soziales Handicap

61 MvH Mein Förderband

61 Gesellschaft Testballons

62 Die Besten Wir notieren die Sommerzeit

63 Thiel Öffentliche Geheimsache

63 Wein Vintage Port Adelaide 2009

65 Auto Suzuki SX4 Diesel 4x4 GL Top

66 Hochzeit Sylvia Wollny und Dieter Wollny

Autoren in dieser Ausgabe

Christopher Caldwell



Der amerikanische Journalist und Buchautor bewährt sich immer wieder als kritischer Beobachter der Vorgänge in Europa. In dieser Ausgabe beschreibt er, wie französische Linke versuchten, die islamistischen Morde von Toulouse einem rechts-extremen Milieu zuzuordnen. Seite 45

Roger Scruton



Der britische Philosoph und Schriftsteller ist Forschungsprofessor am Institute for the Psychological Sciences im amerikanischen Crystal City. In seinem Artikel kritisiert er die Tendenz der Neurowissenschaftler, die menschliche Existenz mit Funktionen des Gehirns zu interpretieren. Seite 46

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH

HAT-System: Fussbodenheizung sanieren und Heizkosten reduzieren

Fussbodenheizungen werden mit der Zeit spröde und rissig. Das patentierte Verfahren HAT-System reinigt und versiegelt die Heizrohre so, dass diese wieder neuwertig sind.

In fast 50 Prozent der heute gebauten Einfamilienhäuser zählen Fussbodenheizungen zum Standard. Ihre Erfolgsgeschichte begann in den 1970er-Jahren, als der Übergang von Eisen- zu Kunststoffleitungen gelang. Damals war das Kunststoffrohr jedoch nicht viel mehr als ein Gartenschlauch, wie es ein Sanierer etwas salopp ausdrückt.

Viele der vor 20 bis 30 Jahren installierten Anlagen kommen jetzt in die Jahre. Die Sanierungsfälle nehmen zu. Die Frage ist nur: wie kann man ein System reinigen, das unter dem Fussboden liegt?

Nach 20 Jahren: Fussbodenheizung überprüfen

Fachleute raten zur Überprüfung einer Fussbodenheizung nach spätestens 20 Jahren. Solange die Rohre halten, ist eine Sanierung mit dem Hat-System noch möglich. Sind diese erst einmal gerissen, bleibt wirklich nur die Totalsanierung. Und die ist schmutzig, teuer und langwierig.

Das Grundproblem heisst «Materialversprödung»

Verfahren, bei denen eine Fussbodenheizung mit hohem Druck durchgespült und so von Schmutz und Ablagerungen befreit wird, gibt es schon länger. Mit einem Spülkompressor wird abwechselnd Wasser und Luft in den Heizkreis gepresst. Diese Methode ist aber nur bedingt erfolgreich, da nur die leichten Partikel ausgeschwemmt werden. Die schweren Teile bleiben im System zurück, und nach einiger

Zeit tauchen die gleichen Symptome wieder auf, also Verschlämung oder Rostablagerung und damit einhergehend Wärmeverlust. Ein anderes Verfahren arbeitet mit einer Reinigungspistole, die schaumstoffähnliche Projektile mit Druckluft durch die Heizkreise schießt. Der Durchmesser des Schaumstoffes ist etwas grösser als der der Heizleitungen, wodurch die Ablagerungen von den Wänden «gekratzt» werden.

Doch weder das eine noch das andere Verfahren ändert etwas am grundsätzlichen Problem der alten Leitungen: der Versprödung des Materials.

Das HAT-System ist weltweit einzigartig

Vor Jahren wurde die alternative Innenrohrsanierung namens HAT-System entwickelt, die mit Kunstharz auf Epoxyd-Basis arbeitet. «Es ist das weltweit einzige System zur Innensanierung von Fussbodenheizungen», so Werner Näf, der Erfinder des HAT-Systems. Das von seiner Firma patentierte Verfahren verbindet gleich mehrere Vorteile: Die Sanierung kann rund um das Jahr stattfinden – also auch im Winter. Die Wohnungen und Büros können trotz der Arbeiten weiter genutzt werden. Und nicht zuletzt ist die Sanierung viel günstiger als alle herkömmlichen Methoden.

So funktioniert das HAT-System

Mit einem Sandstrahlverfahren werden zuerst die Rohinnenflächen gereinigt. Dafür wird ein auf den jeweiligen Verkrustungsgrad abgestimmtes Granulat mit Druckluft so durch die Rohre geblasen, dass selbst kleinste Winkel und Verzweigungen erfasst werden. Am Ende des Rohres saugt eine Recyclingmaschine das Granulat und die Rückstände ab. Anschliessend



Foto: HAT-Tech

Sorgfältige Wasseranalyse vor der Sanierung.

wird das flüssige Epoxidharz mit Druckluft durch das Rohrsystem geblasen. Sobald überschüssiges Material am Ende der Leitung austritt, werden Druck und Luftvolumen reduziert, damit das an den Rohrwänden haftende Harz nicht mehr weiterfliessen kann. Es bildet innerhalb der alten Leitung eine dünne Schicht. So entsteht ein «Rohr im Rohr», das das alte von innen abdichtet.

Kaum Störungen während der Sanierung

Die Heizungsanlage bleibt während der aufwändigen Arbeiten in Betrieb, es werden nur die zur Sanierung anstehenden Kreisläufe vom Netz genommen. Mobile Radiatoren halten die gewünschte Raumtemperatur. Die innovative Sanierungsmethode entspricht

vollumfänglich dem Wunsch der Hausbewohner nach einer sanften Sanierung, die wesentlich kostengünstiger und sauberer ist als eine Totalsanierung. Dies weitgehend ohne eine Störung des Alltags.

Nachhaltigkeit inbegriffen

Dass diese nachhaltige Sanierungsmethode auch die Heizkostenwesentlich reduziert rundet die überzeugende Sanierung mit HAT-System ab. Überzeugen auch Sie sich und verlangen Sie eine Heizwasser-Analyse. Wir freuen uns auf Ihren Anruf.

HAT-Tech AG
Wolleraustr. 41
8807 Freienbach
Tel. 044 786 79 00
www.hat-system.com



Saniertes «Rohr im Rohr».

Vertreibung und Revival

Von Urs Paul Engeler — Das Imperium helveticum schlägt zurück. Der Schauprozess gegen seine Person eröffnet Blocher neue politische Chancen, sofern er sich nicht hinter seiner Immunität versteckt.



Als Konsequenz bleibt nur der Rücktritt: Systemkritiker Blocher.

Wenn die Bundespräsidentin via Schweizer Staatsfernsehen den Befehl ausgibt, eine «knallharte Untersuchung» müsse den Transfer von Bankdaten des Notenbankchefs Philipp Hildebrand offenlegen, dann handelt die «unabhängige» Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich ebenso eilig wie devot. Wenn die Bundespräsidentin weiter diktiert, es müssten ihr «die Drahtzieher» präsentiert werden, dann denkt sie nicht an einen Informatiker der Bank Sarasin und auch nicht an einen Thurgauer Anwalt. Wenn die «unabhängigen» Zürcher Oberstaatsanwälte die bundesrätlichen Weisungen erfüllen wollen, müssen sie auf SVP-Nationalrat Christoph Blocher los, und zwar so, dass er keine Chance hat.

Das haben sie getan.

Zuerst wurde ein dem *Sonntagsblick* entnommener Anlass konstruiert, der keiner war (vgl. Artikel Seite 22). Dann wurden mit exklusiver Vorinformation des Staatsfernsehens spektakuläre Haus- und Bürodurchsuchungen inszeniert. Als dann trat der Leitende Oberstaatsanwalt Andreas Brunner exklusiv im Staatsfernsehen auf, um Christoph Blocher vorzuverurteilen. Man habe «potenziell beweisrelevantes Material» sichergestellt, behauptete der ehrenwerte Mann schon vor der Sichtung des – noch immer versiegelten – Materials. Schliesslich machte sein Kollege,

Oberstaatsanwalt Martin Bürgisser, sich öffentlich darüber lustig, dass Blocher für sich die parlamentarische Immunität beansprucht. Und ein Altbundesrichter der CVP sagte an, bei Blocher gelte das Recht auf Immunität nicht.

Die öffentliche Meinung ist gemacht und die politische wohl auch.

Eigentlich könnte Christoph Blocher aufgeben, sich dem öffentlichen Schau-Verfahren stellen und versuchen, aus der Justizfarce das persönlich und parteipolitisch Beste zu machen. Dass er sich an seine Immunität klammert, hat zwei Gründe: einen prinzipiellen, gewichtigen und einen individuellen, weniger plausiblen.

Der parlamentarische Schutz vor Strafverfolgung ist ein wichtiges Arbeitsinstrument für Abgeordnete, welche die Verwaltung und die Regierung kontrollieren und auch andere heisse Eisen anfassen müssen. Ohne dieses Vorzugsrecht könnten unbequeme Kritiker mit prophylaktischen Klagen aller Art mundtot gemacht und – wie die Aktionen des Zürcher Justizapparats aktuell beweisen – leicht ausgeschaltet werden. Ein voreiliger Verzicht auf dieses Werkzeug wäre ein Präjudiz mit weitreichenden Folgen. Jeder Parlamentarier, dem brisante Informationen zu einem vermuteten Missstand zugetragen würden, liesse

»» Fortsetzung auf Seite 12

Krieg auf High Heels



Cristina Kirchner, Präsidentin Argentiniens

Die Nachricht vom Dezember, dass der Präsidentin die Schilddrüse wegen Krebsbefalls entfernt werden müsse, ein Jahr nach dem Tod ihres Mannes und Vorgängers und nur wenige Wochen nach ihrer eigenen Wiederwahl, weckte die Geschichte auf: Würde Argentinien um Cristina weinen wie einst um Evita, die Landesmutter der Armen an der Seite Juan Domingo Peróns, die vor sechzig Jahren an Krebs gestorben war? Cristina imitiert Evita im laroyanten Tonfall, mit der geballten Faust am Mikrofon, mit der leicht fließenden Träne und den schweren Juwelen. Nach der Operation im Januar stellt sich heraus: Es ist kein Tumor. Seither wirkt Cristina Fernández de Kirchner, 59, wie beflügelt. Und sie hat ein anderes Trauma wiederbelebt: das Fiasko der argentinischen Eroberung der Islas Malvinas, der britischen Falklandinseln, am 2. April vor dreissig Jahren.

Die Präsidentin öffnete die Giftschränke der unrühmlichen Vergangenheit. Der Untersuchungsbericht des Generals Benjamin Rattenbach aus dem Jahr 1983 deckt auf, wie die Militärjunta blutjunge Soldaten als Kanonenfutter opferte und überhaupt keine Strategie hatte, weil sie nie damit rechnete, dass Margaret Thatcher ihre Navy in den Südatlantik schicken würde. Die Falklandinseln sind für die Briten der Brückenkopf zur Antarktis und ihren Rohstoffen. Auf den Inseln leben 3000 Einwohner, 2000 Soldaten und eine halbe Million Schafe, aber unter dem Meeresgrund werden riesige Ölvorkommen vermutet. Kirchner, Tochter einer Wolgadeutschen und eines Spaniers, in ihrer Jugend eine radikale Linke, entfesselte eine Propagandaschlacht um die Malvinas und wird von fast allen Ländern Lateinamerikas unterstützt. London reagierte mit der Entsendung von Kriegsschiffen und des Prinzen William als Helikopterpilot. Zur Stärkung genehmigte sich Cristina eine Gehaltserhöhung von monatlich 5000 Franken auf 6300 Franken netto, weniger, als ihre Minister verdienen, und es bleibt schleierhaft, wie es ihr gelingt, jeden Tag in neuem Outfit und teuersten Kampf-High-Heels zum Dienst in der Casa Rosada anzutreten.

Peter Hartmann

künftig seine Finger davon. Diese Überlegung wird manchen politischen Gegner Blochers zögern lassen, dessen Immunität aufzuheben.

Bei Christoph Blocher wird dieses sinnvolle Motiv von einem zweiten Verlangen überlagert. Der generelle Kritiker des Systems und Führer der Opposition will Teil des Systems sein. Er geniesst die Freiheit der harten Attacke von Herrliberg aus und sucht gleichzeitig den Schutz eines Mitglieds der Berner Institutionen. Dieses Geschäftsmodell ist widersprüchlich und war auch nie allzu gewinnbringend. Die grossen Erfolge feierten er und seine Partei, wenn sie – von EWR bis Ausschaffung – von weit aussen gegen alle kämpften, die sich im Bundeshaus verschanzt hielten.

Die zweite Vertreibung aus Bern

Bereits die Doppelrolle als Bundesrat und Organisator des Widerstandes war zwiespältig und wenig effektiv. Die Art der Abwahl mag wenig begründet, ungerecht, ja widerlich gewesen sein, aber das Parlament hat das Experiment beendet. Basta. Und im Oktober haben auch viele seiner Getreuen das Comeback ins Parlament nicht mehr unterstützt. Die Rückkehr nach Bern wurde nicht zum Triumphmarsch, sondern zum Gang durch die kleine Tür. Es ist keine Basis für kraftvolles Handeln.

Zum Glück schlägt das System zum zweiten Mal zu. Der konzertierte polizeilich-politisch-juristische Angriff verfolgt das Ziel, Blocher endgültig zur helvetischen Unperson zu machen und ihn aus dem Kreis politischer Würdenträger zu entfernen. Wird, wie zu erwarten ist, die Immunität aufgehoben, dann ist das Verdikt so eindeutig wie vor gut vier Jahren die Abwahl. Der Denker und Lenker der SVP wird im eidgenössischen Parlament nicht mehr geduldet. Als Konsequenz bleibt nur der Rücktritt.

Die zweite Vertreibung aus Bern eröffnet gleich mehrere Chancen. Dass Blocher das Verfahren gegen ihn offensiv und entlarvend kontorn kann, ist der Nebeneffekt, der das Publikum erfreut. Politisch bedeutender ist, dass der Unterschied zwischen drinnen und draussen, der Antagonismus zwischen Regenten und Opposition wieder sichtbar wird. Und dass die nach ihrem Entscheid, auch halb in der Regierung mitzutun, unfassbar bis handzahn und nutzlos gewordene SVP ihre alte Rolle als aufsässiger Gegenpol neu finden kann.

Bern bereitet unter dem Titel «Erneuerung des bilateralen Wegs» den institutionellen Anschluss an Brüssel vor. Am nächsten Mittwoch wird der Bundesrat die Aufhebung des Bankgeheimnisses auch im Inland in die Wege leiten, das Asylchaos wuchert: dringliche Themen für eine revitalisierte und völlig freie Gegenkraft.

Mehr zum Thema: Seite 18, 22, 26

Parteien

De Schepper rettet die FDP

Von Andreas Kunz — Werner De Schepper, ehemaliger *Blick*-Chef, will Oltner Stadtpräsident werden. Der prononciert linke Journalist und Theologe weibelt neuerdings für den Freisinn. Kann das gut gehen?

Jetzt kann nichts mehr passieren. Jetzt geht es wieder aufwärts mit der FDP. Oder wie der stellvertretende *Blick*-Chefredaktor Clemens Studer schreibt: «Der Freisinn tanzt wieder.»

Auf einer vollen Doppelseite feierte die Boulevardzeitung am Montag den «Tag der Freiheit» in Olten. «Erfinden sie hier die FDP neu?», titelte das Blatt und meinte mit «sie» ihren alten Kollegen, den langjährigen *Blick*-Chefredaktor Werner De Schepper. Der studierte Theologe lud am letzten Sonntag zur grossen FDP-Messe. Motto: «Dem Geist unruhiger Freiheitlichkeit verpflichtet».

Von Philipp Müller bis Pascal Couchepin

De Schepper diskutierte, moderierte, predigte. Über «Geld und Geist» sprach er mit dem Solothurner Regierungsrat Christian Wanner. «Denken, Sprechen, Handeln» klärte er mit Nationalrätin Christa Markwalder. Und über die «Schweiz in der Welt/Welt in der Schweiz» philosophierte der Journalist mit dem designierten FDP-Präsidenten Philipp Müller sowie alt Bundesrat Pascal Couchepin. Kaum weniger didaktisch ging es in den Gruppenarbeiten zu und her. In sieben Fraktionen setzten sich die Moderatoren ein für «eine Welt, die nicht nur den Preis, sondern auch den Wert kennt». Für einen «freien Geist ohne Wenn und Aber». Und für das eher komplex anmutende Ziel: «Mehr

offene Herzen für das Gute von gestern». Es war hip (im Rahmenprogramm traten Slam-Poeten auf), es war bodenständig (Wurst, Brot und Bier) – vor allem aber war es «erfrischend offen» (Clemens Studer). Genauso, wie sich De Schepper den Freisinn schon beim *Blick* gewünscht hatte, wo er sich die FDP als «eine Partei der Lösungen und nicht der Schlagworte» vorstellte, wo er gegen «das Evangelium des Marcel Ospel» wetterte, eine Annäherung zur EU herbeisehnte («Warum der *Blick* die EU-Frage stellt»), zur Jagd auf Kapitalisten blies und dabei den «frechsten Pensionskassenverwalter der Schweiz» durch die Gassen trieb (wofür er öffentlich Busse tun musste).

Fassen wir zusammen: Ein links-katholischer Journalist veranstaltet einen FDP-Sonderparteitag, um die «Weichen für einen offenen Freisinn» zu stellen. Parteigrössen wie Couchepin oder Müller lassen sich bereitwillig dafür einspannen. Die ehemaligen Kollegen beim *Blick* besingen den Anlass («Das ist weit mehr, als von der FDP zuletzt zu hören war»). Der stellvertretende Chefredaktor Studer – ehemals Poch-, heute SP-Mitglied und Oltner wie De Schepper – lobt das «politische und kreative Potenzial» der «freisinnigen Bewegung». Und als ob dies nicht genügen würde, legt der *Blick* in den kommenden Tagen gleich noch mit einer «Freisinn-Serie» nach.

Und wofür die ganze Kilbi? Einer Partei, die den *Blick* für Gratisreklame benutzen darf, kann es so schlecht nicht gehen. Ausser, wenn sie tatsächlich darauf hört, was der SP-Redaktor ihr rät. Gemäss *Blick* erzielte die FDP am «Tag der Freiheit» aber auch einen «Durchbruch»: Sie einigte sich auf Thesen wie: Die Schweiz muss über den Bilateralismus hinausdenken. Sie muss dort präsent sein, wo die Entscheidungen fallen. Sie muss sich im europäischen Integrationsprozess engagieren.

Ob das jetzt zurück zum strategischen Ziel EU-Beitritt führen soll, wie es sich die FDP bereits 1995 ins Parteiprogramm geschrieben hatte («Mehr offene Herzen für das Gute von gestern?»), oder ob sie doch weiter am Alleingang festhält, wozu sie sich erst 2010 mühsam durchgerungen hatte, bleibt wohl mindestens bis zum nächsten «Tag der Freiheit» offen. Immerhin hat die Partei ein neues Aushängeschild gewonnen: Am Schluss des Anlasses, als die Gäste bereits das eine oder andere Bier getrunken hatten, offenbarte De Schepper den wahren Grund seiner Einladung: Er will für die FDP 2013 in Olten Stadtpräsident werden.



«Das Gute von gestern»: Kandidat De Schepper.

Personenkontrolle

Huber, Fiala, Fluri, Moret, Malama, Fasel, Körner, de Weck, Strehle

Die Freisinnigen machen es den letzten Verbliebenen immer schwerer. Mit (Geld-)Einsatz lassen sie knapp vor Torschluss Signaturen für ihre gefährdete «Bürokratie-Stopp!»-Initiative sammeln; eine gute Woche vor Ablauf der Frist fehlen noch rund 10 000 Unterschriften. Parallel zu diesem Kraftakt stimmten nicht weniger als elf FDP-Vertreter im Nationalrat für ein neues Präventionsgesetz, das nicht nur höhere Krankenkassenprämien, sondern einen Bürokratie-Schub grösseren Ausmasses bringen wird. Die bekanntesten Freisinnigen, welche die Bundesbürokratie theoretisch abbauen und faktisch massiv aufblähen wollen,



Mehr Bürokratie: der Basler FDP-Mann Malama.

heissen: Fraktionschefin **Gabi Huber** (UR), **Doris Fiala** (ZH), **Christa Markwalder** (BE), **Kurt Fluri** (SO) und **Corina Eichenberger-Walther** (AG). Den Gipfel der Inkonsequenz erklimmen haben die Freisinnigen **Isabelle Moret** (VD) und **Peter Malama** (BS). Die beiden sitzen im Anti-Bürokratie-Komitee und votierten für das Monsterpräventionsgesetz, das der FDP-Etatist **Pascal Couchepin** konzipiert hatte. Ganz schmerzhaft wird es für die Partei, wenn Gewerbeverband und/oder SVP, wie angedroht, das Referendum gegen den bevormundenden Erlass ergreifen werden. (upe)

Je aufgeregter linke Professoren und Politiker vieler Couleur die «stark zunehmende Armut» in der Schweiz beklagen, umso weiter entfernen sie sich von der Wirklichkeit. Während Caritas-Direktor **Hugo Fasel** bald von 700 000, oft von 900 000 und laut von einer Million armer Menschen in der Schweiz spricht, während der Basler Soziologieprofessor **Ueli Mäder** «wissenschaftlich» 900 000 Arme gesichtet hat und während sogar Bundesräte überreizt «Armutskonferenzen» veranstalten, stellt das Bundesamt für Statistik (BFS) genau das Gegenteil fest. Gemäss neuester BFS-Analyse geht die Armut in jeder Hinsicht stark zurück: Noch 7,8 Prozent der Be-



Genau das Gegenteil: Caritas-Direktor Fasel.

völkerung (das sind 568 000 Menschen) könnten, stets gemessen am hohen Schweizer Lebensstandard, als «arm» bezeichnet werden; 2008 seien es 9,1 Prozent gewesen. Und diese Armen sind überdies immer weniger arm; die Differenz ihres Einkommens zur komfortablen Armutsgrenze wird Jahr für Jahr kleiner. (upe)

In engagiertem, etwas pastoralem Tonfall betonte SRG-Generaldirektor **Roger de Weck** letzte Woche an einer Podiumsdiskussion im Zürcher Theater Neumarkt die Bedeutung der Medienkritik. Es sei von höchster Notwendigkeit, dass sich die Medien gegenseitig kritisch beobachten würden. Wenig später in der Diskussion zeigte sich: Der Grundsatz gilt nur, wenn die Kritik die andern betrifft. Die Berichterstattung der Zeitungen über die von ihm vorangetriebene Expansion der SRG im Internet tat de Weck kurzum als reine «Stimmungsmache» ab. (rb)

Der Marxismus ist wieder im Trend. Zumindest kann man auf diese Idee kommen, wenn man die *NZZ am Sonntag* liest. Der deutsche Marx-Kenner **Klaus Körner** durfte unter dem Titel «Karl Marx, Profiteur der Finanzkrise» eine Ode auf den geistigen Vater des Kommunismus veröffentlichen. Vor einem halben Jahr hatte *Tages-Anzeiger*-Chefredaktor **Res Strehle** in seinem Blatt ins selbe Horn gestossen. Der feine Unterschied zwischen dem linken *Tages-Anzeiger* und der freisinnigen *NZZ am Sonntag* ist lediglich, dass im *Tages-Anzeiger* der Chefredaktor persönlich das Lob auf Karl Marx anstimmt, während die *NZZ am Sonntag* aus Deutschland einkauft. (fsc)



In Marx-Stimmung: Tages-Anzeiger-Chef Strehle.

Nachruf



40 Jahre im Amt: Kopten-Papst Schenuda.

Papst Schenuda III. (1923–2012) — Der Papst ist tot! Der Papst? Die Nachricht vom Ableben Schenudas III. ruft in Erinnerung, dass der Titel Papst (*papa* – Vater) nicht allein dem Bischof von Rom vorbehalten ist, sondern auch von den Kopten verwendet wird, und dies bereits seit dem 3. Jahrhundert. Als «Papst von Alexandrien und Patriarch des Stuhls des heiligen Markus» stand der erzkonservative Schenuda III. einer der ältesten und grössten Christengemeinden im Nahen Osten vor. 1923 in Assiut, Mittelägypten, geboren, kämpfte er nicht nur zeitlebens gegen die Diskriminierung seiner Glaubensgemeinschaft, sondern diente Ägypten auch als Reserveoffizier und zog sogar in den Krieg gegen Israel.

Nach rekordverdächtiger, vierzigjähriger Amtszeit (vierzehn Jahre länger als Marathon-Papst Johannes Paul II.) kommt Schenudas Tod zu einer besonders delikaten Zeit. Seit der Revolution letztes Jahr hat sich die Situation der zwölf Millionen Kopten dramatisch verschlechtert. Ohnmächtig beobachtete der Hirte die Unruhen und die fortschreitende Islamisierung seiner Heimat. Rund hunderttausend Kopten flüchteten allein 2011 aus ihren angestammten Gebieten.

Vergangene Woche wurde Seine Heiligkeit in der Wüste Sketis beigesetzt. Mindestens drei Monate dauert die Wahl eines Nachfolgers. Zuerst wird die Kirchenführung drei Kandidaten küren, deren Namen auf je ein Papier geschrieben werden, die in einer Büchse deponiert werden. Dann zieht ein Kind einen Zettel, mit verbundenen Augen, seine Hand geführt von Gott.

Urs Gehrig

Im Sog der Zahlen

Von Peter Keller — Neue Untersuchungen bestätigen: Der Bundesrat hat mit falschen Voraussagen Werbung gemacht für die bilateralen Abkommen mit der EU. Nicht nur in der Verkehrspolitik wurde die Bevölkerung geradezu mutwillig getäuscht.



Nachteile schöngeredet: Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf, EU-Kommissionspräsident Barroso.

Nach zehn Jahren lässt sich eine brauchbare Bilanz ziehen. Im Juni 2002 wurden die bilateralen Verträge I in Kraft gesetzt. Zu den beiden wichtigsten Abkommen mit der EU zählen das Landverkehrsabkommen und die Personenfreizügigkeit. Was haben die Verträge der Schweiz gebracht? Was hat der Bundesrat damals versprochen? Wie sehen die tatsächlichen Ergebnisse aus?

Zuhanden des Parlaments und der Kommissionen legt der Bundesrat jeweils eine Botschaft vor, worin er die wichtigsten Argumente für eine Vorlage zusammenfasst. Für die bilateralen Verträge I belief sich die bundesrätliche Stellungnahme auf 322 Seiten. Naturgemäß finden sich darin kaum kritische Anmerkungen. Die Botschaft ist vor allem eine Werbebotschaft im Dienste und Sinne der Regierung. Konkret wird der Bundesrat immerhin dann, wenn es um das Landverkehrsab-

kommen geht. Dieses will die Verkehrspolitik «koordinieren», mit dem Ziel der «Förderung der nachhaltigen Mobilität». In einer Übergangsphase soll die in der Schweiz bislang geltende Gewichtslimite für Lastwagen von 28 auf 34 Tonnen (2001) und dann schliesslich auf 40 Tonnen (2005) erhöht werden.

Moritz Leuenberger redete die Erhöhung der Gewichtslimite beharrlich schön. Die 40-Tonnen-Limite steigere die ökologische als auch die ökonomische Effizienz der Strassentransporte, glaubte der Verkehrsminister zu wissen, «denn pro Fahrt können bis zu 10 Tonnen mehr Güter geladen werden. Das entlastet die Umwelt, reduziert das Verkehrsaufkommen, verbilligt die Transporte.» (Referat in Luzern, 29. 8. 1998) Damit bewies der Zürcher Sozialdemokrat vor allem eines: dass er von den Gesetzen der Marktwirtschaft wenig bis nichts versteht. Denn die Effizienzsteige-

rung machte den Lastwagenverkehr attraktiver und kompensierte die höheren Verkehrsabgaben weitgehend.

Mit einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) versuchte der Bundesrat die Verlagerung auf die Schiene voranzutreiben und zu finanzieren. Ursprünglich berechnete der Bundesrat einen Mindestpreis von 600 Franken für eine Transitfahrt von Basel nach Chiasso. Noch im Juni 1997 markierte Moritz Leuenberger Härte bei den Verhandlungen: «Die Schweiz wäre bereit gewesen, über 450 Franken zu sprechen, das Angebot der EU für eine Transitfahrt Basel-Chiasso lag rund 100 Franken tiefer. Aufgrund der vorgängigen innenpolitischen Konsultationen wäre es für uns absolut unmöglich gewesen, unter diese 450 Franken zu gehen.» Tatsächlich liess sich der Verkehrsminister auf 325 bis 330 Franken herunterhandeln. Mit anderen Worten: Jeder Lastwagen, der die Schweiz durchquert, wird massiv subventioniert.

Verlagerung ist gescheitert

Entsprechend desolat sehen die Zahlen zur Verlagerungspolitik aus. In der Botschaft des Bundesrates zum Landverkehrsabkommen (vom 23. Juni 1999) wurden die Bilateralen I als «entscheidendes Element» zur Verlagerung von der Strasse auf die Schiene bezeichnet. Das Ziel von «rund 650 000 alpenquerenden Strassenfahrten» werde «voraussichtlich [...] mit der Inbetriebnahme der Neat, also im Zeitraum ab 2006 bis 2012» erreicht. Gemäss Bundesamt für Statistik wurden für das Jahr 2011 im alpenquerenden Strassengüterverkehr 1,257 Millionen Fahrten ausgewiesen. Rund doppelt so viele, wie der Bundesrat gegenüber Parlament und Volk versprochen hatte.

Die Verlagerung ist komplett gescheitert. Trotz Lenkungsabgaben, die den Strassenverkehr künstlich verteuern. «Im Güterverkehr stieg die Transportleistung auf der Strasse zwischen 1980 und 2010 um 149 Prozent auf 17,1 Milliarden Tonnenkilometer (tkm), die der Eisenbahn um 28 Prozent auf 9,8 Milliarden (Netto-)tkm.» (Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2012). Auch was das Verhältnis Schiene/Strasse betrifft, lagen die Bundespropheten daneben. «Der Modal-Split dürfte in etwa konstant bleiben», heisst es in der Botschaft. Tatsächlich sank der Schienenanteil kontinuierlich von 53 Prozent (1980) auf 42 Prozent (1990) auf 36 Prozent (2010).

Von Anfang an klar war, dass die Verlagerung nur dann wirksam sein kann, wenn die Nachbarländer für die Anschlüsse zur Neat sorgen. Auch hier versprach der Bundesrat in seiner Botschaft das Blaue vom Himmel. Die EU werde «die Kapazitäten [...] verbessern», das bilaterale Landverkehrsabkommen sichere «den Bau der Neat-Zulaufstrecken im Norden und Süden unseres Landes». Zu diesem Zweck würden mit Italien und Deutschland bilaterale Vereinbarungen abgeschlossen.

Dass Italien einen dehnbaren Begriff von Vertragstreue hat, bewies es nicht nur bei der Einführung des Euro oder der Umsetzung von Schengen/Dublin (Rückübernahme von Asylanten). Auch die Neat-Zulaufstrecken lassen auf sich warten. Es ist noch völlig unklar, wo der Schienenverkehr ab dem Südportal Monte Ceneri in Richtung Mailand weitergeführt werden soll.

Jährliche Zuwanderung hat sich verdoppelt

Beim Landverkehrsabkommen wartete der Bundesrat im Vorfeld der Abstimmung mit konkreten Zahlen auf. Nach zehn Jahren zeigt sich, dass die Entwicklung ganz anders verlief. Bei der Personenfreizügigkeit ist die Botschaft weniger präzise. Sie beruhigt bloss mit einer möglichen Schutzklausel (Ventilklausel), die «einen übermässigen Anstieg der Einwande-

rung» verhindern helfen könnte. Die Schweiz behalte auch nach einer fünfjährigen Übergangsfrist die Möglichkeit, Kontingente jeweils für zwei Jahre wieder einzuführen, «falls die Einwanderung aus der EU ein bestimmtes Mass überschreiten sollte». Wie hoch dieses «bestimmte Mass» sein müsste, wird nicht benannt.

Fakt ist, dass die Einwanderung aus den EU-27-Staaten erheblich zugenommen hat. In zwei Schüben: nach Inkraftsetzung der Bilateralen I (Juni 2002) und nach Aufhebung der Kontingentierung (Juni 2007). Die Zahl der EU-Immigranten hat sich von 56 893 (im Jahr 2000) auf 127 251 (im Jahr 2008) mehr als verdoppelt. Seither hat sich die Zahl der Zuwanderer auf rund 105 000 jährlich eingependelt – trotz Finanz- und Wirtschaftskrise.

Lohndruck freut die Unternehmen

Ganz anders tönte es in der Botschaft des Bundesrates: «Generell kann angenommen werden, dass selbst bei einer vollständigen Realisierung der Freizügigkeit mit der EU keine massive Einwanderung zu erwarten ist und dass die Wirtschaft in der Schweiz insgesamt von einer Liberalisierung des Personenverkehrs mit der EU profitieren wird.» Nach zehn Jahren fällt die Bilanz weit gemischerter aus.

Die Zuwanderung ist massiv. Selbst SP-Präsident Christian Levrat denkt laut über eine Kontingentierung nach. Grössere Unternehmen sind über den Zustrom von Arbeitskräften erfreut. Der Lohndruck führt – wenigstens kurzfristig – zu Produktivitätsgewinnen. Volkswirtschaftlich ist die Bilanz offen: Die Sockelarbeitslosigkeit in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren verdoppelt.

Besonders schlechtausgebildete Schweizer und Ausländer mit Aufenthaltsstatus werden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt und durch frische Zuwanderer ersetzt. Wirklich aufschlussreich ist die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf. Dieses ist, wie Professor Reiner Eichenberger vorgerechnet hat, seit Einführung der Personenfreizügigkeit gesunken.

Selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Einwanderung ungebrochen. Der Bundesrat macht keine Anstalten, die Ventilklausel anzurufen. Der Druck auf die Sozialwerke nimmt zu. Bundesrat und Nationalbank warnen vor einer möglichen Immobilienblase: Dass sie diese mit ihrer Zuwanderungs- und Geldpolitik weitgehend selber verantworten, wird verschwiegen. Damit schliesst sich der Kreis zum Jahr 2002 und zur Inkraftsetzung der Bilateralen I: Die Nachteile der Integrationspolitik werden vom Bundesrat systematisch ausgeblendet und schöngeredet. ○

DAS UNBEKANNTE.
WENN WIR UNS
NIE DORTHIN
WAGEN, WIE
SOLLEN WIR JE
NEUES ENTDECKEN?

HONDA
The Power of Dreams



Der neue Honda Civic, ab CHF 22 000.-*

Jetzt Probe fahren bei Ihrer Honda-Vertretung. **CIVIC**

www.newcivic.ch

* Civic 1.4i «S», 5 Türen, 1339 cm³, 73 kW/100 PS, CHF 22 000.-. Gesamtverbrauch (80/1268/EWG): 5,5 l/100 km. CO₂-Emissionen gemischter Zyklus: 131 g/km (Durchschnitt aller Neuwagen: 159 g/km). Energieeffizienzklasse: B (Foto: Civic 1.8i Executive, 5 Türen, 1798 cm³, 104 kW/142 PS, CHF 32 900.-).

Umweltschutz

Von Henryk M. Broder — Schüler lernen immer weniger, aber ihre CO₂-Bilanz wird immer besser.



Zu den schönen Bräuchen, die gleichzeitig mit der DDR untergegangen sind, gehört auch der Subbotnik, ein mehr oder weniger freiwilliger Arbeits-einsatz an einem ansonsten arbeitsfreien Tag. Schulklassen, Hausgemeinschaften und Arbeitsbrigaden rückten aus, um Strassen zu reparieren, Müll einzusammeln oder heruntergekommene Rentnerwohnungen zu putzen. Die Teilnahme am Subbotnik brachte den Aktivisten Pluspunkte ein, die beim Antrag auf Zuteilung einer Wohnung oder eines Telefonanschlusses entsprechend berücksichtigt wurden.

Das ist alles lange her, kaum jemand weiss noch, was ein Subbotnik ist, aber die Idee als solche ist nicht tot. Sie heisst jetzt «Weg-mit-dem-Dreck!».

Letzten Freitag war es wieder so weit. Ganz im Stil der «Aktuellen Kamera» der DDR berichtete das Nachrichtenmagazin «Heute» des ZDF über den Einsatz einer Düsseldorfer Grundschulklasse beim Mülleinsammeln in einer städtischen Parkanlage. Die Lehrerin, hiess es aus dem Off, achte darauf, «dass ihre Schüler schon früh das richtige Bewusstsein entwickeln, auch die, die zu Hause vielleicht keinen Umweltschutz vorgelebt bekommen».

Die Kinder selbst waren von ihrer Aufgabe sehr angetan, denn sie hatten nicht nur einen Tag schulfrei, sondern bereits «das richtige Bewusstsein» für den Umweltschutz entwickelt, soll heissen, sie waren einer Gehirnwäsche unterzogen worden, wie sie auf deutschen Schulen inzwischen Routine ist.

Immer mehr Schüler lernen immer weniger, haben Probleme mit dem Lesen und dem Schreiben, aber wenn sie mit der Schule fertig sind, wissen sie, welchen Beitrag sie zur Rettung des Klimas leisten können und wie sehr es dabei auf ihre persönliche CO₂-Bilanz ankommt. «Klimadetektive» achten auf den sparsamen Umgang mit der Energie und auch darauf, dass die Klassenzimmer zwar regelmässig, aber nicht zu lange gelüftet werden. Das ist gelebter Umweltschutz.

In der DDR waren es Junge Pioniere, die TV-Antennen abknickten, die zum Westen ausgerichtet waren. Auch das war ein Beitrag zum «Umweltschutz» und Beweis des richtigen Bewusstseins.

Heilsame Staatspleiten

Von Silvio Borner — Die europäische Polit-Elite befürchtet den Untergang von Europa, falls Griechenland in Konkurs gehen würde. Trifft das wirklich zu?

Warum darf Griechenland nicht bankrottgehen? Sicher nicht, um die Griechen zu schonen, deren Aussicht mit Gesundheitsschumpfen unter dem Rettungsschirm auf Jahrzehnte eindeutig die schlimmste aller Perspektiven ist. Griechenland darf nicht den historisch und theoretisch vorgezeichneten Weg eines hoffnungslos überschuldeten Landes gehen, weil das der europäischen Polit-Elite nicht in den Kram passt. Dafür gibt es mehrere Gründe:

1 — In der unglücklichen Währungsunion ist ein Austritt bzw. eine Abwertung nicht vorgesehen. Die damit verbundene Schwächung des Euro insgesamt verschärft wiederum die Ungleichgewichte innerhalb der EU. Deutschland wird noch wettbewerbsfähiger.

2 — Die Hauptgläubiger sind europäische Banken, insbesondere französische und deutsche, die einen Totalabschreiber nicht verkraften könnten und somit von den Regierungen gerettet werden müssten. Man versucht also, Griechenland zu retten, obwohl es ökonomisch viel billiger wäre, die eigenen Banken zu sanieren, als mit immer mehr Hilfen Griechenland über Wasser zu halten und damit auch relativ gesunde Länder anzustecken.

3 — Für Euro-Turbos ist die Krise eine Chance, nach der Geldpolitik auch die Fiskalpolitik zu zentralisieren und so den Schritt zu einer umfassenden Union zu machen. Insider wussten bei der Einführung des Euro um die damit verbundenen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen und in den Schuldenquoten. Sie haben wohl darauf gehofft, dass es lange genug gut laufen würde, so dass die Bevölkerung für die Fiskalunion gewonnen werden könne. Oder aber es gibt eine Krise, welche die Transfer- und Fiskalunion durch *force majeure* einrichtet. Einen Untergang Europas kann die Polit-Elite ja nicht verantworten – obwohl es gar keinen gäbe!

Wieder Luft für Wachstum

Um das Konstrukt Unternehmen ranken sich viele Missverständnisse. Zwei davon sind politisch wichtig. Das erste ist die falsche Parallele zwischen Aktionärsdemokratie und politischer Demokratie. Danach entspräche die Generalversammlung dem Parlament, wobei aber nicht jeder Aktionär, sondern jede Aktie eine Stimme hat. Die GV wählt den Verwaltungsrat, gewissermassen die Regierung, und

überwacht diese. Der VR betraut eine Geschäftsleitung mit der Führung des Unternehmens. Falsch ist hier zweierlei: Zum einen hat der Aktionär nicht nur «Voice»-Optionen in der GV, sondern auch die «Exit»-Variante in Form eines liquiden Aktienmarkts zur Verfügung. Dabei ist «Voice» in einer AG teuer, aber in der Politik billig. Beim «Exit» ist es genau umgekehrt. Wenn einem Aktionär die Strategie, die Führungsmannschaft oder die Performance nicht passt, steigt er aus und investiert anderswo. Der Kapitalmarkt übt somit die zentrale Kontrollfunktion aus.

Das zweite grosse Missverständnis ist der Bankrott, unter dem sich Laien eine physische Zerstörung vorstellen. Dabei bedeutet ein Bankrott nur, dass Aktionäre und Kreditgeber ihr Geld verlieren. Die realen Anlagen sind nach wie vor vorhanden. Ihr Wert ist allerdings entweder so stark gesunken, oder die Schulden haben so stark zugenommen, dass das Unternehmen Insolvenz anmelden muss:

Der mögliche Konkurs ist somit der zweite Kontrollmechanismus. Aktionäre und Kreditgeber sollten aufpassen, dass die Manager das ihnen anvertraute Kapital weder stehlen noch verschwenden. Das ist der harte Kern von guter Corporate Governance. Diese verhindert den Konkurs beziehungsweise maximiert die Wertsteigerung

des Unternehmens. Alles andere ist Teil der Unternehmenskultur, die wichtig, aber letztlich nicht überlebenswichtig ist. Nach dem Konkurs werden die vorhandenen realen Ressourcen, zum Beispiel eine Flotte von Flugzeugen oder LKW einer besseren Verwendung zugeleitet.

Was ist nun beim Staatsbankrott anders, und was bleibt gleich? Auch hier geht weder der Staat kaputt, noch gehen die realen Anlagen wie die Infrastruktur physisch unter. Aktionäre gibt es keine, dafür in- und ausländische Gläubiger, die ihr Geld verlieren, weil sie nicht aufgepasst oder sich durch hohe Risikozuschläge schon vorher schadlos gehalten haben. Zudem gibt es den Pariser Club, der Staatskonkurse abwickelt. Im Rückblick sind Staatspleiten eher die Regel als die Ausnahme. Mit dem Schuldenschnitt geht immer eine happige Währungsabwertung einher. Die so doppelt sanierte Volkswirtschaft hat dann wieder Luft für Wachstum. In Argentinien wiederholt sich dieser Zyklus pro Generation immer wieder.



Der preussische Italiener

Von Nikolaus Blome — Der machtbewusste Mario Draghi kontert Kritik an seiner Geldpolitik geschickt mit zahllosen Zahlen. Eine Begegnung mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank.

Symbole machen Politik, Bilder setzen Zeichen: der EZB-Präsident mit Pickelhaube. Ein Italiener als Preusse. Das ist so ein Bild, nicht nur für die *Bild*-Zeitung. Und es erzählt einiges über jenen Mann, der machtvoll und macht-bewusst an der Spitze der Europäischen Zentralbank steht. Und doch auf einem ganz, ganz schmalen Grat zu wandern hat – Mario Draghi.

Vergangene Woche, zum Auftakt eines grossen Interviews überraschten zwei Redaktoren der *Bild*-Zeitung den EZB-Chef im Flur vor seinem Büro mit einem Geschenk: einem original preussischen Infanterie-Offiziershelm von 1871, einer sogenannten Pickelhaube. Der Coup hatte eine Vorgeschichte. Als Draghi Ende April 2011 als Chef der EZB designiert worden war, garnierte *Bild* ein politisches Porträt des Italieners mit einer Fotomontage: Draghi mit Pickelhaube. Titel: «So deutsch ist der neue EZB-Chef».

Nun also das Original, hinterm Rücken hervorgeholt, ihm hingestreckt von den beiden Journalisten. Weniger als eine Sekunde bleibt dem EZB-Chef zu entscheiden, ob er vor der klickenden Kamera der Fotografin mitspielt, nicht mitspielt, wie weit er mitspielt. Ablehnen? In die Hand nehmen? Sogar aufsetzen? Mario Draghi lacht laut heraus, aber die Augen hinter den grossen, randlosen Gläsern seiner Brille fixieren die Situation präzise. Er sieht die Falle, den Test. Und man hört ihn förmlich denken: «Wie deutsch darf ich sein als EZB-Präsident? Und wie deutsch muss ich sein?»

Das ist das Problem des Mario Draghi. Das ist auch das Problem der EZB und des Euro insgesamt. Wie deutsch darf er sein? Und wie deutsch muss er sein? Eine Pickelhaube, Pars pro Toto.

Der Euro ist eine Gemeinschaftswährung. Sie muss dem Norden und dem Süden gerecht werden, Schwachen und Starken, Faulen und Fleissigen. Allein deshalb kann der Euro niemals die reine Fortschreibung der D-Mark sein, und die EZB muss im Notfall Dinge tun können, die die Deutsche Bundesbank niemals getan hätte.

Wahr ist aber auch: Gegen die grösste Volkswirtschaft der Euro-Zone und gegen die Befindlichkeiten ihrer achtzig Millionen Einwohner geht es auf Dauer nicht; nicht für den Euro und nicht für die EZB. Draghi weiss, dass am Ende die Deutschen und die Kanzlerin halbwegs zufrieden sein müssen. Als vor Monaten der deutsche Kandidat Jörg Asmussen nicht den angestammten «deutschen» Posten als Chef-Volkswirt im EZB-Direktorium bekam, setzte der Italiener bis in den späten Abend desselben Tages persönlich eine Menge in Bewegung, um

deutsche Medien zu «spindoktern». Seine Botschaft: Die Personalentscheidung ändere nicht den Kurs der EZB, es drohe keine Abkehr von deutscher Stabilitätskultur. Auch im Interview lobt Draghi diese Kultur und die Deutschen ausgiebig, ihre Tugenden, ihren getrimmten Sozialstaat. Er tut es leise, in fast akzentfreiem Englisch, eher nachdenklich. Es ist kein Kotau.

«Ein typischer Notenbanker»

Traumatische Angst vor Geldentwertung ist Teil der kollektiv-deutschen DNA. Hyperinflation haben im 20. Jahrhundert auch andere Länder Europas erlebt, doch dort sind die Menschen anders mit dem Unglück umgegangen. Was Inflation für die Deutschen bedeutet, sagt Draghi so: «Sie kann die Gesellschaft eines Landes regelrecht zersetzen.» Und beim Zuhören hat man nicht das Gefühl, hier mache einer, der in Wahrheit ein «Lira-Halodri» ist, gut Wetter bei diesen fürchterlich verkniffenen Deutschen. Nein, Draghi ist glaubwürdig.

Allein: Das heisst nicht, dass er das Richtige tut. Wenn man mit dem EZB-Chef über seine Politik zu diskutieren beginnt, dann hantiert er schnell und geschickt mit zahllosen Zahlen, im Kern aber doch nur einem einzigen Wort: «alternativlos». So lässt sich jede Auseinandersetzung abwürgen, Bundeskanzlerin Merkel macht es nicht viel anders. Aktuell geht es um

die Inflationsgefahren, die eine knappe Billion Euro (sic!) an Zentralbankgeld im Kreislauf bedeuten könnte. Für Draghi war der Einsatz eines «so starken Medikaments» alternativlos, weil sonst eine tödliche Kreditklemme eingetreten wäre. Mag sein. Aber dass sie eingetreten wäre, ist eine Behauptung Draghis, gründend auf kaum überprüfbarem Herrschaftswissen.

Kritik daran tut er ab, auch solche aus deutschem Munde. Bundesbank-Präsident Jens

«Wir machen uns gern Sorgen, über die sich sonst niemand Sorgen macht.»

Weidmann warnt vor billigen Bailouts und Inflationsgefahren. Doch Draghi lässt ihn abtropfen wie der weise Lehrer den allzu emsigen Schüler: «Er ist ein typischer Notenbanker. Wir machen uns gern Sorgen, über die sich sonst niemand Sorgen macht.» Nebenbei lässt er durchblicken, bei wie vielen Beschlüssen im EZB-Rat der Deutsche die Hand gehoben habe wie alle anderen auch. Draghi weiss, wie die Deutschen ticken. Aber wie Macht geht, weiss er auch.

Und, ja, die original preussische Pickelhaube hat der Italiener natürlich nicht aufgesetzt, aber auch nicht zurückgewiesen. Er hat sie für ein Foto kurz in die Hand genommen und dann in seinem Büro gut sichtbar im Regal abgestellt. Nicht wie eine Last. Eher wie eine Trophäe.

Nikolaus Blome ist stellvertretender Chefredaktor der *Bild*-Zeitung

Unser Kolumnist Hansrudolf Kamer ist auf Auslandsreise.



Machtbewusst: EZB-Chef Draghi (Mitte) mit den *Bild*-Redaktoren Diekmann (l.) und Blome.

Am Stehtisch und am Biertisch

Von Christoph Mörgeli

Tele Züri lässt er gewöhnlich links liegen. Umso lieber plaudert Zürichs Leitender Oberstaatsanwalt Andreas Brunner landesweit bei «10 vor 10». Diese Sendung hatte übrigens schon über die Hausdurchsuchungen bei Christoph Blocher Bescheid gewusst, bevor die Strafverfolger an dessen Türe klopfen. Eine Amtsgeheimnisverletzung. Und damit ein Fehler. Brunner stellte sich an den Stehtisch des Schweizer Fernsehens und plapperte über «potenziell beweisrelevantes Material». Wieder ein Fehler. Weil alles Material versiegelt wurde. Mit seinem grossspurigen Auftritt machte sich Brunner im Fall Blocher faktisch zum Verfahrensführer. Ein dritter Fehler. Denn er hat nun als Oberaufseher jede Handlungsfreiheit verloren.

Brunners Stellvertreter, Oberstaatsanwalt Martin Bürgisser, prahlte zu später Stunde am Biertisch eines Bülacher Pubs vor zwei Kollegen mit Interna rund um das Strafverfahren und die Hausdurchsuchungen bei Christoph Blocher. Er plapperte auch über die staatsanwaltschaftliche Absicht, bis Mittwoch nächster Woche in Bern ein Gesuch um Aufhebung von Blochers Immunität zu deponieren. Dies sei damals den Medien schon kommuniziert worden, sagt Bürgisser jetzt. Falsch. Am Freitagabend sprach oder schrieb noch niemand vom Mittwoch als Termin des Gesuchs. Eine Amtsgeheimnisverletzung.

Bürgisser bedauert nachträglich seine mangelnde Sensibilität beim Thema Hildebrand/Nationalbank/Blocher. Er bedauert aber auch, dass ich ihn vor Öffentlichmachung seiner – sagen wir mal – forschten Aussagen im Kollegenkreis nicht vorher um Stellungnahme ersucht habe. Nur: Bürgisser hat mich an jenem Freitagabend vor seinen unqualifizierten Tiraden gegen meine Person auch nicht um vorherige Stellungnahme ersucht.

Bei seinem Stammtischgezeter über Blochers Immunität habe er nur seine «Meinung als Bürger» geäussert, sagt Bürgisser jetzt. Falsch. Wer in seiner obrigkeitlichen Funktion Berufsgeheimnisse wahren muss, darf sich beim Ausplaudern nicht auf seine Bürgerrechte berufen. Nicht illegal, dafür entlarvend war das am Nebentisch mitgehörte verbale Verdreckeln der SVP und von deren Exponenten durch Bürgisser. Die Zürcher Staatsanwaltschaft will explizit die SVP und deren Exponenten schwächen. Sie verfolgt rein politische Motive. Jetzt rinnt es aus allen Löchern. Wie in einem Saftladen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Im Alleingang

Von Peter Bodenmann — Alle sind jetzt einer Meinung:
«Das Bankgeheimnis ist nicht da, um Schweinereien zu schützen.»



Weniger Immunität: SP-Nationalrat Daniel Jositsch.

Geschichte 1 — Wer in der Opposition ist, muss ab und zu Grenzen ritzen. Jede funktionierende Demokratie braucht deshalb Parlamentarier, die über eine weitreichende Immunität verfügen. Früher genossen die Rechten in der Schweiz immer Immunität. Die Linken weniger: So lieferte das Parlament 1991 Jean Ziegler den Anwälten von Nessim Gaon aus. Mit den Stimmen der SVP, mit der Stimme Blochers. Jetzt gibt es weniger Immunität. Neu entscheiden nicht mehr National- und Ständerat, sondern zwei Kommissionen über die Aufhebung der Immunität. Jositsch sei Dank.

Geschichte 2 — Das Bankgeheimnis war im Kern ein Steuerhinterzieher-Geheimnis. Offen hat dies der neue CEO der UBS, Sergio Ermotti, auf den Punkt gebracht: «Die Schweiz ist reich geworden durch Schwarzgeld.» Noch vor drei, vier Jahren war dieses Steuerhinterzieher-Geheimnis die heilige Kuh aller bürgerlichen Parteien. Jetzt singen die meisten von ihnen das Hohelied der Weissgeldstrategie. Flexibel waren wir schon immer.

Geschichte 3 — Philipp Hildebrand hat dem Schweizer Werkplatz geschadet. Weil er den Franken mit einer falschen Strategie schwächen wollte. Bereits dies ging dem Finanzkapital zu weit. Christoph Blocher griff den Smartie deshalb frontal an. Zu lange war für den SVP-Chefstrategen klar: Je härter der Franken, desto besser. Blocher brachte Hilde-

brand dank einer – von einem Bankangestellten begangenen – Verletzung des Bankgeheimnisses zu Fall.

Geschichte 4 — Das Bankgeheimnis ist – wie Oswald Grübel feststellt – technisch tot. Jeder Büro Gummi kann heute problemlos Daten herunterladen oder Bildschirme fotografieren. Mit der Veröffentlichung der Bankdaten von Hildebrand wurde die Büchse der Pandora geöffnet. Das zweite Opfer war die SVP selber: Auf einer der Presse zugespielten CD finden sich alle finanziellen Daten ihres Wahlkampfes im Jahr 2007. Inklusiv der *Geldköfflerli*-Geschichte. Selber schuld.

Geschichte 5 — Auf Tele Züri sagte Christoph Mörgeli – nach der Hausdurchsuchung bei Blocher – aus linker Sicht korrekt: «Das Bankgeheimnis ist nicht da, um Schweinereien zu schützen. [...] Es geht nicht, dass man solche Machenschaften schützt.» Peer Steinbrück würde diese Sätze zwei Mal rot unterstreichen.

Die Rechte in der Schweiz ist zerstritten. Die Akteure haben den Überblick verloren. Die zu Aufgeregten schneiden sich ins eigene Fleisch. Auf das Begräbnis des Steuerhinterzieher-Geheimnisses wird das Begräbnis des bilateralen Alleinganges der Schweiz in Europa folgen. Für Unterhaltung ist gesorgt.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Mehr zum Thema: Seite 22, 26

Das redaktionelle Umfeld

Von Kurt W. Zimmermann — Wer interessiert sich eigentlich für Luxus- und Stil-Beilagen?

Am schrecklichsten ist es immer im Frühling. Weil jetzt Frühling ist, ist es darum jetzt am schrecklichsten. Immer im Frühling nämlich erfasst unsere Zeitungsredaktionen ein luxuriöser Lemming-Effekt. Gleichzeitig und geballt hauen sie nun ihre Luxus-Beilagen raus. Die Luxus-Beilagen heissen wechselseitig auch Stil-Beilagen. Die einzigen Themen der Luxus- und Stil-Beilagen sind Luxus und Stil.

In der Selbstdarstellung der Verlage tönt das so: *Finest*, die Luxus-Beilage der *Sonntagszeitung*, «ist im Luxusbereich positioniert». *First*, die Luxus-Beilage der *Bilanz*, «ist ein hedonistisches Lifestyle-Magazin». *Stil*, die Luxus-Beilage der *Weltwoche*, «inspiriert zum Genuss des Schönen». *Z*, die Luxus-Beilage der *Neuen Zürcher Zeitung*, beschreibt «die genussvollen Seiten des Lebens». *Luxe*, die Luxus-Beilage der *Finanz und Wirtschaft*, wirkt «im Themenkreis Luxus und Lifestyle». *Luxus*, die Luxus-Beilage des *Tages-Anzeigers*, «präsentiert luxuriöse Themen».

Wir sind damit in einem Grenzbereich des Journalismus angekommen. Es ist der Bereich des Gefälligkeitsjournalismus. Der Gefälligkeitsjournalismus unterscheidet sich vom Normalfall durch seine spezielle Zielgruppe. Für einmal schreiben die Journalisten nicht für ihre Leser. Sie schreiben für ihre Inserenten. Sie wissen, dass sich kein Leser derart geballt für Luxus und Stil interessiert. Für Luxus und Stil interessieren sich derart geballt nur die Werbekunden aus der Luxus- und Stil-Industrie.

Wir sagen nicht, es handle sich beim Gefälligkeitsjournalismus um Korruption. Es ist nur eine Vorstufe davon.

Am schrecklichsten treibt es die NZZ

Erkennbar wird das jeweils an der Redaktionssitzung. An der Redaktionssitzung der Luxus- und Stil-Beilagen darf, anders als sonst, auch der Anzeigenleiter dabei sein. Der Anzeigenleiter sagt dann: «Ich habe mit dem Werbechef der Firma W gesprochen. Die würden eine Doppelseite schalten. Die schalten sie aber nur, wenn ihr darum herum eine schöne Story macht.» Die Journalisten in der Runde wissen nun, was zu tun ist. Der Anzeigenleiter fügt dann noch an, er habe auch mit den Werbechefs der Firmen X, Y, Z sowie A, B, und C gesprochen.

Damit unsere Leser kundig mitreden können, machen wir einen kurzen Ausflug in den Fachjargon. Diese journalistische Einbettung,



Was für ein Name: *Gentlemen's Report* der NZZ.

diese unwesentlichen Artikel rund um die wesentlichen Anzeigen, nennt man in der Branche das «redaktionelle Umfeld». Schöner Ausdruck, nicht wahr?

Am schrecklichsten in diesen redaktionellen Umfeldern treibt es die NZZ-Gruppe, oder am erfolgreichsten, je nach kultureller Sichtweise. Sie verlegt das wöchentliche Stil-Magazin *Stil*. Es liefert «Tipps und Trends zu Design, Genuss, Schönheit». Dazu gibt es das Stil-Magazin *Z*. Es liefert «das ganze Spektrum der gepflegten Lebensart».

Soeben hat die NZZ eine dritte Publikation auf den Markt gebracht. Das Ding heisst *Gentlemen's Report*. Es liefert «die Aspekte des kultivierten Lebensstils».

Gentlemen's Report. Was für ein Name. Was für ein Name, wenn man bedenkt, dass der Ausdruck «Report» für eine klassische Form von schwierigem, analytischem und manchmal lebensgefährlichem Journalismus steht. Weil diese Kolumne aber traditionellerweise völlig frei von Polemik ist, verzichten wir auf eine kritische Würdigung dieses neusten Geniestreichs im Luxus- und Stil-Schaffen.

Völlig ohne Polemik stellen wir darum zu *Finest*, *First*, *Stil*, *Z*, *Luxe*, *Luxus*, *Gentlemen's Report* und all den anderen nur eine neutrale Frage: Interessiert das irgendwen, ausser ein paar Verlegern, Redaktionsleitern und Marketingchefs?

10 753 Franken für zertifizierte Luft

Von Alex Reichmuth

Bei manchen Entschieden unserer Volksvertreter in Bern fragt man sich, ob die Sicht der Parlamentarier irgendwie getrübt ist. Was den Ständerat angeht, weiss man nun immerhin: An der Luftqualität im engen Sinn kann es nicht liegen.



Im letzten Sommer und Herbst wurde der Ständeratssaal für 6,4 Millionen Franken total saniert. Die Bau- und Umweltchemie AG teilt nun mit, dass sie die Qualität der Luft im frisch renovierten Saal überprüft hat. Die Firma hat nicht nur die Lüftungsanlage auf Keime und Feinstaub untersucht, sondern auch die Raumluft im Ratssaal sowie in den Vorzimmern auf chemische Schadstoffe getestet. Die Konzentration von über hundert Substanzen, welche die feinen Nasen der Ständesvertreter stören könnten, wurden gemessen.

Die Herren und Damen Ständeräte können aufatmen. Die Testresultate sind durchwegs beruhigend. «Es wurden keine für die Gesundheit als kritisch einzustufenden Konzentrationen an flüchtigen organischen Verbindungen, Aldehyden, Staubpartikeln und Keimen gefunden», schreibt das zuständige Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL). «Weiter ergaben die Hausstaubanalysen keine Hinweise auf mit Bioziden behandelte Materialien (Holzoberflächen).» So lag etwa die Belastung mit Formaldehyden mit maximal 36 Mikrogramm pro Kubikmeter weit unter dem Richtwert von 125 Mikrogramm.

Weil die Resultate so ausgezeichnet sind, konnte der Ständeratssaal nun mit dem Label «GI Gutes Innenraumklima» zertifiziert werden. Gekostet hat das Ganze die Bundeskasse 10 753 Franken, wovon 8485 Franken für die Messungen selber und 2268 Franken für die Zertifizierung benötigt wurden. Diese Kosten seien gerechtfertigt, heisst es beim BBL: Da sich im Ständeratssaal bei Betrieb durchschnittlich achtzig Personen aufhielten, unter ihnen neben Parlamentariern auch Medienschaffende und Zuschauer auf den Tribünen, seien Kosten von knapp 0,15 Prozent der Gesamt-Umbaukosten von 6,4 Millionen Franken gerechtfertigt. Ein Rat darum an die Ständesvertreter: Vor den Abstimmungen jeweils tief durchatmen und die einwandfreie Luft auf sich wirken lassen. Vielleicht sind dann bald auch die Beschlüsse unbedenklich.

«Um sicherzustellen, dass das Filmmaterial der Kälte widerstehen konnte, wurde es über Wochen im Kühlschrank gelagert.» *Eduard R. Fueter*



Pioniere am Mount Everest: Bergsteiger Raymond Lambert, Sherpa Tenzing Norgay.

Filmen auf über 8000 Meter

Nr. 12 – «In eisigen Höhen»; Oswald Oelz über die Erstbesteigung des Mount Everest

Gratulation zu Ihrem interessanten und verdienstvollen Artikel über diese pionierhafte Bergbesteigung. Als Ergänzung darf erwähnt werden, dass ein abendfüllender Dokumentarfilm «Mount Everest» (60 Minuten) – mehrfach ausgezeichnet – von diesen Expeditionen gedreht wurde. Der von der Zürcher Condor-Film realisierte Film war ebenfalls pionierhaft: Erste Farbfilmaufnahmen auf über 8000 m und erster 16-mm-Film mit Magnetton. Um sicherzustellen, dass das 16-mm-Ansco-Color-Filmmaterial der Kälte widerstand, wurde es vorgängig über Wochen im Kühlschrank der Condor gelagert und auf allfällige Brüchigkeit geprüft. Die Kameraleute machten eine Auslegeordnung ihres Equipments und erprobten das Fortkommen mit alpiner Ausrüstung inklusive Sauerstoffmasken und Kameraausrüstung. *Eduard R. Fueter, Au*

Auch beim zweiten Mal verloren

Nr. 12 – «Wieso Romney gewinnt»; Hanspeter Born über die US-Wahlen

Ich wage noch einen anderen Vergleich mit John Kerry, dem letzten Kandidaten aus Massachusetts. John Kerry war bei der Parteibasis ebenfalls nicht sehr beliebt und konnte sich praktisch auch nur aus finanziellen Gründen in der Vorwahl durchsetzen. Kerry hat sich völlig un-

gläubwürdig gemacht, indem er zunächst die Invasion im Irak befürwortete, um sich nachher vom Krieg zu distanzieren. Romney hat sich genauso völlig unglaubwürdig gemacht, weil er in Massachusetts eine Gesundheitsreform, die derjenigen von Obama sehr ähnlich ist, durchgeführt hat. Es sollte weiterhin zu denken geben, dass Herman Cain, der ehemalige Hoffnungsträger der Tea Party, nicht Romney, sondern Newt Gingrich unterstützt hat. Gingrich wiederum hat Romney wegen dessen Tätigkeit als Chef einer Private-Equity-Gesellschaft frontal angegriffen. In dieser Position hat Romney viele Arbeitsplätze vernichtet, und jetzt gibt er dafür China die Schuld für den Verlust von Arbeitsplätzen. Derartige Wendemanöver werden Romney genauso wie Kerry und Bush senior, der sein Versprechen, keine Steuern zu erhöhen, gebrochen hat, zum Verhängnis werden. Zudem ist es ein schlechtes Omen, wenn die eigene Partei nicht vollständig hinter dem Kandidaten steht, wo doch Bush senior sogar als amtierender Präsident in einer Vorwahl gegen Pat Buchanan antreten musste. Ausserdem haben Kandidaten, die sich beim ersten Mal nicht durchgesetzt haben, in der Regel auch beim zweiten Mal verloren. *Frank Lang, Muttenz*

Feiern und beklatschen

Nr. 12 – «Faszination Macho»; Walter Hollstein über den Feminismus

Auch Soziologe Walter Hollstein schält in seinem Artikel einen Aspekt zu wenig heraus,

der gerade von Frauenseite gerne unterdrückt wird, da für sie peinlich: Die Transformation des Mannes zum Softie – den die Frauen nun verabscheuen – wurde von ihnen nicht nur gewünscht, sondern unter Androhung von Liebesentzug von jenem vielmehr knallhart eingefordert. Nun, der Mann ist auch in dieser Hinsicht der Frau vollkommen entgegengekommen, wie in tausend anderen Bereichen während der letzten Jahrzehnte auch. Und was ist der Dank dafür? Die öffentliche Verhöhnung, Verspottung und Lächerlichmachung seines Geschlechts nicht nur seitens der Frauen, sondern auch seitens einer Mehrheit der Medien. Auf dem Mann kann man ungehindert rumtrampeln und dies öffentlich gar noch feiern und beklatschen. Man führe sich vor Augen: Die Frau, die dem Mann seine Verformung aufgezwungen hat, gerade sie fühlt sich nun berechtigt, ihn für das Resultat abzustrafen und zu verhöhnen. Welch unglaubliche Pervertierung von Ursache und Wirkung! Müsste nicht vielmehr gerade die Frau in sich gehen und sich ihr vollkommenes Versagen eingestehen? Waren unsere männlichen Vorfahren wohl doch nicht ganz so falsch gewickelt, wenn sie in der Vergangenheit den Frauen nicht jeden Wunsch erfüllt haben und sich selbst geblieben sind? Der «Dank», den die Männer nun für ihr Entgegenkommen erhalten, scheint das Verhalten früherer Männergenerationen jedenfalls vollkommen zu rechtfertigen.

Daniel Grob, Lufingen

Hobbys von Kulturschaffenden

Nr. 12 – «Wer zahlt, befiehlt»; Charles Lewinsky über Kultursubventionen

Bei Kirche und Kultur klafft schon längere Zeit eine riesige Lücke zwischen dem Anteil der Zahlenden und dem der Nutzenden. Das kann auf die Länge nicht gutgehen. Ganz schlimm wird es, wenn die Kirchen- und Kulturabstinenten nicht mehr bereit sind, selbst für die Option eines Kirchen- oder eines subventionierten Kulturangebots Steuern zu bezahlen. In dieser Lage befinden wir uns heute. So ist es zwar verständlich, wenn junge Kulturschaffende neue Wege gehen, nicht Nachahmer sein wollen. Diese müssen aber auch Verständnis haben für diejenigen Leute, die ihren Werken nichts abgewinnen können. Wenn die im Kulturbetrieb engagierten Leute es nicht schaffen, den Leuten, die diesen Kulturbetrieb finanzieren, ihre Werke zu erläutern und – nicht unwichtig – sie dafür sogar zu begeistern, so ist nicht einzusehen, wieso die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger diese Werke unterstützen muss. Dann sind diese eben ein Hobby der Kulturschaffenden wie jedes andere Hobby. Wenn sie zahlende Kundschaft finden, umso besser, aber bitte keine Steuergelder. Grundsätzliche Reformen

sind bei Kultur und Kirche angezeigt: Umfang des öffentlich finanzierten Angebots, Inhalte, Formen, Pädagogik, Organisation und Finanzierung müssen überprüft werden.

Alex Schneider, Küttigen

Hohes Mass an Wille

Nr. 12 – «Intelligenz ist erblich»;
Dieter E. Zimmer über Gene

Ich bin seit vielen Jahren Gedächtnistrainer und habe die Erfahrung gemacht, dass der IQ wie die körperliche Kondition keine feste Grösse ist, sondern steigt oder fällt durch Training oder Faulheit. Der IQ ist ein Trainingsprodukt. Intelligente Menschen wie auch Spitzensportler haben ein hohes Mass an Wille und Ehrgeiz und wollen aus sich etwas machen. Fazit: Humor, Fantasie und Begeisterungspotenz, das ist die Quelle der menschlichen Intelligenz. Übrigens auch das Rezept der Kinder, wie sie schneller lernen. Kurt Hollenstein, Oberbüren

Origineller Vorschlag

Nr. 11 – «Zufallswahl des Bundesrats»;
Bruno S. Frey und Lasse Steiner über die Bundesratswahl

Die Autoren schlagen vor, die Bundesräte mittels Los (aus den Parlamentsmitgliedern) zu «wählen». Das ist ein origineller Vorschlag. Indessen stellt sich die Frage, ob es sich unser Land leisten kann resp. will, die Wahl seiner Regierung dem Zufall zu überlassen. Auch sollte die Auswahl grundsätzlich nicht auf die Parlamentsmitglieder beschränkt sein. Ferner ist zu bezweifeln, dass jedes Parlamentsmitglied das Zeug für einen Bundesrat resp. eine Bundesrätin hat. Machen wir doch alles so einfach wie möglich, aber nicht zu einfach (frei nach A. Einstein): 1. Die Anzahl Bundesräte, die eine Partei stellen kann, errechnet sich aus dem prozentualen Anteil, den die betreffende Partei bei den Parlamentswahlen erreicht hat. 2. Jede Partei bestimmt selbst, wen sie in den Bundesrat schicken will. Fertig. Kein Theater. Bundesrat und Parlament an die Arbeit!

Peter Bühlmayer, Arlesheim

Das ungewöhnliche Essay von Bruno S. Frey und Lasse Steiner ist äusserst unterhaltsam, zeigt aber deutlich die Handschrift der Wirtschaftswissenschaften: eine einfache Formel, die man mit vielen Rohdaten «füttert», um anschliessend die – einfache – Lösung aller Probleme zu verkünden – zumindest auf dem Papier.

Das Los, als Lösung für die Bundesratswahlen, begründen die beiden Autoren mit der bestechenden Einfachheit der Mathematik: Laut der Wahrscheinlichkeitsrechnung werden die Stärken im Bundesrat entsprechend der jeweiligen Parlamentsstärke verteilt.

Klingt logisch. Nur leider interessiert sich die Mathematik im Bereich der Wahrscheinlichkeit nicht für das Einzelereignis, sondern orientiert sich an der Unendlichkeit. Im Einzelfall kann es bei Ausreissern durchaus vorkommen, dass zum Beispiel fünf SPler oder auch GLPler gezogen werden können (auf die Unendlichkeit bezogen, nur eine Episode; im Jetzt und Heute aber ein grosses Problem für unser System). Wolfgang Kweitel, Zürich

Woher die Energie nehmen?

Nr. 11 – «Kinder für alle»; Philipp Gut und Alex Reichmuth über Kinderkriegen im Alter

Es ist schlichtweg egoistisch und verantwortungslos, wenn ältere Frauen sich mittels moderner Technologie ein Kind beschaffen. Keine Frage: Kinder zu haben, ist etwas unvergleichbar Schönes. Ein Kinderlächeln entschädigt einen für viele Strapazen. Als Mutter zweier Kleinkinder weiss ich, wovon ich spreche. Doch Egoismus und Kinderhaben beissen sich böse: Eigene Interessen und Bedürfnisse bleiben weitgehend auf der Strecke. Haben diese «alten Mütter» auch daran gedacht, dass sie kräftezehrende Nachtwachen auf sich nehmen und das nervtötende Gequengel der Kleinen ertragen müssen und dass bei all dem kaum Zeit für einen selbst bleibt? Wie wollen sie (für mehrere Jahre!) die nötige Energie und Geduld aufbringen? Nun ja. Vielleicht ist ja alles halb so schlimm – schliesslich können sie das Kind nach wenigen Monaten einer Krippe übergeben ... Tragisch nur: Die Leidtragenden sind am Schluss allein die Kinder. Brigitte Blöchlinger, Lachen

Korrigenda

Im Artikel «Präsident Perfekt» (Nr. 12/12) wurde Martin Landolt als «Fondsmanager» bei Swisscanto anstatt als «Marketingleiter» bezeichnet. Wir bitten um Entschuldigung.
Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man bei Einladungen den Teller oder die Tasse umkehren, um zu erfahren, ob das Porzellan aus einer angesehenen Manufaktur stammt? Esther Wunderli, Wittenbach

Gegenfrage: Was, wenn Ihnen das Teegebäck auf weniger edlem als Meissener Porzellan serviert wird? Schmecken die Eclairs dann weniger gut? Nein. Sinkt Ihr Gastgeber in Ihrem Ansehen? Vielleicht stammt seine Bettwäsche dafür von Louis Vuitton. Mit anderen Worten: Nein, Sie dürfen nicht. Es ist unhöflich und entlarvt Sie als Snob. Sollten Sie dennoch weitere Einladungen erhalten, empfiehlt sich Tupperware. Das ist Markenware, die Sie selber mitbringen können, einschliesslich der goldbestäubten Buttertörtchen. Sacha Verna

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

«Das Ding hier hat Fleisch»

Das Strafverfahren im Fall Hildebrand verkommt zum Schauprozess gegen Christoph Blocher. Im Fokus der Ermittlungen steht aber nach wie vor der Informatiker Reto T., der den Skandal auslöste. Ein Blick auf seine Vorgeschichte lässt die Affäre in einem neuen Licht erscheinen. *Von Alex Baur*



Spiessrutenlauf voller juristischer Fallstricke: Reizfigur Christoph Blocher.

Hausherr Christoph Blocher empfing die beiden Gäste bei sich zu Hause in Herrliberg. Es war der 3. Dezember 2011, 10 Uhr, ein Samstag. Die Unterredung fand unter sechs Augen statt und dauerte gut zwei Stunden, wobei vor allem einer redete: Reto T., ein Informatiker der Bank Sarasin. Was der Mann erzählte, war von höchster Brisanz. Reto T. verfügte über Informationen, wonach Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand privat mit Devisen spekuliert hatte, und zwar just in einem Zeitraum, in dem er den Kurs des Schweizer Frankens massgeblich mitbestimmte.

Im Verlauf der Besprechung überreichte der dritte Mann in der Runde, der Anwalt und SVP-Politiker Hermann Lei, seinem Begleiter Reto T. ein Couvert. Dieser entnahm dem Umschlag drei Papiere, aus denen er zitierte und die seinen ungeheuerlichen Verdacht stützten. Es handelte sich um Auszüge von Hildebrands

Privatkonto. Der Informatiker hatte die Daten heimlich mit sogenannten Screenshots an seinem Arbeitsplatz vom Bildschirm kopiert.

Die drei Herren berieten, was nun zu tun sei. An die Presse gehen? Christoph Blocher, der mit den Medien bisher selten gute Erfahrungen gemacht hatte, riet dringend von diesem Schritt ab. Die Idee wurde schnell verworfen. Die Aufsichtsbehörde informieren? Eine Möglichkeit. Welches Gremium war überhaupt zuständig für die Nationalbank? Der Bundesrat, der Bankrat? Das musste zuerst abgeklärt werden.

Calmy-Rey und die Verschwiegenheit

Ein Beschluss wurde an jenem Morgen nicht gefasst. Einer Meinung war man sich lediglich in einem Punkt: Hildebrands Devisenspekulationen waren, so sie sich nachweisen liessen, nicht tolerierbar. Vorläufig einigte man sich

aber bloss darauf, ein paar allgemein gefasste Fragen zu privaten Devisengeschäften von Nationalbank-Mitarbeitern vorzubereiten, die in irgendeiner Form im Nationalrat zur Sprache gebracht werden könnten. Reto T., der sich in der Materie auszukennen schien, sollte den Fragekatalog ausarbeiten.

Nach der Sitzung packte Reto T. die heissen Screenshots wieder ein und übergab das Couvert Hermann Lei zur Aufbewahrung. Auf dem Heimweg, so Lei, sei Reto T. aufgeräumt und zuversichtlich gewesen. Er habe ihm noch erklärt, wie die Papiere anonymisiert werden sollten, so dass man keine Rückschlüsse auf die Quelle ziehen könne. Das weitere Vorgehen blieb allerdings offen. Das Treffen vom 3. Dezember war der einzige Kontakt zwischen Reto T. und Nationalrat Blocher. Doch es ist der Schlüsselmoment in einem Spektakel, das die Schweiz seit Monaten in Atem hält.

Zwei Tage nach dem Meeting, am 5. Dezember 2011, unmittelbar nach seiner Vernehmung in der Bundesversammlung, traf sich Blocher mit Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP) zu einem Gespräch unter vier Augen. Unter dem Siegel absoluter Verschwiegenheit weihte der neu gebackene Nationalrat seine ehemalige Bundesratskollegin über den Verdacht gegen Nationalbankpräsident Hildebrand ein. Am 13. Dezember traf Blocher Calmy-Rey ein zweites Mal. Diesmal waren drei Chefbeamten mit von der Partie. Erneut wurde unbedingte Vertraulichkeit vereinbart.

Calmy-Rey verlangte Belege. Zwei Tage später, am 15. Dezember, fand ein drittes und letztes Treffen zwischen der Bundespräsidentin und Blocher in dieser Sache statt. Blocher hatte die erbetenen Kopien der Screenshots mitgebracht. Er zeigte Calmy-Rey die schwerleserlichen Unterlagen, ohne ihr diese jedoch auszuhandigen. Hernach will Blocher die brisanten Papiere vernichtet haben. Die Affäre Hildebrand nahm damit ihren Lauf, auf den von diesem Zeitpunkt an weder Blocher noch Lei noch Reto T. Einfluss nehmen konnten.

Seit sich Reto T. am Neujahrstag 2012 selber angezeigt hat, befasst sich auch die Abteilung III der Staatsanwaltschaft Zürich mit dem Fall. Was auf den ersten Blick als simple Verletzung des Bankgeheimnisses anmutete, die sich allenfalls durch achtenswerte Beweggründe rechtfertigen lässt, entpuppte sich bald als Spiessrutenlauf voller juristischer Fallstricke im Graubereich zwischen Recht und Politik. Dies, zumal mitten im Geschehen ein Akteur steht, der seit Jahren das politische Leben im Land elektrisiert und polarisiert wie kaum einer vor ihm: Christoph Blocher.

War Blocher bloss der Überbringer der schlechten Nachricht, der nun geköpft werden soll? Oder hat der mächtige Unternehmer aus Herrliberg die Affäre aus dem Hintergrund raffiniert gesteuert, wie seine Gegner argwöhnen? Von wem ging die Initiative aus? Das ist die Kernfrage, welche die Justiz unter den Argusaugen einer zusehends ungeduldigen medialen Öffentlichkeit zu beantworten versucht.

In diesen Kontext ist auch die Hausdurchsuchung bei der Familie Blocher von letzter Woche zu sehen. Die Tatsache, dass Christoph Blocher den Bundesrat als Aufsichtsgremium der Nationalbank informierte, steht gemäss einer Stellungnahme von Oberstaatsanwalt Andreas Brunner nicht im Vordergrund. Konsequenterweise müsste man ansonsten auch Micheline Calmy-Rey ins Recht fassen. Hält man sich an den Wortlaut des Hausdurchsuchungsbefehls gegen Blocher, steht der Nationalrat im Verdacht, Reto T. «am 3. Dezember an seinem Wohnort in Herrliberg» Gehilfenschaft zur Verletzung des Bankgeheimnisses geleistet zu haben. Untersucht wird auch, ob Christoph Blocher an der «Weiterleitung von

Informationen an Dritte Ende Dezember 2012» beteiligt war.

Hat die Staatsanwaltschaft mit Letzterem allfällige Kontakte Blochers zu Journalisten im Visier, begibt sie sich allerdings auf dünnes Eis. In Artikel 264 der neuen Strafprozessordnung (StPO) steht unmissverständlich geschrieben: «Gegenstände, [...] die aus dem Ver-



Auf dünnem Eis: Oberstaatsanwalt Brunner.

kehr zwischen der beschuldigten Person und Personen stammen, die nach Artikel 170–173 das Zeugnis verweigern können», dürfen nur beschlagnahmt werden, wenn ein schwereres Verbrechen vorliegt. Das ist hier nicht der Fall. Medienschaffende stehen explizit unter dem Schutz des erwähnten Zeugnisverweigerungsrechts (Art. 172 StPO). Im Klartext: Selbst wenn sie in den beschlagnahmten Unterlagen Hinweise auf Pressekontakte finden würde, darf die Staatsanwaltschaft diese nach dem Buchstaben des Gesetzes nicht verwenden.

Die mediale Öffentlichkeit hat die Untersuchung der Justiz längst entrissen.

Im Vordergrund steht die Frage, ob Christoph Blocher dem Bankinformatiker Vorteile versprochen hat oder zumindest Hilfe für den Fall, dass dieser auffliegen sollte. Ob er damit den Tatbestand der Anstiftung oder der Gehilfenschaft erfüllt hätte, ist die andere offene Frage. Blocher und Lei stellen derartige Versprechen in Abrede. Bleibt noch der Dritte im Bund: Reto T., der dem ungeheuren Druck seelisch nicht mehr standhielt und sich seit Jahresanfang in einer psychiatrischen Klinik aufhält.

Am 22. Januar schrieb der *Sonntagsblick* mit Verweis auf zwei geheime, nicht näher umschriebene und angeblich «unabhängige» Quellen, Blocher habe Reto T. beim Treffen «Geld & einen Job» angeboten. Eine kühne Behauptung, die mehr als zweifelhaft erscheint. In diesem Fall gibt es nämlich keine unabhängigen Quellen. Ausser den drei Direktbetroffenen war beim Treffen in Herrliberg niemand zugegen, der irgendetwas bezeugen könnte. Kommt dazu, dass sich Reto T. im Gespräch mit der *Weltwoche* von der Darstellung im *Sonntagsblick* distanzierte und Blocher sogar in Schutz nahm. Und nicht nur das: Unmittelbar vor Erscheinen des Artikels hatte sich Reto T. spontan bei einem Mitarbeiter von Blochers Büro gemeldet, um den Bericht des *Sonntagsblicks* vorsorglich zu dementieren.

Riskante Strategie

Die Aussagen von Reto T., der um seine Existenz ringt und sich auch nicht offiziell zitieren lässt, sind mit Vorsicht zu geniessen. Die Strategie seines Pflichtverteidigers Stefan Flachsmann zeichnet sich allerdings überdeutlich ab: Er versucht seinen Mandanten als Opfer von übereifrigen Politikern hinzustellen. Reto T. hätte sich gemäss dieser Version in einem Gewissenskonflikt an seinen Freund und vormaligen Anwalt Hermann Lei gewandt; statt den Bankmitarbeiter bloss zu beraten, soll Lei das Heft selber in die Hand genommen und über seinen Kopf hinweg agiert haben.

Flachsmann fährt eine riskante Strategie. Wenn Reto T. andere belastet, so entlastet ihn das noch lange nicht. Im Gegenteil: Sollte das Gericht dereinst zum Schluss kommen, dass er die Bankdaten nicht aus der inneren Überzeugung heraus entwendete, das Richtige zu tun, sondern weil er sich durch Versprechungen dazu verleiten liess, könnte er keine achtenswerten Beweggründe für sich in Anspruch nehmen. Denn eines wird sich schwerlich wegdiskutieren lassen: Es war Reto T., der die brisanten Daten bei der Bank kopierte, diese zu seinem Freund Lei brachte und Christoph Blocher über die Vorgänge bei der Bank informierte.

Strafuntersuchungen sind geheim, in der Theorie zumindest. Es wird allein die Sache des Gerichtes sein, über die Schuld und Unschuld von Reto T. und seinen Helfern zu urteilen. Doch die mediale Öffentlichkeit hat die Untersuchung der Justiz längst entrissen. Diese fatale Dynamik setzten Philipp Hildebrand und seine PR-Berater selber in Gang, als sie am 1. Januar die Reizfigur Christoph Blocher via *Sonntagszeitung* und *NZZ am Sonntag* gezielt ins Spiel brachten, um so den Fokus nach Herrliberg zu verlagern. Fünf Tage später, nachdem die *Weltwoche* Hildebrands Kontoauszüge publik gemacht hatte, outete Bankratspräsident Hansueli Raggenbass (unter eklatanter Verletzung des Amtsgeheimnisses) nach derselben

Logik vor laufenden Kameras den Rechtsanwalt und SVP-Politiker Hermann Lei. Danach war kein Halten mehr.

Im Zentrum des Strafverfahrens steht indes nach wie vor Reto T. – ein 39-jähriger, alleinstehender Thurgauer, der ursprünglich eine kaufmännische Lehre absolvierte und sich später zum IT-Fachmann ausbilden liess. 2007 erhielt er die Prokura bei der Bank Sarasin. Reto T. wird von Arbeitskollegen als intelligenter und gutmütiger Einzelgänger beschrieben, der allerdings mit Computern oft besser zu Rande komme als mit Menschen.

Seine Geschichte im Fall Hildebrand beginnt als Tragödie. 2008 verliebt sich Reto T. in die gleichaltrige Beatrix K., die er aus seiner Lehrzeit kennt und die nach einem längeren Auslandsaufenthalt bei der Kantonspolizei Thurgau arbeitet. In Wahrheit findet die Liaison, deren schriftlichen Zeugnisse heute in Form von Hunderten von E-Mails und SMS-Kopien bei der Thurgauer Justiz lagern, schon nach wenigen Wochen fast ausschliesslich auf einer virtuellen Ebene statt. Im Cyberspace haben sich die beiden in eine streckenweise skurril und obsessiv anmutende Fernbeziehung hineingesteigert.

Reto T.s langgehegter Verdacht

Im Juni 2009 zieht Beatrix K. die Notbremse und reicht eine Strafanzeige gegen ihren imaginären Partner Reto T. ein. Die Polizistin macht eine ganze Reihe von Straftatbeständen geltend, die sich unter dem Titel «Stalking» zusammenfassen lassen. Die Untersuchung mündet in einen Strafbefehl, der von eher symbolischer Bedeutung wäre, würde das ganze Verfahren nicht an einem kapitalen Fehler leiden: Es wurde von den Arbeitskollegen der Polizistin K. geführt.

Reto T. wehrt sich mit allen Mitteln gegen die Verurteilung. Zwei Anwälte haben bereits kapituliert und das Mandat hingeworfen, als er sich an seinen Jugendfreund Hermann Lei erinnert. Lei führt das Mandat anfänglich zur vollen Zufriedenheit von Reto T. und erwirkt einen Freispruch in den Hauptpunkten. Als der Informatiker trotzdem weiter prozessieren will, legt auch Lei das Mandat im Sommer 2011 nieder – offiziell und schriftlich.

Die beiden bleiben gleichwohl Freunde. Hermann Lei hilft Reto T. noch gelegentlich bei seinem Kampf gegen die Thurgauer Justiz, hält allerdings mehrmals schriftlich fest, dass er nicht mehr sein Anwalt sei. Der schreibgewandte Reto T. unterstützt ihn dafür ab und zu bei Recherchen und beim Verfassen einer Kolumne, welche Lei für das Wochenblatt *Schweizerzeit* schreibt. Namentlich beim Beitrag vom 28. September 2011 mit dem Titel «Treibt uns die Nationalbank in die EU?» hat Reto T. massgeblich mit Hand angelegt.

Der Text enthält eine scharfe Kritik an die Adresse von Philipp Hildebrand. Und das ist



Tragödie unter Jugendfreunden: Anwalt Lei.

kein Zufall. Die nach seiner Meinung spekulative und gefährliche Geldpolitik des Nationalbank-Präsidenten ist Reto T. schon lange ein Dorn im Auge. Und sie passt perfekt zu den privaten Devisentransaktionen von Philipp Hildebrand, über die in der Kantine der Bank Sarasin rege diskutiert wird. Einen Monat später, am 4. November, steht Reto T. bei seinem Freund Lei um 8 Uhr vor der Bürotür, mit leuchtenden Augen. Er hat den schlagenden Beweis für den Verdacht, den er schon lange hegt: die Screenshots von Hildebrands Bankauszügen. Reto T. übergibt das heisse Material Hermann Lei, damit er es sicher aufbewahre.

Die Geschichte wird damit unverhofft zur Tragödie unter Jugendfreunden. Gemäss Reto T. betrachtete er Lei nach wie vor als seinen Anwalt. Lei selber sieht sich in der Rolle des Freundes. Für die juristische Aufarbeitung des Falles mag dieser Punkt von Bedeutung sein, in der Causa Hildebrand ist er belanglos. Tatsache ist, dass die beiden in den nächsten Tagen intensiv über das weitere Vorgehen be-

Hat man aufs Geratewohl einmal nachgeschaut, was sich in der Privatsphäre so alles findet?

raten. Es ist ein langes Hin und Her, das durch einen intensiven E-Mail-Verkehr dokumentiert ist und das fatal an die virtuelle Beziehung zwischen Reto T. und Beatrix K. erinnert.

In diesem Stil geht es auch weiter, als die beiden Ende November beschliessen, den soeben zum Nationalrat gewählten Christoph Blocher ins Vertrauen zu ziehen und seinen Rat einzuholen. Die Initiative geht klar von Lei und Reto T. aus. Mal sagt Reto T. einen Termin ab, dann aber plötzlich will er Blocher unbedingt treffen und macht Druck auf Hermann Lei. Etwa mit dem E-Mail vom 29. November 2011: «Der Chef wird – falls er kann und will (was er sollte) – es nicht bereuen, denke ich. Das Ding hier hat Fleisch, und die Sache wird ihn wegen unserer Gesinnung wohl generell



Treffen am Samstagmorgen: Blocher-Villa.

auch eher aufstellen.» Doch es ist gar nicht so einfach, mit dem vielbeschäftigten Unternehmer aus Herrliberg einen Termin zu vereinbaren. Das Treffen wird schliesslich auf den eingangs erwähnten Samstagmorgen anberaumt.

Der E-Mail-Verkehr passt nicht zum Bild eines unbedarften Reto K., der sich als willenloses Instrument von Politikern einspannen lässt. Vielmehr weist er auf einen hartnäckigen Charakter hin, der die Zügel nicht aus der Hand lassen will, dessen Stimmung aber von Minute zu Minute umschlagen kann. Irgendwann, so ist zu vermuten, dürfte Hermann Lei der Geduldsfaden gerissen sein. Am 7. Dezember übermittelte er die drei Screenshots per Mail an Christoph Blocher, der sie später der Bundespräsidentin zeigen sollte. Reto T. fühlt sich von Lei heute deshalb verraten.

Ob Lei bei diesem Schritt vom Einverständnis seines ungeschlüssigen Freundes ausgehen durfte, wird das Strafverfahren zeigen. Er vertraute wohl darauf, dass der Bundesrat den Hinweis vertraulich behandeln, eigene Ermittlungen anstellen und die Informanten schützen würde. Ein fataler Irrtum. Whistleblower werden hierzulande nicht geschützt.

Allerdings ist es auch nicht so, dass Reto T. die Übung abbrechen wollte. Vielmehr zog er Anfang Dezember auf eigene Initiative den Zürcher Kantonsrat Claudio Schmid ins Vertrauen, den er als früheren Arbeitskollegen kannte. Schmid konsultierte einen Staatsanwalt des Bundes und den Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker (SVP). Doch die beiden wussten auch nicht, was zu tun war.

Vor Weihnachten überschlugen sich die Ereignisse. Am 23. Dezember reichte Nationalrat Hans Kaufmann (SVP) die Interpellation mit den Fragen zur Nationalbank ein. Dass Reto T. die Vorlage geliefert hatte, wusste Kaufmann allerdings nicht. Am gleichen Abend, kurz vor Redaktionsschluss, veröffentlichten der Bundesrat und der Bankrat eine sibyllinische Medienmitteilung, in der angebliche «Gerüchte aus unbekannter Quelle» gegen den Präsidenten der Nationalbank, von denen die erstaunte



Redselig: Oberstaatsanwalt Bürgisser.

Öffentlichkeit bislang gar nichts gewusst hatte, als haltlos dementiert wurden.

Reto T. war erschüttert. Er wusste nicht, dass der Bundesrat über die privaten Devisen-Transaktionen von Hildebrand längst im Bild war. Der *Blick* hatte als einzige Zeitung einige kritische Fragen in den Raum gestellt zum seltsamen Dementi eines Gerüchtes, das gar keines war. Kantonsrat Schmid anerkennend Reto T., einen Kontakt zur *Blick*-Redaktion herzustellen. Das konspirative Treffen fand am Heiligen Abend auf dem Parkplatz des Hotels «Hilton» beim Zürcher Flughafen statt.

Man kann es den *Blick*-Reportern nicht verübeln, dass sie den nebulösen Aussagen des halb verummumten Reto T. nicht trauten, der sich gemäss Schmid als Controller ausgegeben und in bester Agentenmanier mit einer Sonnenbrille und einem Walkie-Talkie ausgerüstet haben soll. Die Aktion verlief im Sand.

Nach dem Fiasko mit dem *Blick* berieten Hermann Lei und Reto T. wieder über das weitere Vorgehen. Auch der Gang zur *Weltwoche* wurde besprochen. Es war das alte Lied: Reto T.

konnte sich nicht entscheiden. Hermann Lei übergab dem *Weltwoche*-Journalisten Urs Paul Engeler schliesslich einen Zusammenschnitt der brisanten Screenshots. Der Rest ist Geschichte. Ob sich Lei damit strafbar gemacht hat, ob das Bankgeheimnis nicht lange zuvor schon gebrochen worden war, ob achtenswerte Motive allenfalls schwerer wiegen als ein Rechtsbruch – all diese Fragen werden die Gerichte zu beantworten haben.

Eine andere Frage ist, ob man in diesem hoch politisierten Fall der Justiz überhaupt noch trauen mag. Als die Polizei am frühen Morgen des 13. Januar 2012 bei Hermann Lei zur Hausdurchsuchung schritt, waren die Medien sofort zur Stelle. Als Nationalrat Christoph Blocher gleichentags bei der Staatsanwaltschaft III an der Zürcher Weststrasse als Auskunftsperson befragt wurde, erwartete ihn der Pressetross bereits. Derartiges war man sich in der Schweiz bislang nicht gewohnt. Die Medien waren sogar vorinformiert, als die Staatsanwaltschaft letzte Woche zur Hausdurchsuchung beim Ehepaar Blocher schritt.

Strafverfolger geraten unter Beschuss

Der Verdacht liegt auf der Hand, dass es bei den Strafverfolgern – wo denn sonst? – ein Leck gibt. Die Sache ist allemal peinlich für die Staatsanwaltschaft, die offenbar nicht in der Lage ist, ihre Untersuchungen einigermaßen diskret über die Bühne zu bringen. Damit geraten die Strafverfolger zusehends selber unter Beschuss. Amtsgeheimnisverletzung ist ein Offizialdelikt, das von Amtes wegen untersucht werden muss. Doch die Zürcher Staatsanwaltschaft zeigte bislang nicht die geringste Lust, ein Verfahren gegen Unbekannt zu eröffnen, das sie in erster Linie gegen ihre eigenen Mitarbeiter führen müsste.

Anfang Woche wurde zudem bekannt, dass sich Oberstaatsanwalt Martin Bürgisser in sei-

ner Bülacher Stammbeiz öffentlich über Blochers parlamentarische Immunität ausgelassen hatte. Sein Kollege, Oberstaatsanwalt Andreas Brunner, der im Fernsehen über «potenziell beweisrelevantes Material» orakelte, das sich in den versiegelten Unterlagen von Nationalrat Blocher befinden könnte, muss derweil einräumen, dass er sich regelmässig mit dem gestrauchelten Bundesanwalt und Blocher-Hasser Valentin Roschacher trifft. Letztmals tafelten die zwei langjährigen Duzfreunde gemeinsam Anfang Dezember 2011 im Restaurant «Emilio» in Zürich.

Die Tragödie droht zusehends zur Operabuffa zu verkommen. Hüben wie drüben liegen die Nerven blank, die gegenseitigen Verdächtigungen und Beschuldigungen gehen locker von der Zunge. Mag sein, dass die Zürcher Staatsanwaltschaft mit der Hausdurchsuchung Blocher bloss zeigen wollte, dass sie es sehr genau nimmt und nichts unversucht lässt. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn man nicht nur gegen die Whistleblower, sondern auch etwa gegen Hildebrand oder das mögliche Leck in den eigenen Reihen mit derselben unerbittlichen Akribie ermittelt hätte.

Als Worst-Case-Szenario steht eine sogenannte *fishing expedition* gegen Christoph Blocher im Raum. Hat man aufs Geratewohl einfach mal nachgeschaut, was sich in der Privatsphäre des heissumstrittenen Politikers so alles findet? Wie stichhaltig der Verdacht gegen Blocher ist, wird man sehen, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist und die Akten offengelegt werden müssen. Vorläufig lenkt das Spektakel vor allem vom Thema des Verfahrens ab: Hatten Reto T., Hermann Lei und Christoph Blocher ein Recht, vielleicht sogar die Pflicht, die Bundespräsidentin über die Devisengeschäfte des Nationalbankpräsidenten zu informieren – oder hätten sie einfach wegsehen müssen? ○



Erfolgreich in die Zukunft

Florastrasse 44 | CH-8008 Zürich

T 044 420 11 11

F 044 420 11 12

Etabliertes Ingenieurbüro Haustechnik

Umsatz: CHF 911'000.–

Preis: CHF 400'000.–

Webshop mit attraktiver Domain

Umsatz: CHF 55'000.–

Preis: CHF 250'000.–

Ertragsstarkes Elektro-Unternehmen ZH

Umsatz: CHF 627'000.–

Preis: CHF 390'000.–

Reinigungsfirma im Kanton Zürich

Umsatz: CHF 829'000.–

Preis: CHF 800'000.–

Etabliertes Auktionshaus im Raum Zürich

Umsatz: CHF 1'640'000.–

Preis: CHF 500'000.–

Handels- und Installationsfirma

Umsatz: CHF 1'210'000.–

Preis: CHF 700'000.–

Kinderkrippe mit attraktiven Standorten

Umsatz: CHF 1'117'000.–

Preis: CHF 500'000.–

Küchenbau Heim- u. Spitalbereich

Umsatz: CHF 520'000.–

Preis: CHF 350'000.–

Hochprofitabler Bäckereibetrieb

Umsatz: CHF 1'895'000.–

Preis: CHF 600'000.–

Traditionsreiche Papeterie

Umsatz: CHF 2'614'000.–

Preis: CHF 650'000.–

Textilreinigungen / Wäschereien

Umsatz: CHF 3'500'000.–

Preis: CHF 2'800'000.–

Webshop Elektronik-Produkte

Umsatz: CHF 230'000.–

Preis: CHF 250'000.–

www.businessbroker.ch



Beliebte Dämonisierung als angeblicher Nazi: Protest gegen Blochers Auftritt im welschen Fernsehen, September 2007.

«Der Teufel kommt»

Christoph Blocher wird seit Jahrzehnten nicht nur von politischen Gegnern, sondern auch von Behörden, Journalisten und Justizorganen immer wieder heftig angegriffen. Ein Wunder, dass er noch nicht eingesperrt wurde. *Von Philipp Gut*

Andere hätte man längst mit einer Opfermedaille behängt. Nicht so Christoph Blocher. Weil er selber gerne austeilt und weil die Fronten so klar scheinen – dort der böse Provokateur, hier das aufrechte und moralisch stets überlegene Justemilieu –, geht leicht vergessen, dass der SVP-Politiker der mit Abstand bestgehasste Mann des Landes ist und in seiner Karriere so viel einstecken musste wie kein Zweiter. Blocher ist der Sandsack der Nation. An ihm dürfen sich alle ungestraft abregieren.

Allein am Mittagstisch

Es sind nicht nur politische Gegner, die nach Belieben auf Blocher einprägen und ihn mit allen Mitteln in die Knie zu zwingen suchen, sondern mitunter auch die obersten Stellen des Staates und der Justiz. Bis in die Spitze der Regierung hinauf reichen die Versuche, Blo-

cher aus dem Amt zu hieven. «T'es malade» («Du spinnst, du bist verrückt»), warf Bundesratskollege Pascal Couchepin (FDP) Blocher in einer denkwürdigen Aussprache der Landesregierung am 12. September 2007 an den Kopf – Zeugen sprechen vom «Tiefstpunkt» bundesrätlicher Diskussionskultur.

Blocher ist der Sandsack der Nation. An ihm dürfen sich alle ungestraft abregieren.

Couchepin hatte allen Grund zur Rage. Er war schwungvoll mitbeteiligt an einem Vorgang, den man nicht für möglich gehalten hätte: Die Spitzen der Bundesanwaltschaft versuchten, mit bereitwilliger Unterstützung der obersten parlamentarischen Aufsicht und der Medien, Blocher aus dem Amt zu drängen. Das Mittel

dazu: Man unterstellte ihm, in ein Komplott gegen den ehemaligen Bundesanwalt Valentin Roschacher (CVP) verwickelt gewesen zu sein. In Tat und Wahrheit war Roschacher über das hochriskante Engagement eines kolumbianischen Drogendealers gestolpert, der die Bundesbehörden mit Informationen versorgen sollte.

Die Intrige gegen Blocher erreichte eine Woche vor Couchepins Entgleisung («T'es malade») ihren Höhepunkt. Das Bundeshaus glich an diesem 5. September 2007 einem Tollhaus, die fiebrige Aussicht, den ungeliebten Konkurrenten endlich am Schlafittchen zu haben, trieb mehrere gestandene Politiker in den tiefroten Bereich. Blocher selber wartete am Mittagstisch vergeblich auf die Bundesratskollegen. Diese waren gerade mit seiner Absetzung beschäftigt, aktiv und passiv. Couchepin trat an einer Bundesratspressekonfe-

renz zusammen mit Sprecher Oswald Sigg (SP) vor die Mikrofone und heizte das Klima zusätzlich auf. Die andern Kollegen verfolgten die Pressekonferenz in ihren Büros am Bildschirm. Nur Blocher wusste von nichts und sass allein mit Samuel Schmid (Noch-SVP) an der verwaisten Tafel.

Das um sich greifende Jagdfieber und die Aussicht auf eine kolossale Beute liess die Geschäftsprüfungskommission (GPK) eine für den Freitag vorgesehene Pressekonferenz auf Mittwoch, 5. September 2007, 17 Uhr vorverlegen. «Es war nicht mehr möglich, [...] zu warten», gab GPK-Präsident Jean-Pierre Glasson (FDP) zu Protokoll. Subkommissionspräsidentin Lucrezia Meier-Schatz (CVP) liess dann mit leuchtenden Äuglein die Bombe platzen, indem sie von Ereignissen von «staatspolitischer Tragweite» sprach und den Komplottvorwurf gegen Blocher offiziell lancierte. Bereits vor der Pressekonferenz hatte CVP-Chef Christophe Darbellay von einer «Staatsaffäre» und einer neuen «Dimension» des Fehlverhaltens gesprochen.

Die Anschuldigungen gegen Justizminister Blocher stürzten zwar innert weniger Tage in sich zusammen; die Akten belegten eine gezielte Intrige der Spitzen der Bundesanwaltschaft gegen ihn, an der die parlamentarische Oberaufsicht eifrig mitspann. Folgen hatte die Affäre für Blocher aber dennoch: Sie trug dazu bei, dass er wenige Monate später als Bundesrat abgewählt wurde, unter lautem Jubel zahlreicher ehemaliger Kollegen aus dem Parlament.

«Volksverhetzung» in der Europafrage

Erste Demonstrationen gegen Blocher gab es schon bei Beginn seiner politischen Karriere in den frühen 1980er Jahren. Während der Zürcher Jugendunruhen trat er einmal als Redner am 1. August auf, weil sich niemand anders exponieren wollte – und prompt kam es zu Protesten. Der Widerstand gegen den Politiker wurde wiederholt auf die Strasse getragen, und er betraf auch seine wirtschaftliche Tätigkeit. 1992 mobilisierte SP-Präsident Peter Bodenmann die Gewerkschaften gegen Blochers Ems-Chemie.

Die Angriffe auf Blocher erreichten damals Rekordwerte – alles, was noch kommen sollte, hat seither für ihn einen gewissen Déjà-vu-Effekt. Es ging um die Abstimmung zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Blocher stand mit seinem Widerstand quasi allein, er setzte sich gegen Parteien, Verbände und das gesamte politische, wirtschaftliche, kulturelle Establishment durch.

Entsprechend unerbittlich fielen die Reaktionen aus. Die Maschinenindustrie schaltete Inserate, die vor dem «Rattenfänger» warnten. Als Blocher im Zuge des Abstimmungskampfs unter anderem den Kanton Freiburg besuchte, kündigte man dort das Erscheinen des «Teu-

fels» in Person an («C'est le diable qui vient», «Der Teufel kommt»).

Dass Blocher – wie sich alsbald erweisen sollte – mit seinem Nein zu Europa und der Betonung der Unabhängigkeit der Schweiz auf die richtige Karte setzte, machte die Sache nicht etwa besser, sondern eher noch schlimmer. Man verzieh ihm nicht, dass er recht behielt. Der damalige Chef der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), Robert Studer, bezichtigte Blocher der «Volksverhetzung» – und kurze Zeit später warf man den (erfolgreichen) politischen Störenfried aus dem Verwaltungsrat der Bank. Blocher war endgültig zur Unperson avanciert.

Umfangreiche Klageschrift

Im Jahr 1994 rief der Schweizer Verband der Journalistinnen und Journalisten (SVJ) gar zu einem Boykott gegen den Zürcher Nationalrat auf («Boykottiert Blocher!»). «Obwohl viele von uns Christoph Blochers SVP-Jargon verabscheuen, widmen wir diesem seitenweise Raum», klagte der Verband. Damit machten sich die Journalisten «fahrlässig und unüberlegt mitschuldig an der Verbreitung eines primitiven politischen Stils». Blocher sei deshalb schlicht zu ignorieren.

Auf Blocher fixierte Journalisten warnten vor der bevorstehenden «Machtergreifung».

Den Ratschlag der Verbandsspitze befolgte die Gilde nicht. Blocher wurde weiterhin viel Platz eingeräumt, und er wurde genauso polternd und polemisch beschrieben, wie man ihm selber vorwarf zu sein. «Das, was er repräsentiert, ist gefährlich», sagte der Schriftsteller Peter Stamm in einem *Weltwoche*-Interview. «Seine Art von Politik hat mit nützlichen Handlungen nichts zu tun.»

Grosser Beliebtheit erfreut sich bis auf den heutigen Tag die mehr oder minder verblühte Dämonisierung Blochers als angeblicher Nazi. «Ich will Blocher nicht in die Nähe des Faschismus rücken. Doch seine Methoden erinnern mich doch deutlich an jene der Frontzeit», sagte der ehemalige Bundesrat Rudolf Friedrich (FDP). «Blocher ist ein Faschist», befand rundheraus sein Parteikollege Yves Guisan. Pascal Couchepin verglich Blocher mit dem faschistischen italienischen Diktator Benito Mussolini («Duce»).

Da wollten auf Blocher fixierte Journalisten wie Ringier-Mann Frank A. Meyer nicht zurückstehen, der den SVP-Strategen wiederholt «Führer» nannte («der geborene Führer des Schweizer Volkes»). Andere warnten, in dieselbe Schublade greifend, vor einer unmittelbar bevorstehenden «Machtergreifung».

Neben der Nazi- und Faschismus-Keule gehört die Pathologisierung Blochers zu den be-

währten Mitteln seiner Gegner; und auch auf diesem Gebiet war sein Intimfeind Pascal Couchepin mit seinem «T'es malade» stilbildend. Die Ringier-Presse nannte ihn einen «politischen Patienten», und die heutige Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) sagte einst in der *Weltwoche* über Blocher: «Er hat das Charakteristikum eines verhaltensauffälligen Menschen, der fast zwanghaft provozieren muss.»

Wenn Blocher heute im Zuge der Hildebrand-Affäre, zu deren Aufklärung er massgeblich beigetragen hat, in den Fokus der Justiz gerät, so ist auch dies nichts Neues für ihn. Der Zürcher Bezirksanwalt Bruno Steiner reichte im Nachgang zur Auseinandersetzung um die nachrichtenlosen Konten und die Entschädigungsforderungen jüdischer Anwälte eine umfangreiche Klageschrift gegen Blocher ein wegen eines angeblichen Verstosses gegen das Antirassismogesetz (die Sache endete mit einem Vergleich).

Den Angriffen fehlt die Substanz

Von all diesen Angriffen blieb in der Substanz nicht allzu viel an Blocher hängen. Ein jüngster Versuch des *Tages-Anzeigers*, die Übernahme der Ems-Chemie durch den aufstrebenden Unternehmer als illegitim hinzustellen, musste von der Zeitung korrigiert werden. Es ist, seit Jahren und Jahrzehnten schon, dasselbe Lied. Blocher wird nach Kräften angefeindet und attackiert. Klagen darüber wären fehl am Platz, gerade bei diesem Politiker – viel Feind', viel Ehr'.

Kommt hinzu, dass Blocher die Auseinandersetzung beinahe systematisch sucht. «Er macht nicht das, was die Leute gut finden, sondern das, was er für richtig hält», sagt sein Intimus Christoph Mörgeli. Bereiten ihm die ständigen Kämpfe am Ende gar Spass? Das wäre, in Blochers Kategorien gedacht, sicherlich der falsche Begriff. Er tut, was er für notwendig hält. Die Kollateralschäden nimmt er in Kauf.

Die Heftigkeit der aktuellen Angriffe auf Christoph Blocher haben wohl – wie bei der EWR-Abstimmung 1992 – auch damit zu tun, dass die Kritiker im Grunde wissen, dass er weitgehend richtig gehandelt hat, indem er die Informationen über die hochbrisanten Devisengeschäfte von Philipp Hildebrand an die damalige Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP) weiterleitete. Befände sich Blocher auf lächerlichen Irr- und Abwegen, fiel das Echo bescheidener aus.

Gefährlich für Blocher ist nicht der rhetorische Dauerbeschuss durch seine Gegner. Gefährlich werden könnte ihm, wenn schon, ein eher neuartiges Phänomen: ein gewisser Überdross am dauerpräsenten und hyperaktiven SVP-Patriarchen, von dem nicht zuletzt eine etwas ermüdete Parteibasis befallen zu sein scheint. ○

Entscheid mit Nebenwirkungen

Gesundheitsminister Alain Berset vergrault die Pharmaindustrie. Die tieferen Medikamentenpreise, die der Sozialdemokrat verordnet hat, schaden dem Standort Schweiz. *Von Kari Kälin*



«Von den schönen Sonntagsreden bleibt wenig übrig»: Bundesrat Berset.

Vor seiner Wahl in den Bundesrat bereitete die Frankenstärke Alain Berset (SP) Bauchschmerzen. «Der Franken ist immer noch deutlich überbewertet, und die Firmen sind noch lange nicht aus dem Schneider», sagte er in der Herbstsession. Die Hauptakteurin in diesem Dossier sei die Nationalbank, ergänzte der damalige Ständerat. Es sei aber notwendig, dass das Parlament den Bundesrat unterstütze. Mittel- und langfristig würden die Interessen der Wirtschaft und des Landes am besten gemeinsam verteidigt.

In der letzten Woche widersprach sich Berset gleich selber. Unter dem Applaus von Patienten- und Konsumentenschützern verkündete er, dass die kassenpflichtigen Medikamente pro Jahr künftig 240 Millionen Franken billiger werden. Möglich macht dies ausgerechnet der starke Franken. Wie funktioniert das? Um die Preise für Schweizer Medikamente zu bestimmen, schaut der Bund, wie viel diese

Medikamente in sechs europäischen Ländern (darunter befinden sich vier Euro-Länder) kosten. Der daraus resultierende Durchschnittspreis wird danach in Schweizer Franken umgerechnet. Er dient als Referenzwert, mit dem der Bund die Medikamentenpreise in der Schweiz festlegt. Als der Bund die Preise vor drei Jahren letztmals überprüfte, lag der Wechselkurs noch bei Fr. 1.58 pro Euro. Bei der jüngsten Preistrunde wendete Berset einen Kurs von Fr. 1.29 an. Im Vergleich zum Ausland haben sich die Medikamente tatsächlich verteuert – nicht wegen realen Preiserhöhungen, sondern nur wegen des schwachen Euro. Deswegen muss die Pharmaindustrie jetzt Einbussen in dreistelliger Millionenhöhe in Kauf nehmen.

Dieser Entscheid von Gesundheitsminister Berset überrascht. Noch im Dezember hatte der Bundesrat eine SVP-Motion (Revitalisierung der Schweiz als Forschungs- und Pharma-

standort) zur Annahme empfohlen. Der Bundesrat sei sich «der Bedeutung der betriebswirtschaftlichen Planbarkeit und deren Erschwerung aufgrund starker Wechselkurschwankungen bewusst» und bereit zu prüfen, inwiefern die bestehenden Mechanismen zur Preisüberwachung angepasst werden sollten. Die Worte entpuppen sich als Leerformel – zum Ärger von Thomas Cueni, Generalsekretär von Interpharma, dem Verband der Schweizer Pharmafirmen: «Von den schönen Sonntagsreden bleibt wenig übrig.»

Auf den ersten Blick scheinen die tieferen, staatlich verordneten Medikamentenpreise nachvollziehbar. Die Pharmaindustrie verdient gutes Geld, die Manager kassieren hohe Saläre. Der Schweizer Branchenprimus Novartis realisierte 2011 mit 58,6 Milliarden Dollar einen neuen Umsatzrekord. Der Reingewinn betrug 9,2 Milliarden. Novartis-Konzernchef Joe Jimenez erhielt einen Lohn von 15,7 Millionen Franken, Verwaltungsratspräsident Daniel Vasella 13,5 Millionen. Prisca Birrer-Heimo, Luzerner SP-Nationalrätin und Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz, genügen Berts Massnahmen daher nicht. Sie fordert weitere Preissenkungen. «Die Branche gehört ja nicht zu den notleidenden Wirtschaftszweigen.» Die Marge für die Pharmaindustrie bleibe nach wie vor komfortabel.

Mehr Schaden als Nutzen

Gleichzeitig steigen die Kosten im Gesundheitswesen und die Krankenkassenprämien ungebremst. Im Jahr 2010 vergüteten die Versicherer Leistungen für rund 25 Milliarden Franken. Dies geht aus einer Statistik von Santésuisse, dem Dachverband der Krankenversicherer, hervor. Rund 4,9 Milliarden Franken entfielen auf Medikamente. Nach den Spitälern (9,9 Milliarden) und den Arztbehandlungen (5,6 Milliarden) bilden die Medikamente den drittgrössten Kostenblock. Berts 240-Millionen-Einsparung entspricht rund einem Prämienprozent.

Das bundesrätliche Communiqué preist diese Neuerungen als «ausgewogene Lösung». Sie federten einerseits zu grosse Wechselkurschwankungen ab und führten andererseits zu Einsparungen zugunsten der Versicherten. Mit der Abfederung der Wechselkursschwankungen ist die sogenannte Toleranzmarge gemeint, die Berset von 3 auf 5 Prozent erhöht hat. Das heisst: In der Schweiz darf der Preis für Medikamente neu 5 Prozent über dem Referenzwert liegen, der sich aus dem Ver-

gleich mit den sechs europäischen Ländern ergeben hat.

Trotz dieses scheinbaren Entgegenkommens drohen von den mehrheitlich bejubelten Preissenkungen schädliche Nebenwirkungen auszugehen, die dem Wirtschaftsstandort Schweiz schaden. Weitgehend untergegangen in der Debatte ist nämlich ein zentraler Aspekt: Weltweit 35 Staaten, darunter bedeutende Märkte wie Brasilien und Kanada, aber auch Länder wie die Türkei oder Griechenland, definieren ihre Medikamentenpreise nicht nur, aber auch im Verhältnis zu den Schweizer Tarifen. «Was hier festgesetzt wird, hat weltweite Auswirkungen», schrieb die *Basler Zeitung*. In der Tat: Schweizer Pharmaunternehmen müssen rund um den Globus mit Umsatz- und Gewinneinbussen rechnen, weil der Bundesrat hierzulande ein mickriges Krankenkassen-Prämienprozent spart. Die Verluste genau zu beziffern, sei schwierig, sagt Thomas Cueni. «Der volkswirtschaftliche Schaden dieser Kostensenkung ist aber weitaus grösser als ihr Nutzen. Der Bundesrat fördert die Deindustrialisierung des Landes.» Während Länder wie Frankreich und Grossbritannien die Pharmabranche stärkten, tue die Schweiz das Gegenteil. Cueni kann sich vorstellen, dass Firmen Leute entlassen oder von Neuinvestitionen absehen. In der Schweiz seien die Produktionskosten im Vergleich zu den Nachbarländern in

den letzten drei Jahren wegen des schwachen Euro um 20 Prozent gestiegen. Zum «Dank», dass die Firmen ihre Standorte nicht verlegten, würden sie nun mit Preissenkungen in etwa der gleichen Höhe abgestraft.

Den Vorwurf, die Pharmabranche jammere auf hohem Niveau, weist Cueni von sich. Die Branche könne nur deshalb in den Standort Schweiz investieren, weil sie im Ausland hohe Gewinne erziele. Bedenken äussern nicht nur Pharmavertreter. Berset's Parteikollege, der Basler SP-Ständerat Claude Janiak, erachtete

«Der Bundesrat fördert die Deindustrialisierung des Landes.»

es in einem Votum in der Wintersession als «unverhältnismässig», die Preise in der Schweiz rein aufgrund der «extremen Situation an den Währungsmärkten» zu senken, obwohl sich am Preis im Ausland gar nichts geändert habe. Janiak erinnerte den Bundesrat daran, dass die Pharmaindustrie nach wie vor die «mit Abstand wichtigste Exportbranche» der Schweiz sei.

Dass der Abbau von Arbeitsplätzen keine Fiktion ist, zeigt die jüngste Vergangenheit. Im letzten Oktober gab Novartis bekannt, den Produktionsstandort Nyon VD zu schliessen. Nur dank Massnahmen wie zeitlich begrenz-

ten Steuererleichterungen, dem Verzicht der Mitarbeiter auf eine Gehaltserhöhung und einer Erhöhung der Arbeitszeit von 37,5 auf 40 Wochenstunden blieben im Kanton Waadt mehr als 300 Arbeitsplätze erhalten.

Man hört nur Gutes

Am 9. April feiert Alain Berset zwei Jubiläen: seinen vierzigsten Geburtstag und seine ersten hundert Tage im Bundesrat. Wer sich umhört, erfährt fast nur Gutes über den Neobundesrat. «Parlamentarier von links bis rechts staunen, wie schnell der Vierzigjährige seine Dossiers in den Griff bekommen hat», schrieb der *Tages-Anzeiger* letzte Woche. Das positive Bild hängt vielleicht auch damit zusammen, dass sich der Doktor der Ökonomie, der nie in der Privatwirtschaft gearbeitet hat, um klare Aussagen drückt («Meister des Ungefähren», *Weltwoche* Nr. 50/11). Die Senkung der Medikamentenpreise, eine seiner ersten Amtshandlungen, entlarven die allseits verbreiteten Berset-Lobgesänge als hohl. Der SP-Mann seinerseits hüllt seine Tat in schwammige, beschönigende Worte. In einem Brief an die Parlamentarische Gruppe Region Basel schreibt Berset: «Es war mir ein Anliegen, eine geeignete Lösung zu finden, die den betroffenen Akteuren im Gesundheitswesen, aber auch der Zielsetzung der sozialen Krankenversicherung gerecht wird.» ○



Der radioaktive Abfall der Schweiz lässt sich nicht wegdiskutieren.

Aber sicher im Gestein lagern.

In der Schweiz fällt radioaktiver Abfall an, der entsorgt werden muss. Die Lösung: In einer tiefliegenden Gesteinsschicht kann er langfristig und sicher eingelagert werden. Mehr über die geologische Tiefenlagerung unter nagra.ch

nagra ● aus verantwortung

Der König von Bern

Marc Lüthi steht dem Eishockeyverein SC Bern vor und ist populärer als der Stadtpräsident. Wer ist dieser Mann, der eine KV-Lehre gemacht hat und den Schlittschuhklub vor dem Untergang rettete? Von Klaus Zaugg und Tomas Wüthrich (Bild)

Er mag die Bezeichnung «König von Bern» ganz und gar nicht. Ja, er droht sogar, nie mehr mit dem Chronisten zu reden, sollte er irgendwo «König von Bern» lesen. Die Wahrheitspflicht ist indes grösser als Rücksichtnahme auf die persönlichen Sensibilitäten des erfolgreichsten Sportmanagers im Land. Nichts kommt der Wahrheit näher als eben dieser «König von Bern».

Der als Holding strukturierte SCB-Konzern wird seit nunmehr zwölf Jahren wie eine Monarchie geführt. Marc Lüthi hatte bis heute als Mitbesitzer und Delegierter des Verwaltungsrates bis auf eine Ausnahme immer das letzte Wort. Die Ausnahme: 2005 setzte der Verwaltungsrat die Entlassung von Sportchef Roberto Triulzi (heute Bobbahn-Direktor in St. Moritz) gegen den Willen Lüthis durch.

König Marc Lüthi regiert mit einem Hofstaat. Bestehend aus drei alten Weggefährten: Rolf Bachmann, Sven Leuenberger und Erwin Gross. Sie alle sind Wegbegleiter Lüthis seit

Der Umsatz des SCB-Konzerns ist von knapp 10 auf über 50 Millionen Franken gestiegen.

dem Einstieg beim SC Bern im Jahr 1998 und dem König in Nibelungentreue verbunden. Rolf Bachmann ist Lüthis Stabschef, Organisator für alles rund um den Sport: Gastronomie, Spielbetrieb et cetera. Sven Leuenberger war einst Captain der Mannschaft und arbeitete damals schon nebenher im SCB-Büro. Heute ist er Sportchef. Erwin Gross hatte mit Marc Lüthi die Vermarktungsfirma IMS Marketing in Köniz gegründet. Nach dem Einstieg beim SCB verkaufte Lüthi seine Anteile an Gross, und seither hat die IMS einen grossen, lukrativen, mit einem langfristigen Kontrakt in alle Ewigkeiten gesicherten Auftrag: den Verkauf der SCB-Werbung. Gross, mit YB-Trainer Christian Gross oder Politiker Andreas Gross nicht verwandt, ist eine Schlüsselfigur: Er kann alle Dissonanzen wegcharmieren und kompensiert damit des Königs Hang zu Granitigkeit.

«Wir sind keine Freunde»

Diese Konzentration von Freunden rund um König Lüthi bestimmt das Tagesgeschäft beim SCB. «Wir sind keine Freunde», sagt Lüthi. «Wir arbeiten zusammen, privat gibt es kaum Kontakte. Keiner hat je meine Wohnung gese-



«Ein Sportunternehmen darf nie politisch sein»: SCB-Manager Lüthi.

hen.» Eben doch: König Marc Lüthi. König Louis XV gewährte seinen Ministern auch keinen Zutritt zu seinen Gemächern. Dort empfing er nur Madame de Pompadour.

Der SC Bern ist 1998 am Ende. Zehn Millionen Franken Schulden drücken. Zusammen mit dem Anwalt Philipp Landtwing orchestriert Lüthi eine Nachlassstundung des Vereins. Anschliessend gelingt es ihm, Reto Hartmann, den Manager der Valora AG, der Herrin über fast alle Kioske der Schweiz, zum Einstieg ins Sportbusiness zu überreden. Lüthi's damalige Ehefrau ist mit der Gattin Hartmanns befreundet. Hartmanns Valora AG schießt eine Million Franken Aktienkapital in die SCB AG ein, wird dadurch faktisch Besitzerin des SCB und gewährt darüber hinaus als Starthilfe einen Kredit in der Höhe von einer weiteren Million Franken. Inzwischen hat die Valora AG ihre SCB-Anteile an eine kleine Investorengruppe verkauft, zu der auch Marc Lüthi gehört und die sich regelmässig bei Ruedi Schnorf auf dem Golfplatz Limpachtal trifft.

Die letzten roten Zahlen

Der SCB startet durch. 1999/2000 werden zum letzten Mal rote Zahlen geschrieben. Seither macht der SCB-Konzern jedes Jahr Gewinn. Der Umsatz ist von knapp 10 auf über 50 Millionen Franken gestiegen. Die ganze Nachlassstundung hat Lüthi nachhaltig geprägt. Seither ist beim SCB die oberste Maxime: «Nie mehr einen Franken ausgeben, den wir nicht eingenommen haben.» Auch im helvetischen Sportbusiness eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit. Der sicherste Weg zu einem kleinen Vermögen im Sportgeschäft ist nach wie vor, mit einem grossen Vermögen zu starten.

Aber Marc Lüthi, KV-Lehrling mit Nachdiplomstudium in Betriebswirtschaft und Kleincousin von Globetrotter-General André Lüthi, erkennt als Erster, dass ein Sportunternehmen über alle Werbeflächen und Verpflegungsmöglichkeiten im Stadion verfügen muss. Mit der Sanierung der Postfinance-Arena hat er dieses Ziel erreicht: Er ist alleiniger Hausherr im Tempel, bezahlt dafür aber eine Miete von 4,5 Millionen Franken pro Saison. Doch selbst mit den Einnahmen aus Eintritten, Werbung, Bier, Fondue und Wurst ist es nicht möglich, eine NLA-Spitzenmannschaft mit einem Budget von rund 15 Millionen Franken zu finanzieren. Also sucht Lüthi unablässig nach Geschäftszweigen, die unabhängig vom sportlichen Erfolg Gewinne abwerfen und innerhalb der SCB-Holding die Quersubventionierung der Hockeymannschaft ermöglichen.

Dabei konzentriert er sich auf die Gastronomie. Inzwischen führt der SCB ausserhalb des Stadions in und um Bern herum elf Beizen, zurzeit noch alle in Zusammenhang mit Sportbetrieben (Eisbahnen, Schwimmbädern, Curlinghallen). In einem nächsten Schritt wird nun eine Steakhouse-Kette («The Beef») lan-

ciert. In Kürze wird das erste Steakhouse in der Stadt Bern eröffnet. Wenn es sich bewährt, ist eine Expansion im Sinne eines Franchise-Unternehmens in der ganzen Schweiz geplant. Mit der Gastronomie setzt die SCB-Holding inzwischen mehr um als mit dem reinen Spielbetrieb. Der Gewinn wird nicht publiziert. Lüthi sagt: «Wir stecken jeden Franken, den wir verdienen, ins Eishockeygeschäft.» Das ist praktisch. So bleibt die Steuerbelastung gering.

Kein anderes Sportunternehmen im Land wird so stark von seinem Manager personifiziert wie der SC Bern. Andernorts ist meist der Präsident die zentrale Figur. Weil er in der Regel auch der grösste Sponsor/Mäzen/Götti ist. Berns König investiert hingegen kein eigenes Geld ins Unternehmen und sagt: «Für jeden Franken erbringen wir eine Gegenleistung.» In seiner ganzen Amtszeit habe es nur einmal eine Zuwendung eines Gönners gegeben: beim Transfer des National-Rumpelstürmers Thomas Déruns vor einem Jahr während der laufenden Saison von Genf nach Bern. «Aus den Betriebsmitteln hätten wir diesen Transfer nicht bezahlen können. Da hat uns ein Gönner geholfen.»

Lüthi's Geschäftspolitik der schwarzen Zahlen prägt heute das sportliche Erscheinungsbild: Der SCB beschäftigt keine charismatischen Stars wie die ZSC Lions, wie Davos, Zug, Lugano oder Kloten. Nicht einmal auf den

Inzwischen führt der SCB in und um Bern elf Beizen. Nun wird eine Steakhouse-Kette lanciert.

Ausländerpositionen. In der rot-grünen Stadt ist Lüthi sozusagen ein sportlicher Sozialist: Ausgeglichenheit, Teamwork, Taktik und Leidenschaft sind die Qualitäten des Teams. Vorübergehend führte dieser Trend zu gewissen Auswüchsen wie der Wahl von zwei Team-Captains. Von diesem Kuriosum ist der Trainer nun wieder abgerückt, und seither läuft es der Mannschaft besser.

Zuschauerrekord in Europa

Marc Lüthi ist auch deshalb der «König von Bern», weil keine andere Organisation die Berner so sehr beschäftigt wie der SC Bern. Auch YB nicht. Des Berners Fähigkeit, seinen Gefühlen Luft zu machen, ist nicht sehr gross. Der Berner ist beherrscht, gesetzt und manchmal ein *Tröchni*. Doch kommt es zuweilen vor, dass der Berner aus dem Häuschen gerät – und dann ist der Grund dafür fast immer der SCB. Viele sagen, nach grossen Siegen liege so etwas wie ein inneres Licht, eine sanfte Selbstzufriedenheit über der Stadt. In kein anderes Hockeystadion ausserhalb der nordamerikanischen NHL kommen so viele Zuschauer wie in den Berner Eishockey-Tempel: Diese Saison kamen durchschnittlich 15 779 Fans pro Spiel

(92 Prozent Stadionausslastung). Zum zehnten Mal in Serie Europarekord. Diese Kulisse lebt nicht nur von Siegen alleine. Es muss Unterhaltung geboten werden. Deshalb hat Lüthi am 21. Oktober 2011 den kanadischen Trainer Larry Huras, den Meistermacher von 2010, gefeuert und den finnischen Assistenten Antti Törmänen zum Cheftrainer befördert. Nicht wegen Erfolglosigkeit. Sondern wegen langweiliger, defensiver Spielweise. Zum ersten Mal ist ein Trainer wegen zu wenig attraktiver Spielweise entlassen worden. Wenn sich je die Bezeichnung «König von Bern» bestätigt hat, dann bei dieser Personalie.

Der Entscheid reifte während des Spiels (eine 1:2-Niederlage nach Verlängerung). Nach der Schluss sirene stieg Lüthi von seiner Loge in den Bauch des Stadions hinunter und entliess Huras auf der Stelle. Gegen den Willen seines Sportchefs. Das letzte Wort hat immer der König. Widerspruch wagt eigentlich nur SCB-Präsident Walter Born. Der Versicherungsunternehmer wird in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, mischt sich nie ein, ist aber Lüthi's wichtigster Gesprächspartner für alles, was er seinem Hofstaat (Bachmann, Leuenberger, Gross) lieber nicht anvertrauen möchte.

Tschäppät und ein Kriminalroman

Wer den SCB erfolgreich führt, gehört in der Stadt zur Prominenz. Lüthi, der erfolgreiche Macher, geniesst die grössere Popularität als Stadtpräsident und Sozialist Alexander Tschäppät. Die Naturkräfte des Neides walten auch in Bern, und Lüthi gibt durchaus zu, dass er und Tschäppät einander jahrelang spinnfeind waren. Inzwischen haben die beiden einen Burgfrieden geschlossen und sind sich in herzlicher Feindschaft zugetan: «Wir sind auf den Stadtpräsidenten angewiesen, und er hat eingesehen, dass wir etwas für seine Stadt tun.» Lüthi, ein Stadtberner, der in Wanzwil, Herzogenbuchsee und Luzern aufgewachsen ist, äussert sich zwar einmal im Monat in einer Kolumne in der *Berner Zeitung* zu Gott und der Welt. Aber ein politisches Bekenntnis nach links oder rechts meidet er wie der Teufel das geweihte Wasser. «Ein Sportunternehmen darf nie politisch sein. Wir haben einmal Simon Schenk für den Nationalratswahlkampf unsere Adresskartei zur Verfügung gestellt. Weil wir der Meinung waren, dass es fürs Eishockey gut ist, einen Vertreter im Parlament zu haben. Die Reaktionen waren so heftig und negativ, dass wir uns seither aus der Politik heraushalten.»

Und so sind auch alle Versuche gescheitert, Lüthi zu einer Kandidatur für den Stadtberner Gemeinderat zu überreden. Logisch: Ein König wird ja nicht gewählt. Ein politisches Amt strebt der «König von Bern» also nicht an. Wenn er einmal seine Mission beim SC Bern erfüllt hat, möchte er sich Zeit und Musse nehmen, um einen Kriminalroman zu schreiben. ○

Besser als Goldman Sachs

Der Rohstoffhandel hat sich zu einer Goldgrube entwickelt. Von Genf und Zug aus verschieben einige der grössten und erfolgreichsten Unternehmen der Branche Rohstoffe über den ganzen Erdball. Zum Wohl der Schweizer Wirtschaft und der Armen auf der Welt. *Von Florian Schwab*



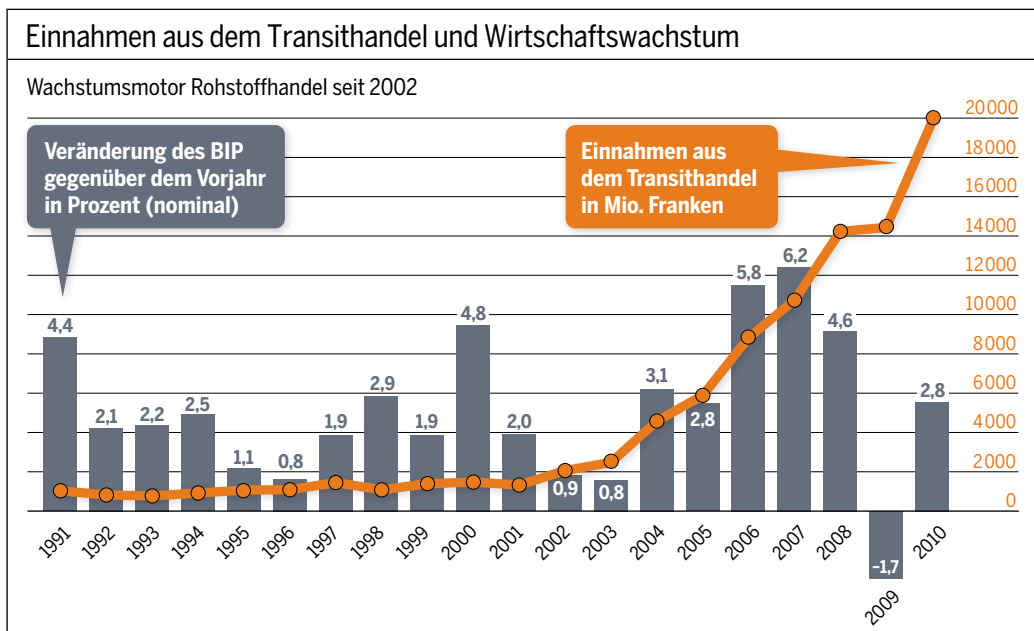
Kaufen, wo das Produkt im Überfluss vorhanden ist, und verkaufen, wo es knapp ist: Weizenernte.

Als im vergangenen Herbst die «Occupy»-Bewegung den Zürcher Lindenhof besetzt hielt, formierte sich auch eine Zentralschweizer Gruppe. Im Internet riefen die Aktivisten zu einem «Gedenkmarsch» zum Firmensitz von Glencore auf, dem weltweit grössten Rohstoff-Handelsunternehmen mit Sitz in Zug. Laut der elektronischen Teilnehmerliste nahm kaum mehr als ein halbes Dutzend linke Aktivisten an der unbewilligten Aktion teil. Fotos von dem Anlass wurden daher keine veröffentlicht.

Wenngleich man mit Anti-Glencore-Aktivismus offenbar die Öffentlichkeit nicht massenhaft mobilisieren kann, läuft gegen den Konzern ein mediales und politisches Kesselreiben. Es genügt ein gerüchteweiser Verdacht auf eine Regelverletzung in irgendeiner Tochterfirma auf der Welt, um mindestens einen Artikel im *Tages-Anzeiger* und mit Glück einen Beitrag in der Nachrichtensendung «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens zu platzieren. Gleichzeitig erfolgt im Parlament eine empörte Anfrage von linker Seite (besonders aktiv: Margret Kiener Nellen, SP).

Parallel zur verunfallten Aktion von «Occupy Zentralschweiz» lancierte die St. Galler Nationalrätin Hildegard Fässler (ebenfalls SP) ein Postulat, mithilfe dessen sie den Bundesrat mit der Untersuchung der «Rolle der Schweiz» im Zusammenhang mit hier ansässigen Rohstoffhändlern wie Glencore beauftragen wollte. Der Bundesrat zeigte sich daran interessiert, das Parlament verwarf das Postulat allerdings vor rund zehn Tagen – Grund genug für eine Analyse der «Rolle der Schweiz» in der *Weltwoche*.

Die Schweiz ist für etliche Rohstoffe, darunter Rohöl, die weltweit wichtigste Handelsdrehscheibe. Glencore als grösster Rohstoffhändler der Welt katapultiert den Kanton Zug in die Spitzenposition. Das Unternehmen kauft und verkauft weltweit sämtliche industriellen Rohstoffe, vor allem Metalle, Mineralien und Agrarprodukte. Damit erzielt es einen Umsatz von mehr als 150 Milliarden Schweizer Franken – rund ein Viertel des schweizerischen Bruttoinlandproduktes. Etwa gleich gross wie Glencore sind alle Handelsfirmen im Kanton Genf zusammengenommen. Die Anfänge der Branche lassen sich in beiden Zentren mehrere Jahrzehnte zurückverfolgen, je nach Interpretation auch Jahrhunderte, denn die Schweiz war als Land ohne eigene Bodenschätze und natürliche Ressourcen bereits in früheren Zeiten auf den Handel spezialisiert. So war die Ostschweiz im



Starke Zunahme in den letzten zehn Jahren: die Schweiz als Drehscheibe des Warenverkehrs.

19. Jahrhundert ein internationales Zentrum des Textilhandels. Über die Alpen wurden Güter von Nord nach Süd verschoben und umgekehrt. Der Beruf des Händlers besteht seit Menschengedenken darin, Produkte dort zu kaufen, wo sie im Überfluss vorhanden sind, und sie zu verkaufen, wo sie knapp sind.

Verzehnfachung seit 2000

Gerade in Krisenzeiten, wie in den Weltkriegen oder während der Ölkrise, war die politische Neutralität der Schweiz ein Vorteil für die Händler. Die Ölkrise 1973 war die Initialzündung für die Etablierung des Handelsplatzes Genf für Rohöl. Als Vorteil kam der bereits etablierte Finanzplatz Genf hinzu, wo die Banken unkompliziert und rasch die benötigte Finanzierung leisteten. Als sich der Ölpreis innert weniger Monate verdreifachte, wurde für findige Händler deutlich, dass sich in Zeiten schwankender Preise gute Handelsgewinne erzielen liessen. Einer dieser findigen Unternehmer war Marc Rich, der die spätere Glencore vor vierzig Jahren im Kanton Zug gründete.

Eine umfassende Wachstumsdynamik entwickelte sich allerdings erst in den vergangenen zehn Jahren. Viele Händler, die wegen der Thatcher-Reformen nach London umgesiedelt waren, kamen nach Genf zurück. Man kann diese Entwicklung an der Zahlungsbilanz der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ablesen,

punkte zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei. Im zweiten Quartal 2010 waren es sogar drei Prozentpunkte, während die Wirtschaft ohne den Beitrag der Rohstoffhändler stagniert hätte.

Die Gewinne der Rohstoffhändler vermehren über verschiedene Kanäle den Wohlstand in der Schweiz. Am offensichtlichsten ist dies bei den Gewinnsteuern. Im Kanton Genf erzielte die Branche im Jahr 2007 einen Gewinn von rund zwei Milliarden Franken. Davon fallen rund zehn Prozent an Gewinnsteuern ab. Neuere verlässliche Zahlen gibt es nicht. Geht

Die Jahrzehnte der Globalisierung haben Milliarden von Menschen aus der absoluten Armut befreit.

man aber davon aus, dass die Margen konstant geblieben sind, während sich, wie die Statistik zeigt, das Volumen seit 2007 verdoppelt hat, so hätte die Genfer Rohstoffbranche im Jahr 2011 rund 400 Millionen Franken Gewinnsteuer bezahlt. Für den Kanton wäre davon rund die Hälfte abgefallen – knapp zehn Prozent aller Gewinnsteuern im Kanton. Im Kanton Zug ist Glencore regelmässig einer der grössten Steuerzahler mit schätzungsweise 200 Millionen Franken im Jahr 2010 (im Jahr 2011 resultiert aufgrund von Kosten im Zusammenhang mit

zum Steueraufkommen leisten. Kritik gibt es höchstens an der absoluten Höhe der Steuerzahlungen, die nach Meinung von linken Politikern nicht hoch genug ausfallen können.

Obwohl der Rohstoffhandel für die Schweiz eine Goldgrube ist, würden die Kritiker einwenden, dass das Geschäft «auf dem Buckel» der Armen stattfindet. Doch auch dieses Argument hält einer nüchternen Überprüfung nicht stand. Die vergangenen Jahrzehnte der Globalisierung haben Milliarden von Menschen aus der absoluten Armut befreit. Die Armut wurde halbiert. So wurde eines der «Millenniumsziele» der Uno früher erreicht als gedacht. Zu verdanken ist dies allerdings nicht den Uno-Bürokraten, und schon gar nicht den falschen Freunden der Armen in der westlichen Welt. Zu verdanken ist es der Tatsache, dass die armen Länder am internationalen Handel teilhaben können. Die Rohstoffhändler sind die Vermittler auf diesen Märkten. Sie stehen untereinander in einem ständigen Konkurrenzkampf.

Letzte Nische des freien Handels

Der englische Anwalt Jeremy Davies, der vor zwei Jahren die neue Genfer Filiale der auf Handelsrecht spezialisierten Kanzlei Holman Fenwick Willan eröffnet hat, hält fest: «Rohstoffhändler bewegen sich im Wettbewerb. Schwarze Schafe verschwinden von selber.»

Return on Investment?
Ein Kuss mindestens.

made by Gübelin.




GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

wo die «Einnahmen aus Transithandel» ausgewiesen sind, also die Gewinne der Händler, welche von der Schweiz aus Handelswaren (darunter Rohstoffe) zwischen Drittstaaten verschieben. Zwischen dem Jahr 2000 und 2012 haben sich diese von rund 2 Milliarden Franken auf rund 20 Milliarden Franken verzehnfacht. Grund dafür ist nach Einschätzung von Olle Östensson, einem Unternehmensberater für den Rohstoffbereich und früherem Direktor der Uno-Agentur Unctad, der wachsende Rohstoffhunger in den aufstrebenden Ländern Asiens und Lateinamerikas, der auch die Preise in die Höhe treibt.

Diese eindrucklichen Zahlen bedeuten, dass die Schweiz über ihre Stärke im internationalen Rohstoffhandel direkt vom Wachstum der Schwellenländer profitiert. Laut Schätzungen der Credit Suisse trugen die Gewinne der Rohstoffhändler in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich rund 0,5 Prozent-

dem Börsengang wohl eine Steuergutschrift). Zu den Gewinnsteuern kommen die Einkommensteuern, welche die meist gut verdienenden Rohstoffhändler an ihren Wohnorten bezahlen. Im Kanton Genf sind rund 5000 Personen im Rohstoffhandel beschäftigt, und es ist vermutlich konservativ geschätzt, von einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 300 000 Franken auszugehen: mindestens 1,5 Milliarden Franken an steuerpflichtigem Einkommen.

Ein Teil des Einkommens, das die Rohstoffhändler erzielen, fliesst über Konsumausgaben in andere Wirtschaftszweige. Ein anderer Teil wird investiert und trägt so langfristig zur Kapitalbildung und zum Wohlstand in der Schweiz bei.

Manche der Kritiker aus Medien und Politik würden der Argumentation bis hierhin folgen. Sie gestehen zu, dass die Rohstoff-Firmen einen positiven Beitrag zur Schweizer Wirtschaft und

Die Schweiz habe international gesehen einen Wettbewerbsvorteil, weil die Steuern niedrig sind und die Branche kaum reguliert ist. Überhaupt ist Regulierung ein wichtiger Aspekt: Den Investmentbanken wird es zunehmend erschwert, Geschäfte auf eigene Rechnung zu machen. Mit der zunehmenden Regulierung der amerikanisch und britisch dominierten Investmentbanken verschwinden Konkurrenten vom weltweiten Rohstoffmarkt. Beim Börsengang von Glencore vor rund einem Jahr titelte die Wirtschafts- und Finanzplattform *Cash* «Alptraum für Goldman Sachs». Das Finanzmarktportal Bloomberg diagnostiziert einen «Aufstieg der unregulierten Rivalen».

Rechtsberater Davies, der als Brite in der Schweizer Politik unverdächtig ist, hat einen guten Rat für die Schweiz, wenn sie ihre Goldgrube behalten möchte: auf möglichst grosse Distanz gehen zur EU und zu deren Regulierungswut. ○

Immer das Auto

In Bern sollen Strassenzölle eingeführt werden, um die Staatskassen zu füllen. Auch in Zürich unternehmen Politiker alles, um den motorisierten Privatverkehr zu behindern. Der Automobilist dient als Sündenbock, der nach Belieben ausgenommen werden darf. *Von Alex Reichmuth*



Schnell bei Bussen: Stadtpolizei.

Wer in Bern mit dem Auto unterwegs ist, soll bestraft werden. Eine Studie, die von Kanton und Stadt Bern sowie von der Regionalkonferenz Bern-Mittelland in Auftrag gegeben wurde, ist zum Schluss gekommen, dass ein Road-Pricing von fünf Franken pro Tag und Auto die Strassen Berns um fünfzehn bis zwanzig Prozent entlasten würde. Wie der ebenfalls stark ausgelastete öffentliche Verkehr den entsprechenden Mehrbedarf bewältigen soll, bleibt zwar offen. Die Strassenzölle würden aber etwa 230 Millionen Franken in die Staatskasse spülen – eine verlockende Aussicht. Die SP begrüsst laut *Bund* die «Offenheit gegenüber neuen Ideen».

Strassenzölle sind allerdings keine neue Idee. Schon seit Jahren diskutiert man auf Bundesebene über deren Einführung. Noch älter ist der Reflex, Autofahrer zur Kasse zu bitten für echte oder vermeintliche Umweltprobleme. Auch wenn diese schon Automobilsteuern, Motorfahrzeugsteuern, Mineralölsteuern, Klimarappen, Autobahnvignetten usw. bezahlen und damit die von ihnen verursachten Kosten seit Jahrzehnten mehr als ausgleichen, kann jeder Politiker mit Applaus rechnen, wenn er den motorisierten Privatverkehr finanziell belangen will. Denn seit es die Ökobewegung gibt, schiebt sie den Automobilisten die Schuld in die Schuhe für Ressourcenverschleiss, Luftverschmutzung, Lärm

und Verkehrsprobleme. «Das Auto steht unter Generalverdacht, für alle Umweltübel verantwortlich zu sein», schreibt Wolf Wegener, Ehrenmitglied des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC). «Da hauen die Politiker gern drauf, da verstummen grosse Teile der Presse, da kann der Bürger sehen, wo er bleibt. Das Auto bekämpfen ist immer richtig.»

Urbanes Glaubensbekenntnis

Besonders weit fortgeschritten ist dieser Kampf in Zürich. Hier werden immer mehr Fahrspuren aufgehoben, hier verschwindet ein Parkplatz nach dem anderen. Hier werden Autofahrer selbst für geringste Übertretungen der Parkregeln gnadenlos gebüsst, und hier sollen die Autos nachts bald überall nur noch mit Tempo 30 dahinkriechen. Bei den immer neuen Hindernissen für den Autoverkehr können Zürichs Behörden auf den Willen der Stimmbürger verweisen. Diese haben nicht nur das utopische Projekt 2000-Watt-Gesellschaft abgesegnnet, sondern letztes Jahr auch die Städteinitiative angenommen, laut der innert zehn Jahren mehr als jedes vierte Auto von den Strassen verschwinden soll. Das Auto abzulehnen, hat in der grössten Schweizer Stadt den Status eines Glaubensbekenntnisses erreicht: In der neuen Wohnsiedlung Kalkbreite sollen sich die Mieter vertraglich ver-

pflichten, ohne eigenes Auto zu leben. So werden für die 88 Wohnungen der Siedlung nur zwei Parkplätze gebaut – für Behinderte.

Sollte der autofreie Zürcher Bürger eine Flugreise antreten, zwingt er sich mit seinen schweren Koffern und Taschen in überfüllte Bahnabteile. Denn am Flughafen Zürich sind Parkplätze ebenfalls Mangelware. Die Kantonsregierung kämpft mit dem Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) gegen einen angemessenen Ausbau des Parkplatzangebots. Bereits haben die Piloten vor verspäteten Flügen gewarnt, weil sie vor Arbeitsantritt immer länger nach Abstellplätzen für ihre Fahrzeuge suchen müssen.

Von jeher wird das Automobil als «Dreckschleuder» verteufelt. Tatsächlich war der motorisierte Privatverkehr bis vor einigen Jahrzehnten mitverantwortlich für schlechte Luft. Doch mittlerweile ist die Luftreinhalte-technik so weit fortgeschritten, dass Autos kaum mehr Schadstoffe ausstossen. Schwefeldioxid, Stickoxid und Schwermetalle sind heute kaum mehr ein Problem. Laut dem britischen Umweltpublizisten Matt Ridley belastet ein modernes Auto im Fahren die Umwelt sogar weniger stark als ein Auto von 1970 im Stillstand (wegen Lecks und undichter Leitungen). Auch der Treibstoffverbrauch heutiger Fahrzeuge ist markant tiefer als früher. Moderne Autos erzeugen zudem viel weniger Lärm als in vergangenen Jahrzehnten. Und im Strassenverkehr sterben heute fünfmal weniger Menschen als 1970 – obwohl der Verkehr seither deutlich zugenommen hat.

Doch solche Fortschritte werden verkannt. Symbolpolitik statt Sachpolitik ist Trumpf. Als 2006 die Feinstaub-Grenzwerte wegen klimatischer Umstände wochenlang überschritten wurden, schritten elf Kantone zur Bestrafung der Automobilisten und verhängten Tempo 80 auf ihren Autobahnen. Zwar war die Massnahme nachgewiesenermassen nutzlos und konnte den Feinstaub bestenfalls um ein Prozent verringern. Denn dieser stammt vor allem aus Heizungen und Holzfeuerungen sowie aus den Motoren von Lastwagen (für die sowieso Tempo 80 gilt). Das kümmerte die verantwortlichen Politiker aber nicht im Geringssten. Die Temporeduktion trage zur «Sensibilisierung» der Autofahrer bei und lasse diese ihr Verhalten überdenken, argumentierten sie. Beim Versuch, das Volk umzuerziehen, braucht es offenbar keine Sachargumente.

Wolf Wegener: Deutschland schafft das Auto ab. Rosenheimer. 255 S., Fr. 25.90

Blinde Verehrung

Die SRG strahlt die Dokumentation «Vol spécial» in allen drei Sprachregionen aus und macht daraus ein Grossereignis. Der Umgang mit dem Flüchtlingsfilm zeigt exemplarisch, wie Kulturleute und Journalisten Unwahrheiten aus politischen Gründen bewusst ignorieren. *Von Rico Bandle*

Die Verantwortlichen der SRG messen dem Film offenbar staatstragende Bedeutung zu: In allen drei Sprachregionen wurde «Vol spécial» diese Woche ausgestrahlt, in der Deutschschweiz flankiert von einer Sonderausgabe der Sendung «Kulturplatz», in der sich Bundesrätin Simonetta Sommaruga zur Flüchtlingsproblematik äusserte, in der Westschweiz von einer anschliessenden Diskussionssendung.

Worum geht es in diesem vielbesprochenen Dokumentarfilm? Der Filmer Fernand Melgar besuchte das Ausschaffungsgefängnis Frambois bei Genf, begleitete die Insassen, die alle das Land verlassen müssen. Die abgewiesenen Flüchtlinge und Sans-Papiers klagen über ihr Leid, wie unmenschlich man mit ihnen umgehe, erzählen rührende Lebensgeschichten. Alles sympathische Typen mit Unschuldsblick, die nicht verstehen können, dass ein modernes westliches Land derart herzlos mit Menschen umgehen kann. Auch die Gefängniswärter kommen zu Wort, sie geben sich einfühlsam, verständnisvoll, kommen ihrer Pflicht nach, so gut sie können. Melgar lässt den Film unkommentiert, er filmt nur. Scheinbar zumindest. Denn im Film kommen keine Konflikte zwischen Insassen vor, das Gefängnis erscheint wie eine friedliche WG von Leidensgenossen, denen allen Unrecht getan wird.

«Komplize der Henker»

Erstmals wurde «Vol spécial» letztes Jahr am Filmfestival Locarno gezeigt. Bei den Vorführungen hatten viele Zuschauer Tränen in den Augen. Vielen Kritikern galt der Film als Favorit für den Goldenen Leoparden. Doch es kam anders. Und das ist die erste Episode einer Geschichte, in der Kulturleute, Journalisten und Politiker sich mit dem Film zu profilieren versuchten und dabei die kritische Distanz völlig aufgaben: Jurypräsident Paulo Branco, ein portugiesischer Produzent und Schauspieler, bezeichnete den Film als «faschistisch», Fernand Melgar sei ein Komplize der Henker («un complice des bourreaux»). Branco ereiferte sich daran, dass der Film auch die Wärter positiv darstellt.

Einem Film, der sich für die Flüchtlinge einsetzt, wird vorgeworfen, faschistisch zu sein – ein starkes Stück. Vielleicht war dieses Juryurteil mit ein Auslöser für die blinde Verehrung, die «Vol spécial» fortan erlebte: Der Film wurde mit Preisen überhäuft, die Kritiken waren überschwänglich, obwohl dem Zuschauer bereits bei den ersten Szenen klar

wird, dass es sich nicht um normale Alltagssituationen handeln kann, sondern dass die Flüchtlinge ihre Worte in Anbetracht der Kamerapräsenz sehr genau wählen.

Nicht einmal eine brisante Enthüllung konnte dem Ruhm des Filmes etwas anhaben: Am 2. Oktober 2011 wies die Westschweizer Zeitung *Le Matin Dimanche* nach, dass einige der porträtierten Flüchtlinge keineswegs Unschuldslämmer sind, wie das im Film dargestellt wird. Mehrere von ihnen haben eine kriminelle Vergangenheit, eine der Hauptfiguren war gar wegen Drogenhandels und Geldwäsche im grossen Stil verurteilt worden. Im Film bleibt dies nicht bloss unerwähnt, im Vorspann heisst es gar: «In der Schweiz leben mehr als 200 000 Menschen in ständiger Angst. Ohne ein Verbrechen begangen zu haben, riskieren sie, gefesselt, mit Handschellen versehen und geknebelt per Sonderflug abgeschoben zu werden.»

Der ertappte Filmemacher rechtfertigte sich, er sei sich bewusst gewesen, dass mehr als 60 Prozent der Insassen in Frambois einen Eintrag im Strafregister aufwiesen. «Ich machte diesen Film in voller Kenntnis der Sache, erwähnte jedoch diese Zahlen nicht, weil sie nach dem Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Art. 73 ff.) keinen Einfluss auf den Haftgrund haben dürfen.»

Darf man in einem Dokumentarfilm unliebsame Tatsachen einfach verheimlichen? Und gar wider besseres Wissen behaupten, die Insassen hätten kein Verbrechen begangen? Gemäss der Schweizer Filmszene offenbar schon. Nach dieser Enthüllung kürte der Verband der Schweizer Filmkritiker «Vol spécial» zum besten Film des Jahres, dann zeichneten ihn die Solothurner Filmtage aus, vor drei Wochen wurde er zum besten Schweizer Dokumentarfilm des Jahres gewählt. Unzählige Schulklassen haben ihn schon vorgeführt erhalten.

Und jetzt ehrt ihn auch noch die SRG mit einer Dreifach-Ausstrahlung. Ob die Problematik der unterschlagenen kriminellen Handlungen in den begleitenden Sendungen angesprochen wurden, wissen wir nicht, die Ausstrahlung erfolgte nach Redaktionsschluss. Auf der eigens für den Film eingerichteten Internetseite volspécial.sf.tv mit Interviews und Zusatzmaterial ist davon jedenfalls nichts zu finden.

Die Schweiz hat eine Tradition von Flüchtlingsfilmen: «Das Boot ist voll» von Markus Imhoof ist heute ein Klassiker, «Reise der Hoffnung» von Xavier Koller erhielt einen Oscar. «Vol spécial» zeigt: Wählt man das richtige Thema, kann man als Filmemacher nur gewinnen, selbst wenn man es mit den Fakten nicht allzu genau nimmt. ○



«In voller Kenntnis der Sache»: Regisseur Melgar an der Schweizer-Filmpreis-Verleihung in Luzern.

Der grosse Unbekannte

Er offerierte dem Schweizer Ski-Star Didier Cuche eine Million fürs Weiterfahren. Seine Lebensgefährtin ist die Hollywood-Schauspielerin Sharon Stone. Im Hauptamt führt der Schwede Johan Eliasch das Sport-Unternehmen Head mit Erfolg. Der *Weltwoche* gewährte er ein rares Interview. Von *Carmen Schirm-Gasser*



«Es gibt einfachere Branchen»: Ski-Unternehmer Eliasch.

«This is Johan Eliasch», tönt es am anderen Ende der Leitung. Die Stimme ist sonor und respekt-einflössend. Noch vor einem Monat hatte der Patron und CEO der Sportartikelfirma Head ausrichten lassen, er habe keine Zeit für Interviews. Bissliesslich Lucio Zallot, Head-Chef Schweiz, einen halsbrecherischen Versuch startete und seinem Boss «in einem guten Moment», wie er es nannte, eine unerwartete Zusage für ein Gespräch abrang. Lange passierte nichts. Bis zu diesem Dienstagabend vor einer Woche, als kurz nach der «Tagesschau» das Handy klingelte. «This is Johan Eliasch», sagte er aus seinem Büro in London, nun habe er Zeit. Ohne Voranmeldung, quasi als Überraschungsangriff des grossen Unbekannten, von dem selbst langjährige Sportredaktoren erzählen, sie würden ihn so gut wie nie zu Gesicht bekommen. Sein letztes Interview liegt etliche Jahre zurück.

«Das war ein Scherz»

Der Fragenkatalog, wo ist bloss mein Fragenkatalog? Immerhin, ein Thema liegt auf der Hand: Hat er, oder hat er nicht? Eine Million Euro soll Johan Eliasch dem Schweizer Skirennfahrer Didier Cuche geboten haben, sollte dieser zum sechsten Mal in Kitzbühel triumphieren. Wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht verbreitet. «Das war ein Scherz», winkt Eliasch ab. Die Medien hätten seine Aussage total aufgebauscht. «Wenn wir gewusst hätten, dass Cuche nächste Saison noch einmal fahren will, hätten wir ihm ein seriöses Angebot gemacht.» Und dann eine Million bezahlt? Kurze Pause am anderen Ende. «Ja, sicher.» Also doch.

Was sagt Didier Cuche zu einer Siebprämie für Kitzbühel in Millionenhöhe, so hoch wie das Gehalt, das ein absoluter Top-Fahrer als Fixum während einer Saison bezieht? Ob das Angebot ernst gemeint gewesen sei, wisse er nicht, liess uns der Neuenburger einen Tag nach seinem Abschied vom Skizirkus am Handy in Schladming wissen. Er habe es als Kompliment aufgefasst – und nein gesagt.

Eliasch ist, so viel steht fest, ein Mann der Widersprüche. Emotionen seien bei ihm unter der Wahrnehmbarkeitsschwelle, heisst es. Im Auftreten britisch unterkühlt, erinnert er mit seinen schwarzen Massanzügen, trotz skandinavischer Herkunft, mehr an einen beinharten Investmentbanker als an einen glamourösen Selfmademan. Auf 500 Millionen Franken schätzt die seriöse *Sunday Times* das Vermögen des Unternehmers, der auf Geschäftsreisen bevorzugt in Fürsten-Suiten absteigt, einen Pri-

vatjet besitzt, ein enger Freund des britischen Prinzen Andrew ist, drei Jahre lang Umweltberater des britischen Premiers Gordon Brown war und nebst diversen anderen Beteiligungen eine preisgekrönte Filmproduktionsgesellschaft besitzt.

Andererseits kämpft Eliasch für die Rettung des südamerikanischen Dschungels. Darüber spricht er jedoch genauso wenig wie über sein Privatleben. Der 50-Jährige ist mit Sharon Stone liiert. «Kein Kommentar», sagt er dazu, was man als Bestätigung dafür interpretieren könnte, dass die beiden noch zusammen sind. Seine Ex-Frau Amanda – mit ihr hat der gebürtige Schwede zwei Söhne, Charly, 20, und Jack, 16 – gibt sich weit weniger zugeknöpft. Keine Freude dürfte Eliasch gehabt haben, als sie vor rund einem Jahr in einem Interview mit der britischen *Daily Mail* indiskrete Details aus ihrem Leben mit ihm ausplauderte.

Selbst jenen, die seit Jahren mit Eliasch zu tun haben, fällt eine Einschätzung über ihn schwer. Er habe ihn nicht oft gesehen, aber gerne, sagt Didier Cuche. Besser kenne er den Head-Chef aber deswegen nicht. Einmal sei er mit ihm im Privatjet nach Innsbruck geflogen, was sehr imposant gewesen sei. Und nach Siegen habe ihm Eliasch regelmässig gratuliert. Meist sei er noch nicht einmal im Ziel angekommen, da habe das Handy seines Trainers schon geklingelt. Vor allem aber stehe Eliasch hinter seinen Athleten. «Atomic wollte mich 2006 nicht mehr, da ich aufgrund einer Verletzung eine schlechte Saison hatte», erinnert sich der 37-Jährige. Eliasch aber glaubte an ihn und holte ihn ins Team. Selbst in schlechten Phasen habe er zu ihm gehalten, etwa, als er wegen eines Rippenbruchs ein paar Rennen aussetzen musste oder ein anderes Mal wegen eines gebrochenen Daumens. Es scheint, als bleibe die «lebende Legende», wie Cuche bei Head genannt wird, dem Sponsor auch weiterhin erhalten. Er verhandelt derzeit über eine Funktion bei Head.

Das Potenzial von Carving-Ski

«Vielleicht 70 Prozent», antwortet Eliasch auf die Frage, wie viel Zeit seines Tages er für Head aufwende. Wie viel genau? Das wisse er nicht. Und ja, er sei zufrieden mit der vergangenen Saison, sagt er, um sich im nächsten Augenblick zu korrigieren: «Sehr zufrieden.» Was noch immer eine glatte Untertreibung ist, denn Head hat im Skirennsport den Zenit erreicht. Das Team gewann diesen Winter fast alles, was es zu gewinnen gab: die meisten Punkte bei den Damen wie auch in der Gesamtwertung.

«Die weltbesten Rennfahrer sind derzeit bei Head unter Vertrag», sagt Mario Rall, der Chefredaktor von *Skionline*: Bode Miller, Aksel Svindal, Ted Ligety, Lindsey Vonn, Maria Höfl-Riesch. Das sei schon fast ein Overkill. «Rein buchhalterisch gesehen, können sich derart hohe Investitionen in den Rennsport nicht rechnen», so Rall. Da sei viel Herzblut von

Eliasch dabei. Dieser sieht das Ganze naturgemäss ganz anders. «Mehr Markenpräsenz heisst mehr Umsatz. Das weiss wohl jeder.»

Johan Eliasch gehört zur Gattung der Private-Equity-Manager, mancherorts auch Heuschrecken genannt: Sie übernehmen serbelnde Firmen, sanieren und filetieren diese, um sie weiterzuverkaufen. Erlernt hat er dieses Hand-



«*Lebende Legende*»: Ski-Star Cuche.



«*No comment*»: Schauspielerin Stone, Eliasch.

werk in New York. Nach einem Abschluss in Stockholm als Ingenieur und Betriebswirt. Obwohl Eliasch aus vermögendem Haus stammt – sein Grossvater G. A. Svensson ist ein bekannter schwedischer Geschäftsmann, der ein riesiges Vermögen mit Immobilien erwirtschaftet hatte –, konnte er sich nicht auf dem Erbe ausruhen. Denn der Grossvater hatte via Testament verfügt, dass die 500 Millionen Franken erst ausbezahlt werden dürfen, wenn die Enkel fünfzig Jahre alt sind. In den 1980er Jahren gründete Eliasch in London mit Partnern die auf Private Equity spezialisierte Tufton Group. Während dieser Zeit sanierte er erfolgreich den Schuh- und Flusspflegeartikelhersteller Scholl. 1991 stieg er aus und gründete sein eigenes Unternehmen.

Vier Jahre später angelte sich Eliasch die österreichische Head-Tyrolia-Mares (HTM). Diese lag auf dem Sterbebett, mit Schulden in der Höhe von 1,8 Milliarden Schilling. Eliasch erwarb sie für 10 Millionen Schilling und bekam noch eine Finanzspritze in Höhe von 1,19 Milliarden Schilling obendrein. Damit wurde er zum Dauerpolitikum in der Nachbarrepublik. Eliasch habe HTM viel zu billig erworben, hiess es. Er werde HTM bis auf die Grundmauern ausweiden, die Einzelteile verschachern und sich aus dem Staub machen. «Einen halbseidenen Londoner Geschäftsmann» nannte man ihn,

«einen Glücksritter». «Das waren schwierige Zeiten», sagt Eliasch, manchmal sei er sich vorgekommen wie in einem schlechten Film. An allen Ecken und Enden brannte es. Bei der EU war ein Verfahren hängig, 46 Gläubigerbanken wollten ihre Forderungen eintreiben, während HTM jeden Monat 140 Millionen Schilling verlor.

Doch dann entpuppte sich Eliasch als seltener Glücksfall für Head – und Head für Eliasch. Piero Vezzani, Chef von Head Schweiz bis 2003, erinnert sich: «Bereits in den ersten Sitzungen mit ihm merkte man, dass er kompetent ist.» Eliasch sei selber ein guter Sportler, was viel zum Erfolg beigetragen habe. Seine Ideen waren visionär. «Damals war man davon überzeugt, dass die Zukunft dem Snowboard gehört», sagt Joseph Weibel, Chefredaktor von *Snowactive*. Eliasch jedoch setzte auf den Carving-Ski. «Ihm ist es zu verdanken, dass der Carving-Ski derart populär wurde», betont Weibel. Ähnliches zeigte sich im Tennissport. Eliasch forderte seine Entwickler auf, einen ultraleichten Tennisschläger zu designen, am besten aus Titan. So etwas sei unmöglich, hätten ihm die Entwickler damals gesagt. «Probiert es aus, bevor ihr nein sagt», habe Eliasch ihnen entgegnet. Wenige Monate später entwickelten sich die Titan-Schläger auf dem Markt zum Verkaufsschlager.

In nur drei Jahren schaffte Eliasch den Turnaround. Heute zählt das Sportartikelunternehmen, das nebst Ski und Snowboards auch Tennisschläger, Taucheruhren, Sportbekleidung und diverse andere Artikel in Lizenz vertreibt, weltweit 2100 Mitarbeiter. Mit komfortablen 66 Prozent der Aktien ist Eliasch Alleinherrscher und könnte «sein Unternehmen», wie er es nennt, nach siebzehn Jahren problemlos verkaufen. Doch er winkt ab. «Ich bin mehr als ein Unternehmer, bin total involviert in das Geschäft. Auch wenn es einfachere Branchen gibt, ich werde Head nicht verkaufen. Nicht heute, nicht in zehn Jahren.» Punkt.

Und dann gibt es noch diese andere Seite von Eliasch. 2005 erwarb er südlich von Manaus in Brasilien 160 000 Hektaren Urwald, um den Kahlschlag zu stoppen. Als er die Idee kundtat, man könne den Dschungel theoretisch für 50 Milliarden Dollar kaufen, schäumten Brasiliens Politiker vor Wut. «Ein schwedischer Gringo will unseren Dschungel nach Europa verschachern», hätten die Zeitungen damals geschrieben. Doch davon habe er, Eliasch, sich nicht aufhalten lassen. Er gründete die Organisation Cool Earth, um möglichst viele Menschen für den Schutz des Regenwaldes zu motivieren. «200 000 registrierte Mitglieder zählt die Organisation heute», erklärt Eliasch, zum ersten Mal während unseres Telefonats mit stolzem Unterton. Das Gebiet sei mittlerweile auf ganz Südamerika ausgeweitet worden, denn Brasilien habe den Erwerb von Urwald erschwert. Doch er kämpfe weiter. Und wie sich das mit Gegenwind anfühlt, das kennt er ja bereits. ○

Land ohne Währung

Seit dem Finanzkollaps 2008 steht die isländische Wirtschaft praktisch still. Der isolierte Staat sollte jetzt den kanadischen Dollar einführen.

Von Heidar Gudjonsson



Neue Jobs entstehen nicht: Island.

Wenn man vom Rest der Welt isoliert ist, wird es schwierig, einen hohen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Diese Erfahrung machte Island nach dem Finanzkollaps im Jahr 2008 und den strengen Kapitalverkehrskontrollen, die in der Folge eingeführt wurden. Pro Auslandsreise dürfen nur umgerechnet etwa 2000 Euro ausgeführt werden, Überweisungen an Studenten im Ausland sind nur beschränkt zugelassen, Auslandsinvestitionen unmöglich.

Fast vier Jahre nach dem Finanz- und Währungskollaps stecken die Isländer noch immer in der Bredouille. Die Realeinkommen sind um etwa ein Viertel gesunken, die Schulden aber um mehr als ein Viertel gestiegen. Wer Schulden hat, kann versuchen, mehr zu verdienen oder aber die Schuldenlast zu verringern. In Island passiert aufgrund der Kapitalverkehrskontrollen beides nicht. Die Investitionen sind auf einem historischen Tiefstand, neue Jobs können nicht entstehen.

Als 2008 die ausländischen Kapitalzuflüsse plötzlich versiegt und praktisch über Nacht alles Geld abfloss, erlebte Island das, was in der Sprache der Ökonomen als «sudden stop» bezeichnet wird.

Die Kapitalverkehrskontrollen waren nur als kurzzeitige Stabilisierungsmassnahme gedacht. Nun sieht es aus, als würden sie Jahrzehnte in Kraft bleiben. Ökonomen empfeh-

len in dieser Situation, eine internationale Geldpolitik einzuführen. Am einfachsten und wirkungsvollsten wäre die Übernahme einer bestimmten Landeswährung und nicht der Beitritt zu einer Währungsunion.

Die isländische Koalitionsregierung, die im März 2009 an die Macht kam, möchte der Europäischen Union beitreten. Angesichts der Euro-Krise ist ein rascher Beitritt aber unwahrscheinlich. Überdies sind die Isländer gegen einen EU-Beitritt. Laut Umfragen sind nur etwa 25 Prozent dafür. Und schliesslich dürfte Island in den nächsten zehn Jahren nicht die Maastricht-Kriterien erfüllen, die für einen Beitritt zum Euro erforderlich sind.

Island könnte binnen kurzem jede Währung der Welt einseitig übernehmen, also ohne einer Währungsunion beizutreten. Die Frage ist nur, welche.

Das Land ist eine rohstoffbasierte Volkswirtschaft, die meisten Güter werden in US-Dollar gehandelt. Exportiert wird hauptsächlich Fisch und Energie (in Form von Aluminium). Der Tourismus hat zugenommen, vor allem der Anteil der Amerikaner ist besonders schnell gestiegen. Die offiziellen Statistiken zeigen, dass mehr als die Hälfte der Exporte in Euro abgerechnet wird. Das liegt daran, dass die Exporte zunächst nach Rotterdam gehen und von dort weiterverschifft werden. Kor-

rigiert man die offiziellen Zahlen und legt die tatsächliche Destination zugrunde, zeigt sich, dass 37 Prozent der Exporte in Dollar und nur 27 Prozent in Euro abgewickelt werden.

Auf den US-Dollar entfällt mehr als die Hälfte des Welthandels, auf den Euro weniger als die Hälfte des US-Anteils. Wäre es für Island da nicht naheliegend, den US-Dollar zu übernehmen? Nicht unbedingt. Die US-Wirtschaft hat finanzielle Probleme, und ihr Geschäftszyklus ist nicht so rohstoffabhängig wie der isländische.

Neu-Island am Winnipegsee

Zunehmend attraktiv erscheint der kanadische Dollar. Kanada ist reich an Bodenschätzen und hat ein robustes Finanzsystem mittlerer Grösse. Die finanziellen Risiken, die mit dem US-Dollar und dem Euro einhergehen, sind beim kanadischen Dollar daher viel geringer. Das ist wichtig für die Isländer, die nach dem Kollaps von 2008 Angst vor grossen und instabilen Finanzsystemen haben. Der Geschäftszyklus ist dem kanadischen ähnlicher als demjenigen Europas oder der USA. Kanada exportiert, wie Island, hauptsächlich Nahrungsmittel und Energie.

Kanada hat aus historischen Gründen und dank seines wirtschaftlichen Erfolgs in den letzten Jahrzehnten ein positives Image bei uns. Die ersten Europäer, die nach Kanada kamen, waren Isländer, die um das Jahr 1000 über Grönland dahin segelten. Die Wikinger unternahmen viele Reisen ins nordamerikanische Land. Zwischen 1870 und 1914 wanderte ein Viertel der isländischen Bevölkerung zum grössten Teil nach Kanada aus, wo sie 1875 am Winnipegsee die Kolonie Neu-Island gründeten. Ihre Nachfahren bezeichnen sich noch heute als Westisländer.

Eine moderne Volkswirtschaft kann ohne richtige Währung nicht funktionieren. Zugang zu den Weltmärkten ist notwendig für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards. Eine grosse Mehrheit der Isländer ist für die Übernahme einer internationalen Währung. Das Aussenministerium in Ottawa hat bestätigt, dass die Bank of Canada und das Finanzministerium nichts dagegen hätten, wenn Island den kanadischen Dollar übernehme. Island sollte sich also für den kanadischen Dollar entscheiden.

Heidar Gudjonsson ist Ökonom, Geschäftsführer der Investitionsfirma Ursus in Zürich und Vorsitzender des isländischen Centre for Social and Economic Research, eines unabhängigen Think-Tanks.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Leerlauf beim Klimaschutz

Marktkräfte spielen lassen, um das Klima zu schützen: Das war die Idee hinter dem europäischen Handel mit Emissionszertifikaten. Sieben Jahre nach der Einführung ist klar, dass der Zertifikatehandel nicht funktioniert. Die Schweiz will dennoch mitmachen. *Von Alex Reichmuth*

Für Johannes Teysen, Chef des deutschen Energiekonzerns E.ON, ist der Fall eindeutig: «Das europäische Emissionshandelssystem ist kaputt», sagte er vor einigen Tagen. «Es ist tot.» Gar als «Witz» bezeichnete UBS-Analyst Per Lekander den Emissionshandel der EU. Und selbst beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland heisst es: «Das Instrument funktioniert nicht.»

Das Emissionshandelssystem der EU (ETS) wurde 2005 eingeführt. Es verpflichtet Betreiber von Industrieanlagen und Kraftwerken, so viele Emissionszertifikate zu erwerben, wie sie an Tonnen CO₂ ausstossen. Da die Zertifikate gekauft und verkauft werden können, sollte die Industrie dort in den Klimaschutz investieren, wo er am kostengünstigsten ist – so die Idee. Damit die Marktkräfte aber wirken, braucht es einigermaßen stabile Preise. Doch seit das ETS eingeführt wurde, vollführen die Zertifikatspreise ein wildes Auf und Ab. In der ersten Handelsperiode von 2005 bis 2007 sackten sie ins Bodenlose ab. Ursache war, dass mehr Zertifikate ausgegeben worden waren als tatsächlich benötigt. Doch auch in der zweiten Handelsperiode, die seit 2008 läuft, ist es nicht besser. Wegen Finanz- und Schuldenkrise ging die Wirtschaftsleistung und entsprechend die Nachfrage nach Emissionszertifikaten zurück. Während der Preis pro Tonne CO₂ 2008 noch zwischen 25 und 30 Euro lag und dann lange um 15 Euro pendelte, fiel er ab Sommer letzten Jahres steil auf 7 Euro ab (siehe Abbildung). Seit Anfang 2012 hat sich der Preis nur geringfügig auf etwa 9 Euro erholt.

Viel zu viele Zertifikate

Unter diesen Bedingungen lohnt sich Klimaschutz nicht. «Ich kenne keine einzige Person, die auch nur einen Cent investieren würde aufgrund der Signale des EU-Emissionshandels», brachte es E.ON-Chef Johannes Teysen auf den Punkt. Viele Unternehmen konnten dank Rezession sogar Zertifikate horten und sorgen mit Verkäufen nun für ein stetiges Überangebot am Markt. Die Bank UBS warnte im letzten November in einem Bericht, es könne noch bis 2025 dauern, bis die Nachfrage nach Zertifikaten wieder mit dem Angebot Schritt halte und der Emissionshandel wirklich für mehr Klimaschutz Sorge. Weil die Industrie einen immer höheren Anteil der Zertifikate in Auktionen ersteigern muss, werde der Emissionshandel die EU-Wirtschaft (und damit die Konsumenten) bis dahin aber schätzungsweise

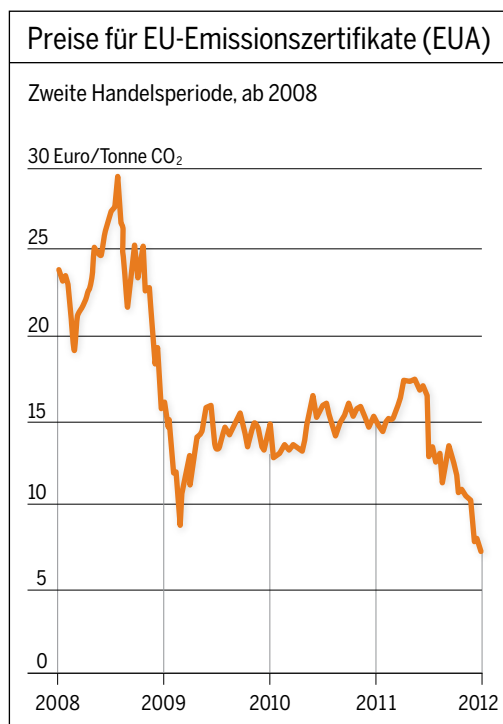
210 Milliarden Euro kosten – «mit fast keinem Effekt».

Für die Befürworter des Emissionshandels liegen die Probleme darin, dass die EU aufgrund des Lobbyings der Industrie viel zu viele Zertifikate ausgegeben habe. In Wahrheit waren es vor allem die Wirtschaftsrezessionen, die zum Überangebot an Zertifikaten und damit zum Preiszerfall geführt haben – Faktoren, die von der Politik nicht vorausgesehen werden konnten. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments verlangte darum im letzten Dezember, dass die EU-Kommission künftig direkt in den Emissionshandel eingreifen kann.

Die Rede ist gar von garantierten Minimalpreisen und einer «Carbon Central Bank» mit Eingriffsmöglichkeiten wie eine Nationalbank, die nach Belieben Zertifikate herausgibt oder abschöpft. Wenn der Zertifikatspreis aber immer mehr gesteuert und zum Spielball der Politik wird, ist von der Idee der Marktkräfte, die wirken sollten, nicht mehr viel übrig. «Wir erleben einen schleichenden Wiederaufstieg von Steuerung und Kontrolle in einem Teil der Ökonomie, der einst stolz darauf war, marktorientiert zu sein», sagte Henry Derwent, Präsident der internationalen Emissionshandelsvereinigung, im Mai 2011 mit Blick auf den Emissionshandel der EU.

Das Versagen des europäischen Emissionshandels ist ein Rückschlag des marktwirtschaftlichen Ansatzes im Klimaschutz generell. Denn die ganze Welt schaut, ob ein solches System in der Realität funktioniert. Offenbar wirken die Erfahrungen abschreckend: Japan beschloss im letzten Herbst, auf einen eigenen Emissionshandel vorläufig zu verzichten, während in den USA letztes Jahr ein wichtiges Handelssystem in Chicago den Betrieb einstellte. Auch Kanada und Australien wollen bisher nichts von einem eigenen Emissionshandel wissen.

Anders die Schweiz: Sie strebt an, sich dem europäischen ETS anzuschliessen. Schweizer Unternehmen sollen ab 2013 europäische Zertifikate erwerben können. Laut Umweltministerin Doris Leuthard sollen diese ans Schweizer Reduktionsziel von 20 Prozent bis im Jahr 2020 angerechnet werden. Dieses Ziel müsste aber laut dem revidierten CO₂-Gesetz durch inländische Massnahmen allein erreicht werden. Hinter den Anschlussplänen steht wohl auch die Absicht, die Stromproduktion in künftigen Schweizer Gaskraftwerken finanzierbar zu machen, um so den Atomausstieg zu schaffen. Die Umweltverbände sprechen hingegen vom «durchlöcherten Klimaziel». Angesichts des bisherigen Leerlaufes des EU-Emissionshandels kann man diesen Vorwurf durchaus nachvollziehen. ○



Preiszerfall: Emissionshandel seit 2008.



«Fast kein Effekt»: Braunkohlekraftwerk.

Die Jagd nach da Vincis verlorenem Schatz

Leonardo da Vincis «Schlacht von Anghiari» gilt als Wendepunkt der Kunstgeschichte. Seit 450 Jahren ist das Bild verschollen. Der Ingenieur Maurizio Seracini ist überzeugt, das Meisterwerk gefunden zu haben. Besuch beim Kunst-Detektiv in Florenz. *Von Urs Gehriger*

Eine furiose Schlacht, ein Zusammenprall von Pferden, ein entscheidender militärischer Sieg: Leonardo da Vinci hat die historische «Schlacht von Anghiari» (1440) zum Leben erweckt in einem Gemälde, das schon zu seinen Lebzeiten als epochales Kunstwerk galt. Während Jahrzehnten zierte das Fresko eine massive Mauer im Palazzo Vecchio in Florenz. Eine Vorstellung von seiner Grösse geben Skizzen Leonardos und Kopien späterer Meistermaler für die Nachwelt wieder. Aber das Original ist verschwunden. Ging es verloren, wurde es versteckt oder sogar zerstört?

«Da ist es», sagt Maurizio Seracini und zeigt auf die Ostwand in dem kühlen Saal. Im dumpfen Licht ist nichts zu erkennen, die Augen sind noch geblendet von der Frühlingssonne draussen. Vor wenigen Minuten haben wir *professore* Seracini auf der Piazza della Signoria getroffen. Mit wehender Krawatte kam er durch Florenz gerast, war auf seinem Fahrrad durch die Häuserfluchten gezirkelt, entschuldigte sich inständig für die halbstündige Verspätung, durchschritt die Eingangshalle des mondänen Palazzo Vecchio, schoss die Treppe empor, grüsste hier eine Aufsicht, dort einen Bediensteten und trat schliesslich in den Raum, den er ohne Pathos «Ground Zero der Renaissance» nennt: den Salone dei Cinquecento, «Saal der Fünfhundert».

Sein halbes Leben lang – 37 Jahre genau – ist Seracini Leonardo da Vincis verschollenem Meisterwerk auf der Spur, und jetzt, da er das Pensionsalter erreicht hat, ist er überzeugt, dass er es gefunden hat, hier in diesem Saal. Seracini fächelt sich mit rudernder Handbewegung Luft zu, als blättere er in einem virtuellen Geschichtsbuch – zurück ins Frühjahr 1505, als sich in diesem Saal ein Grossereignis anbahnte: «Es sollte ein Kampf der Giganten werden: Jungstar gegen Altmeister.»

Experiment mit Walnussöl

Die Stadtregierung von Florenz hatte beschlossen, zwei der grössten Künstler mit der Dekoration der Wände dieses Saals zu beauftragen: Michelangelo Buonarroti, 29, der gerade seine Statue «David» vollendet hatte, sollte badende Soldaten malen, welche von Feinden in der «Schlacht von Cascina» (1364) überrascht werden. Auf der anderen Seite des Saales sein Riva-

le, Altmeister Leonardo da Vinci, 52, der kurz zuvor das «Abendmahl» vollendet hatte und noch mit seiner «Mona Lisa» beschäftigt war. Er machte sich an einen furiosen Reiterangriff: die «Schlacht von Anghiari» (1440), in welcher die Florentiner in einer grandiosen Sandwolke die Mailänder Visconti besiegt hatten.

Das Duell der Künstlergiganten endete in einem Fiasko. Michelangelo kam über eine Vorzeichnung nicht hinaus und folgte schliesslich dem Ruf des Vatikans (um die Sixtinische Kapelle zu bemalen). Und Leonardo? Auch sein Gemälde blieb unvollendet. Fasziniert von Erfindungen aller Art, liess er sich auf ein Experiment ein: Statt die Pigmente mit Wasser anzurühren, wie es bei Fresken üblich war, verwendete er Öl aus Walnüssen. Mit Hitze wollte er die eigens präparierte Wand und die Farben untrennbar miteinander verbinden. Das Experiment scheiterte.

«Impossibile»

Entnervt verliess Leonardo die Stadt Richtung Mailand. Doch selbst das Fragment, das er hinterlassen hatte, versetzte die Betrachter in Ver-zückung. Verzerrte Kopfstudien, Knäuel ungestümer Pferde manifestieren ein Moment höchster Virtuosität. In einem in der Kunstgeschichte einzigartigen Versuch, die Dynamik der Bewegung zu bannen, gelang Leonardo eine Studie voller Furor. In dem ausgeführten Mittelteil des Gemäldes beschreibt er den Augenblick, in dem der Kampf um die Streitfahnen entbrennt. Seine Skizzen, die bis heute erhalten sind, geben eine Ahnung von der ungestümen Kraft, mit welcher er dem physischen Schmerz und dem seelischen Leiden der Krieger Ausdruck gab. Zeitgenossen berichten gar von dem Versuch des Malers, im Bild die Transparenz der Luft darzustellen. Peter Paul Rubens soll beim Anblick der Skizzen in Tränen ausgebrochen sein. Elektrisiert von Faszination, fertigte er eine Kopie der Schlacht an; es ist das heute bekannteste Replikat (Bild oben), zu bewundern im Louvre.

Als der Flame die Kopie erstellte, war das Original allerdings längst verschwunden. Im Saal der Fünfhundert, wo Leonardo die «Schlacht» einst kreierte, ist seit 450 Jahren nichts mehr von dem Meisterwerk zu sehen. Stattdessen prangen sechs Schlachtenszenen



In Tränen ausgebrochen: Peter Paul Rubens'

Vasaris von den Wänden. Giorgio Vasari (1511–1574), Architekt und Maler zugleich, hatte 1563 von den Medici den Auftrag erhalten, den Saal neu zu gestalten – nach dem Gusto der neuen Herren, die ein Bildprogramm verlangten, das den eigenen Clan verherrlichte.

Hat Vasari Leonardos Meisterwerk im Zuge dieser Renovation übermalt? Ein Gedanke, den allein zu fassen, an Frevel grenzt. Vasari war nicht bloss Architekt und Maler, sondern auch Schriftsteller, er hat die legendären «Vite» verfasst, «Lebensbeschreibungen der berühmtesten Maler, Bildhauer und Architekten», und



Kopie von da Vincis Meisterwerk «Die Schlacht von Anghiari».

gilt deshalb als Urahn der Kunstgeschichte. Leonardo widmete er eine besonders schwärmerische «Vita», wobei er die «Schlacht von Anghiari» voller Ehrfurcht bis ins Detail schilderte und schliesslich desillusioniert meinte, es sei «unmöglich, die Vielfalt im Entwurf zu beschreiben», mit der Leonardo Kleidung, Soldaten, Helmschmuck, Verzierungen variantenreich gestaltet habe – «nicht zu vergessen seine unglaubliche Meisterschaft in der Wiedergabe der Gestalt von Pferden, deren Muskelspiel und Schönheit Leonardo wie kein anderer Künstler abzubilden verstand».

Ausgerechnet jener Vasari, der ob der «Schlacht von Anghiari» derart ergötzt war und von Leonardo sagte, er sei wegen seiner vielen Vorzüge von Gott selbst beschenkt worden, soll dessen Kunstwerk zerstört haben? Seracini kann es nicht glauben: «Impossibile!»

«Wer sucht, der findet»

«Ich will Ihnen etwas zeigen», sagt Seracini: «Folgen Sie mir auf das Gerüst.» Es steht zehn Meter hoch vor der Ostmauer des Saals. Bevor er sich den gelben Bauhelm aufsetzt, sagt Seracini: «Was Sie jetzt sehen werden, blieb den

Menschen während vier Jahrhunderten verborgen.» Im Trippelschritt steigt er die Gerüsttreppe empor, bis zuoberst an den Freskenrand. Vor unseren Augen reihen sich die Helme, Speere ragen in die Höhe, unter uns Schlachtengetümmel. Es ist Vasaris «Schlacht von Marciano», eines der sechs Auftragsfresken, die er 1563 für die Medici gemalt hat.

Seracini reisst seinen Arm nach oben. «Lesen Sie, was auf dieser Fahne steht!» Zwei Worte sind auf einer grünen Schlachtfahne zu entziffern: «cerca trova» – «Wer sucht, der findet». Der Spruch ist zu klein, um vom Saalboden aus be-

merkt zu werden. Seracini hat den Slogan entdeckt, als er 1975 zum ersten Mal ein Gerüst vor das Gemälde stellte. Ist es eine versteckte Botschaft? Hat Vasari eine Fährte gelegt für Jäger des verschollenen Meisterwerks von da Vinci? «Wir sollten nicht spekulieren», sagt Seracini, um gleich vieldeutig anzufügen: «Doch es sind die einzigen Worte auf den sechs ausladenden Fresken.» Ein Zufall? «Vielleicht! Doch selbst wenn es ein Zufall ist, ist es ein sehr schöner Zufall.» Es sind solche Andeutungen und das leise Kokettieren mit Mystischem, was die Kunstwelt in kollektives Kopfschütteln versetzt.

Seracini kommt nicht vom Fach. Er ist Ingenieur, spezialisiert auf Medizintechnik, studierte in San Diego, Kalifornien. Aufgewachsen in Florenz, hatte er von Kind auf ein Flair für Kunstgeschichte, belegte an der Uni in Los Angeles Kurse darin, dort, wo Carlo Pedretti lehrte, eine Grösse in der Da-Vinci-Forschung. Zurück in Florenz läuft er Pedretti zufällig über den Weg. «Kennst du eine Technik, um die verlorene «Schlacht von Anghiari» zu finden?», fragt Pedretti. Seracini ist hell begeistert. «Von diesem Moment an veränderte sich mein Leben vollständig.» Die beiden werden ein Team. Zuerst versuchen sie es mit Fotogrammetrie, dann mit Ultraschall, um herauszufinden, ob sich unter Vasaris Farbschichten der legendäre da Vinci versteckt.

Die Kunstszene schmäht Seracini als Fanatiker und fürchtet seine High-Tech-Enthüllungen.

Bereits 1977 müssen sie aufgeben. «Es gab keine ausreichende Technologie, um das Geheimnis zu lüften», erinnert sich Seracini. Doch dank dem Da-Vinci-Projekt hat Seracini seine Berufung gefunden. Er schafft sich einen Namen als Kunst-Detektiv, der mit modernster Technik umstrittene Gemälde auf ihre Echtheit prüft. Seine Arbeit bringt ihn rund um die Welt, aber er kommt immer wieder nach Florenz zurück, an die Wand, wo er den da Vinci vermutet. Abermals testet er neue Techniken: mittels Infrarot-, Ultraviolett-, Mikrowellen und anderer bildstiftender Verfahren.

Im Sommer 2000 dann die Wende: Mit Hilfe von Bodenradar entdeckt Seracini einen Hohlraum hinter dem Vasari-Gemälde. Zwischen der sichtbaren Freskenmauer und der tragenden Palazzo-Wand findet er einen Spalt von 1 bis 3 Zentimeter Tiefe. Nicht überall, sondern lediglich auf einer Fläche, die etwa der ominösen «Schlacht von Anghiari» entsprach. «Also doch!», jubiliert Seracini. Seit diesem Moment ist er überzeugt davon, dass Vasari Leonardos Meisterwerk bewusst konserviert hat, durch eine künstliche Mauer.

Ein Hohlraum jedoch, was allein beweist der schon? Solange man nicht hinter die Wand bli-



«Eine halbe Armlänge entfernt»: Maurizio Seracini mit Forscherteam im Palazzo Vecchio.

cken kann, werden immer Zweifel bleiben an der Existenz des Bildes. Seracini steht buchstäblich vor einer Wand: Das Vasari-Gemälde abtragen darf er nicht. Und durch die Wand blicken kann er nicht. Oder etwa doch? Ein Mann namens Ray DuVarney, Astronomieprofessor aus Atlanta, verspricht, das Unmögliche möglich zu machen – mittels Nuklearenergie. Ein Neutronenscanner, so der Plan, soll das Wandbild genau orten und sogar «sichtbar» machen, ohne das Vasari-Fresko davor abnehmen zu müssen.

Doch die Kosten der Technologie überschreiten das Budget der National Geographic Society, welche bereits Hunderttausende Dollar investiert hatte. Und auch die Spenden aus privater Hand – Hauptsponsor ist der britische Philanthrop, Abenteurer und Brauerei-Erbe Loel Guinness – reichen nicht aus. Letztes Jahr schliesslich setzen die Behörden dem Projekt nach dreijähriger Planung ein Ende.



«Gewaltiger Sturm»: Universalgenie da Vinci.

«Sie hatten Angst vor der Strahlung», erklärt Seracini und schüttelt den Kopf. Der Einsatz von radioaktiver Strahlung mitten in Florenz, um ein verlorenes Bild zu suchen, glich nach der Havarie in Fukushima einem politischen Kapitalverbrechen – auch wenn die Strahlung, wie Seracini beteuert, «absolut ungefährlich» sei.

Griff zum Bohrer

Drei Uhr, in einer Dezemberrnacht, 2011. Hoch oben auf dem Gerüst im «Saal der Fünfhundert» leuchtet ein Scheinwerfer. Gestalten in weissen Kitteln setzen im Vasari-Fresko den Bohrer an, direkt neben einem aufgerissenen Pferdeauge frisst sich der Stift durch die Mauer. Sechs Löcher lässt Seracini bohren von je 6 Millimeter Durchmesser, durch welche er endoskopische Kameras einführt.

Sieben Nächte lang späht Seracini in den Hohlraum, kratzt Krümel von der versteckten Wand, dann gibt es Ärger. Er muss seine Arbeiten stoppen. Fünfhundert erzürnte Bürger, vorwiegend Kunsthistoriker aus Europa und Amerika, haben eine Petition eingereicht, die Seracini ein für alle Mal den Riegel schieben soll. Seracini ist in ihren Augen ein Scharlatan und Kunstschänder, ein Fanatiker, willens, ein jahrhundertaltes Bild zu zerstören. In den Zorn der Gegner mischt sich Kränkung. Man ist pikiert darüber, dass nur der «americano» Seracini und sein US-Team Daten ermitteln dürfen, nicht aber das nationale Institut für Restaurierungen, das ehrwürdige Opificio delle Pietre Dure in Florenz.

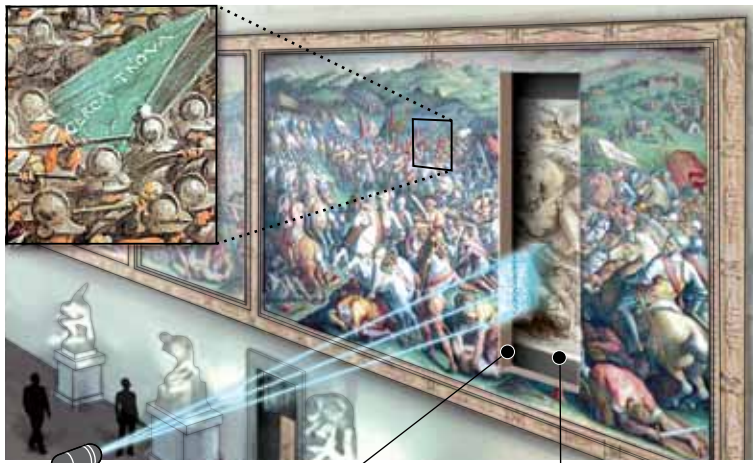
Doch hinter den Anwürfen und dem Streit um Bohrlöcher und Farbproben steckt ein grundsätzlicher Kampf. Es ist ein Krieg der Kulturen – weniger brutal als Leonardos Rei-

Spuren des Meisterwerks

Palazzo Vecchio, Florenz: Versteckt hinter einem Vasari-Fresco im «Saal der Fünfhundert» soll sich da Vincis verschollenes Meisterwerk die «Schlacht von Anghiari» (1505) befinden.

High-Tech-Suche

1975 entdeckte der Forscher Maurizio Seracini auf dem Vasari-Fresco die Worte «cerca trova» (Wer sucht, der findet). Nach jahrelanger Suche mittels Methoden aus der Medizintechnik (Ultraschall, Infrarot, Ultraviolett, Mikrowellen) entdeckte Seracini im Jahr 2000 hinter dem Vasari-Fresco einen Hohlraum.



Hohlraum

Der Hohlraum hat eine Tiefe von 1 bis 3 Zentimetern. Dahinter befindet sich die Stützmauer des Saales.

Neue Mauer

Laut Seracini hat Vasari als Grundlage für sein eigenes Werk eine Ziegelmauer hochgezogen, um da Vincis Meisterwerk zu erhalten.

Alte Mauer

Hier vermutet Seracini die «Schlacht von Anghiari». Mittels Bohrproben findet er Farbpigmente, wie sie bei der «Mona Lisa» verwendet wurden.

Das Unmögliche möglich machen? Situation im «Saal der Fünfhundert».

terschlacht, aber nicht weniger erbittert. Seracini ist gefürchtet im Kunst-Establishment. Mit Hilfe seiner technischen Analysen hat er bis dato 2600 Kunstwerke auf ihre Echtheit geprüft – und viele als Fälschungen identifiziert. Seine berühmteste Entdeckung machte er – einmal mehr – an einem Da-Vinci-Gemälde: Er bewies, dass die Kolorierung der «Anbetung der Könige aus dem Morgenland» (1481) nicht von Leonardo, sondern von unbekannter Hand, ein Jahrhundert nach der Entstehung, aufgetragen worden war.

Auf einen Schlag waren Regale von Abhandlungen über das Kunstwerk widerlegt; die führende Da-Vinci-Gilde des Irrtums überführt. «Plötzlich lagen die Daten vor, die sagten: «Sorry, guys, ihr habt es vermässelt», resümiert Seracini trocken. «Kein Wunder, dass sie mich nicht mögen.»

Seracinis Prüfung der «Anbetung» förderte noch weitere Schätze zutage. Durch Spektrotechnik gelang es ihm, auf dem Computer – einem virtuellen Archäologen gleich – Schicht um Schicht vom Gemälde abzutragen. «Ich habe nie ähnlich Wunderbares gesehen», schwärmt er. Studien von Köpfen und Skizzen von Reiterkämpfen, wie er sie später in der verschollenen «Schlacht von Anghiari» malte, lagen unter der «Anbetung» verborgen. Seracini hat den «verborgenen Schatz» für die Nachwelt digitalisiert und ist dadurch zum «Weltstar» geworden: Bestseller-Autor Dan Brown liess ihn – als einzig reale Figur – in seinem Roman «The Da Vinci Code» auftreten – was ihn in der Kunstszene abermals in Verruf brachte.

Doch nicht nur Kunsthistoriker wännen in Seracini einen Feind, der sie um die Früchte ihrer Forschung bringt. Auch die Kunsthand-

ler mögen nicht, was der findige Forscher treibt. «Nehmen Sie an, ein potenzieller Käufer eines Kunstwerks sagte: «Hey, haben Sie gesehen, was dieser Typ mit dem Leonardo-Bild gemacht hat?» Er sagte: «Nun, ich möchte dasselbe gemacht haben, bevor ich dieses Bild kaufe.»» Seracini hält inne und fragt: «Wissen Sie, welche Folgen meine Technik nach sich zu ziehen droht? Eine Revolution im Kunsthandel.»

«Dunkel wie die Nacht»

Doch was sagt Leonardo selbst über sein Meisterwerk? In seinen Notizen findet sich lediglich ein einziger Eintrag über die «Schlacht von Anghiari». Er schreibt, dass in dem Moment, als er mit seinem Werk im Saal begann, ein gewaltiger Sturm aufzog, seine Skizze zerriss, Wassergefässe zerschlugen, «und es blieb so dunkel wie die Nacht». Das Projekt stand offenbar von Anfang an unter keinem guten Stern. Kam Leonardo – ähnlich wie sein Konkurrent Michelangelo – gar nie über die auf einen Karton gemalte erste Skizze hinaus? Liest man Vasaris Leonardo-Biografie, muss man zu diesem Schluss kommen:

«[...] Dann kam ihm in den Sinn, das Wandgemälde mit Ölfarben auszuführen, und er rührte zu diesem Zweck eine so dickflüssige Mixtur für die Grundierung der Wand an, dass alles zu verlaufen begann, als er mit dem Malen in besagtem Saal fortfahren wollte. Als er sah, dass das Gemälde ruiniert war, gab er es nach kurzer Zeit auf.»

Kein Wort schreibt Vasari darüber, dass er Leonardos Werk geschützt hätte, als er den Saal neu bemalte. Kein Wort darüber, dass er eine Mauer aufgezogen hätte, um es in einem Hohlraum zu konservieren. Nicht einmal einen Hinweis gibt es, der darauf schliessen lies-

se, dass das Werk überhaupt noch existierte, als er den Saal neu gestaltete.

«Eben!», sagt Tomaso Montanari triumphierend. «Vasari beschreibt den Karton, nicht das Wandbild. Das Fresko war ruiniert und nicht mehr sichtbar.» Montanari ist Kunstgeschichtspräsident an der Universität von Neapel, Mitunterzeichner der Petition gegen Seracinis Wandproben und einer seiner erbittertesten Gegner. «Es ist absurd, zu denken, Vasari habe Leonardo eingemauert», sagt er. «Das wäre künstlerischer Selbstmord, denn um zum Leonardo zu gelangen, müsste man ja Vasaris eigenes Kunstwerk zerstören.» Seracinis ganzes populistisches Gebaren sei «ein bisschen kindisch, wie eine Verschwörung des Thriller-Autors Dan Brown». Mit anderen Worten: Seracini sei ein Fantast, der Fakten mit Mythen verwebt, um daraus effekthascherisch Kapital zu schlagen.

Doch was meinen Zeitgenossen Leonardo da Vincis? Haben Sie sich alle ob ein paar Papierskizzen ergötzt? Eine Recherche der *Weltwoche* anhand von Dokumenten des 16. Jahrhunderts zeigt, dass die «Schlacht von Anghiari» in den Jahrzehnten zwischen Leonardos Gestaltung und Vasaris Renovation des Saals mehrmals an der Palazzowand gesehen und bewundert worden war: Aus dem Jahr 1513 findet sich im Staatsarchiv von Florenz eine Zahlungsanweisung an den «Schreiner Francesco di Cappello», der «im grossen Saal» ein Gerüst aufstellte, zum Schutz der «Figuren, gemalt von der Hand Leonardo da Vincis». Damals campierten spanische Soldaten in dem Palazzo Vecchio, und man fürchtete offenbar, dass Leonardos Meisterwerk Schaden nehmen könnte.

Offenbar erfüllte das Gerüst von Schreiner Cappello seinen Zweck. Denn Historiker Paolo Giovio schreibt 1527, «in der Halle des Consiglio ist ein Schlachtenbild». Er beschreibt es als «prachtvoll». Dass es wegen eines Defekts, verursacht durch die Ölfarben, nicht vollendet worden sei, «hat auf wundersame Weise seinen Charme erhöht». Weitere Jahre ziehen ins Land, ohne dass das Bild verschwunden wäre. In einer frühen Biografie Leonardos aus den 1540er Jahren, verfasst von «anonimo», schwärmt dieser von «der Zeichnung der Pferdegroupe, welche heute im Palazzo noch so zu sehen ist, wie sie geschaffen wurde». Dies bestätigt auch der Emissär aus Venedig, der 1549 einem Kollegen eine Liste von Sehenswürdigkeiten aufschreibt, welche er in Florenz bestaunen sollte: «Bist Du die Treppe zum grossen Saal hinaufgestiegen, schau die Gruppe von Pferden und Männern genau an (ein Teil der Schlacht, gemalt von Leonardo da Vinci), die Dir wie ein Wunder vorkommen wird.»

Die Schilderungen von Emissär Doni sind besonders brisant, denn sie belegen, dass bloss ein Jahr (!) bevor der grosse Vasari – der Urahn der Kunstgeschichte – seine huldvolle «Vita» über Leonardo schrieb, die «Schlacht» noch bis

in die faszinierendsten Details hinein zu sehen war. Dies lässt im Wesentlichen zwei Optionen zu: Entweder hat Vasari die Existenz des Wandgemäldes in seinen Schriften (aus Neid?) unterschlagen und es im Zug der Renovation verschwinden lassen. Oder, was angesichts seiner Verehrung von Leonardo viel plausibler scheint, er hat es – obwohl er nichts davon erzählt – hinter einer Mauer konserviert.

Die Farben der «Mona Lisa»

12. März 2012. Tatort Florenz, Seracini hat die internationale Presse vor die ominöse Wand geladen, um die Resultate seiner Bohrproben zu präsentieren. Der Stolz ist ihm anzusehen. «Die Daten sind sehr ermutigend», sagt er, und dann lässt er eine Bombe platzen: Man habe dieselben schwarzen Farbpigmente gefunden, die Leonardo auch für sein berühmtestes Gemälde, «Mona Lisa», benutzt habe. Innert Minuten geht die Nachricht rund um die Welt, schürt die Hoffnungen auf eine Riesensensation, die sich vom Mythos des «Jahrtausendgenies» Leonardo nährt.

Steht eines der grössten Kunsträtsel unserer Zeit kurz vor seiner Lösung? Eine Woche nach der Pressekonferenz, hoch oben auf dem Gerüst, hält Seracini den Zeigfinger in eines der Bohrlöcher: «Die Farbproben zeigen, dass wir an der richtigen Stelle suchen.» Er sei «hundertprozentig sicher», dass Leonardos «Schlacht» existiere, «eine halbe Armlänge entfernt von uns».

Seracinis Stimme klingt weniger euphorisch als noch vor der Weltpresse. «Noch viel Arbeit liegt vor uns.» Mit Arbeit meint er seine Analysen. Neue Bohrungen, mehr Farbproben, detailliertere Bilder sind nötig, um seine Gewissheit wissenschaftlich zu fundieren. Aber nicht nur. Energie kostet auch der Kleinkrieg mit den Behörden – und mit seinen Feinden. Seit der Veröffentlichung der Bohrproben hat ihr Ton an Schärfe zugelegt. Man wirft Seracini das Aufbausuchen seiner vermeintlichen Funde vor. Die Forschung werde durch die reisserischen Methoden auf einen «Zustand vor Galilei» zurückgeworfen. Es gebe keinerlei wissenschaftlichen Beweis und keine Daten eines zweiten Forschungsteams.

Und selbst wenn sich da Vincis Werk tatsächlich hinter dem Vasari befinden sollte, es befände sich in einem jämmerlichen Zustand, davon sind Kritiker überzeugt. «Was kommt als Nächstes?», fragt der Bonner Kunstgeschichtspräsident Georg Satzinger echauffiert. Sollen man wegen ein paar Farbpartikeln das Fresko Vasaris zerstören? «Es ist so, als ob man eine Leiche zu retten versuchte und dafür einen Lebenden im Stich liesse.» Nie habe er ein Kunstwerk geschändet, wehrt sich Seracini. Seine Bohrungen seien «minimalinvasiv» gewesen und nur dort vorgenommen worden, wo die Farbe von Vasaris Bild ohnehin abgeplatzt sei. Der Kampf der Kunstwelt gegen ihn



Skizzen von Leonardo da Vinci zu seinem verschollenen Gemälde aus dem 16. Jahrhundert.

sei ein Kampf gegen die Möglichkeiten der Wissenschaft.

Allen Obstruktionsversuchen zum Trotz sucht der Kunst-Detektiv nach immer neuen Wegen, seinen Schatz zu heben, und sieht sich dabei von Leonardo inspiriert. «Der Renaissance-Mensch war ein verdammt neugieriges Wesen, das sich in alle denkbaren Bereiche des Lebens vortastete.» Hätte er freie Hand, wäre er längst am Ziel, ist sich Seracini gewiss. Durch moderne Technik sei es sogar möglich, Vasaris Gemälde von der Wand abzurollen, die Mauer abzutragen und danach wieder – ohne Schaden – am alten Ort aufzutragen. Doch dazu sei er nicht befugt, einzig die Politik habe darüber zu entscheiden. Zwar weiss Seracini den jungen Bürgermeister von

Florenz, Matteo Renzi, auf seiner Seite. Mit Verve engagiert der sich für die Sondierungen an der mittlerweile berühmtesten Wand seiner Stadt. «Während meiner Amtszeit werden wir dieses Spiel zu Ende führen», verkündet er. «Wir müssen, sonst wird das Ganze zu einem Witz.»

Doch in dem Da-Vinci-Thriller hat Florenz keine Fahndungshoheit. Neue Bohranträge bleiben in den bürokratischen Mühlen Italiens stecken. Und die Opposition stellt sich gerade neu auf. Die höchsten Instanzen, Rom und den europäischen Kulturgüterschutz, will sie bemühen, um Seracinis «Wahnsinn» zu stoppen. Die Sensation ist vertagt. Die Schlacht um die Schlacht geht in eine neue Runde. ○

Törichte Spekulationen

Nach den Morden an jüdischen Schülern und einem Lehrer in Toulouse erklärten linke Politiker schnell, es handle sich um einen rechtsextremen Täter. Dass es ein Islamist war, passte nicht in ihr Wunschdenken.

Von Christopher Caldwell



Als der 23-jährige Mohammed Merah am Donnerstag letzter Woche von einer Eliteeinheit in seiner Wohnung in Toulouse erschossen wurde, ging eine dschihadistische Mordserie zu Ende. Am 11. März hatte Merah unweit des Flughafens einen Soldaten ermordet, vier Tage darauf drei Soldaten an einem Geldautomaten. Vier Tage später exekutierte er vor einer jüdischen Schule auf unfassbar bestialische Weise einen Rabbiner und drei Kinder (acht, sechs und drei Jahre alt).

Merah entkam unerkannt. Als die Behörden den Täter identifiziert hatten und schliesslich töteten, nahm der Präsidentschaftswahlkampf eine erstaunliche Wendung. Der unbeliebte Nicolas Sarkozy sprach die Leute wieder an. Das lag an seiner entschlossenen Reaktion, vor allem aber an den törichten Spekulationen, die seine Herausforderer über die Person des Killers anstellten. Es konnte kaum überraschen, dass Merah ein besonders eifriger Anhänger einer islamistisch-antisemitischen Ideologie war, die in den französischen Vorstädten in den letzten zehn Jahren Fuss gefasst hat. Merah behauptete sogar, in einem Ausbildungscamp von al-Qaida gewesen zu sein. Doch Sarkozys Gegner und ein Grossteil der Presse redeten sich ein, der Täter sei ein konservativer Rechter, der sich von Sarkozys Scharfmacherei zu einem «rassistischen» Blutbad habe anstiften lassen.

Erinnerungen an Anders Breivik

Einige Indizien mochten auf einen Täter aus rechten Kreisen hinweisen. Gegen drei Soldaten in einer nahegelegenen Kaserne war 2008 wegen faschistischer Gesinnung ermittelt worden. Die von Merah ermordeten Soldaten gehörten einer ethnischen Minderheit an. Und Merah dokumentierte seine Taten mit einer Videokamera, was einen Journalisten an den Psychopathen Anders Breivik erinnerte, der im letzten Sommer auf der norwegischen Insel Utöya ein Massaker verübt hatte. In seinem wirren Manifest hatte Breivik seinen Gesinnungsgenossen empfohlen, ihre Taten mit einer Videokamera aufzunehmen.

Die Vorstellung von einem rechtsextremen Täter war in erster Linie Wunschdenken. Die Franzosen empfinden die multikulturelle Ordnung, die das Resultat von Einwanderung ist und von der Politik gefördert wird, als Bedrohung. Die Politiker erklären ihrerseits, dass

die wahre Gefahr von den Feinden einer multikulturellen Gesellschaft ausgehe. Diese Haltung findet man auch in anderen Ländern. Ein Journalist des Londoner *Independent* schrieb, Merahs Tat sei «nicht vergleichbar mit dem Grossangriff auf die Gesellschaft, wie wir ihn 2005 in London erlebt haben» – ein keineswegs neues Argument.

Niemand hat die These von einem Killer aus rechten Kreisen nachdrücklicher vertreten als der Präsidentschaftsbewerber François Bayrou, der seine Wähler in der Mitte sucht, eine



Dschihadistische Morde: Trauerbekundungen.

sehr einsame Gegend in der französischen Politik. Am Abend nach der Bluttat vor der jüdischen Schule attackierte er diejenigen, die die Leidenschaften der Franzosen aufrührten und die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander ausspielten. Namen nannte er nicht, aber dass es sich bei dem Täter um einen Anhänger Sarkozys handeln musste, schien für ihn klar zu sein. Beweisen konnte er es nicht. Es ist ein Paradox von Politikern der Mitte und «Moderaten», dass sie, um Aufmerksamkeit zu erregen, besonders laut auf die Pauke hauen müssen.

Die Wahlkampf-Rhetorik ist durchaus nicht erhitzt, eher unterkühlt. Noch letzte Woche

lag François Hollande in den Umfragen so weit vorn, dass seine Strategie darin bestand, stillzuhalten und kein falsches Wort zu riskieren – dann würde ihm der Sieg in den Schoss fallen. Nach den Bluttaten von Toulouse erklärte er, dass die Republik sicher gemacht werden könne, ohne dass sie ihre Werte aufgeben müsse – was nichts anderes heisst, als dass die Minderheitenpolitik nicht im Widerspruch zur öffentlichen Sicherheit steht.

Hollande ist momentan in der gleichen Situation, in der sich vor fünf Jahren seine damalige Lebensgefährtin Ségolène Royal befand. Drei Wochen vor dem Wahltag kam es in der Pariser Gare du Nord nach der Festnahme eines Schwarzfahrers zu Krawallen. Royal sah das Problem in einer Überreaktion der Ordnungskräfte. «Irgendetwas läuft falsch, wenn eine Fahrscheinkontrolle in eine so gewaltsame Konfrontation umschlägt», sagte sie. Sarkozy entgegnete, er stehe nicht auf der Seite von Betrügnern.

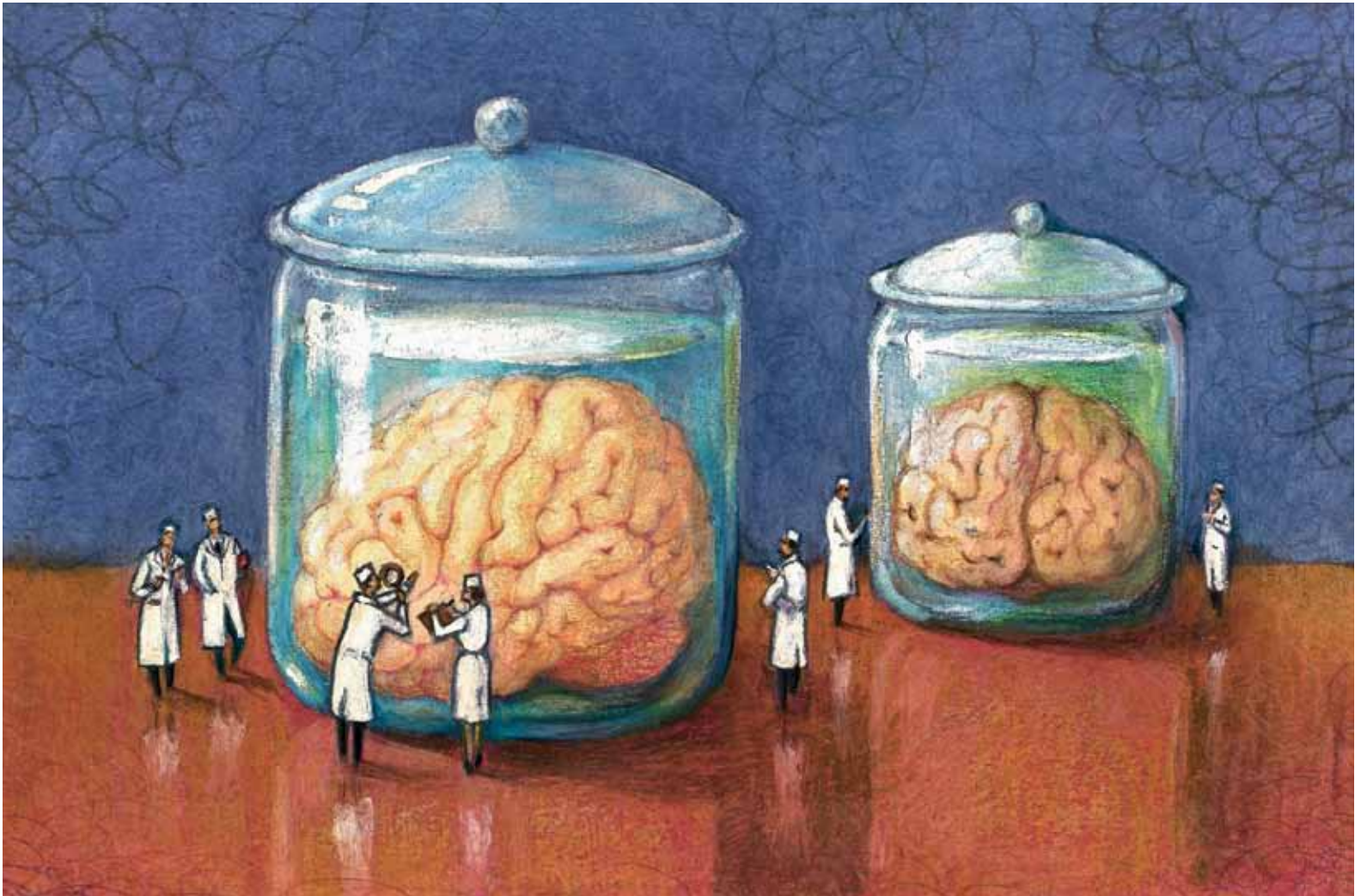
Sarkozy mag, wie Bill Clinton nach dem Bombenanschlag von Oklahoma 1995, seine Landsleute wieder für sich gewonnen haben, weil er ihnen Sicherheit vermittelt. Das muss nicht heissen, dass seine politischen Ideen immer klug sind. Nach den Mordtaten erklärte er, der regelmässige Besuch von dschihadistischen Websites müsse unter Strafe gestellt werden, was im Prinzip auf eine wirkungslose Zensur hinausläuft. Den Leuten gefällt, dass Sarkozy klar und ohne Umschweife das Problem benennt, für das Merah steht – der Islamismus.

Al-Qaida hat jedenfalls nicht um den heissen Brei herumgeredet: Ein Ableger der Organisation veröffentlichte eine Erklärung, in der «unser Bruder Yusef, der Franzose» für eine Tat gepriesen wurde, die «das Fundament der zionistischen Kreuzfahrer erschüttert hat». Auch Merahs Bruder Abdelkader, der verdächtigt wird, bei der Planung der Mordtaten mitgewirkt zu haben, redete nicht gross um den Brei herum: «Ich bin sehr stolz auf meinen Bruder. Ich bereue nichts für ihn und billige, was er getan hat.» Politiker, die offen darüber sprachen, wofür Mohammed Merah steht, waren selten. Einer von ihnen hat nun die Chance, Präsident zu werden.

Christopher Caldwell ist Journalist und Buchautor. Aus dem Amerikanischen von Matthias Fienbork

Neuro-Nonsens

Neurowissenschaften sind auf dem Vormarsch. Immer mehr Aspekte und Facetten der menschlichen Existenz werden als Funktionen des Gehirns interpretiert. Das ist verführerisch, aber falsch. Der Mensch ist weit mehr als eine biologische Maschine. *Von Roger Scruton*



Die subtilen Eigenheiten des Seins.

Es gibt viele Gründe, die uns glauben lassen, dass das Hirn der Sitz des Bewusstseins ist. Ein Gehirnschaden stört unsere geistigen Prozesse. Spezifische Teile des Gehirns scheinen mit spezifischen geistigen Fähigkeiten verbunden, und das Nervensystem, dem wir Bewegung, Wahrnehmung, Empfindung und Körperbewusstsein verdanken, ist ein Wirrwarr von Leitungen, die alle im Gehirn enden. So viel war schon für Hippokrates offensichtlich.

Die Entdeckung bildgebender Verfahren, um das Gehirn zu erforschen, hat zum Glauben beigetragen, dass wir Gedanken und Gefühle der Menschen anschauen und dabei erkennen können, wie Information im Kopf verarbeitet wird. Das Gehirn wird als Computer gesehen, der im Lauf der Evolution fest vernetzt worden ist, um längst verschwundene Probleme unserer Jäger-Sammler-Vorfahren zu lösen. Das Gehirn funktioniert auf eine Weise,

das es für die Person, die den Scanner handhabt, durchschaubarer ist als für die Person, die gescannt wird. Unsere bisherigen Methoden, uns selber zu verstehen, sollen deshalb durch jene der Neurowissenschaft ersetzt werden, die das bisherige, spezifisch humane Verständnis des menschlichen Seins von sich weist.

Neue akademische Krankheit

1986 veröffentlichte Patricia Churchland «Neurophilosophy», worin sie argumentiert, dass die Fragen, die während vieler Jahrhunderte von Philosophen erfolglos diskutiert worden sind, gelöst werden können, wenn man sie als Fragen der Neurowissenschaft formuliert. Dies war der erste grössere Ausbruch einer neuen akademischen Krankheit, die man «Neuroneid» nennen könnte. Wenn aber die Neurowissenschaft die Philosophie ersetzen kann, wieso sollte sie nicht auch die restlichen

Geisteswissenschaften ersetzen, die doch schon viel zu lange mit mangelhaftem methodischem Ansatz daherkommen? Alte Disziplinen, die sich bisher lediglich auf kritische Beurteilung und kulturelle Vertiefung stützten, könnten eine wissenschaftliche Glasur erhalten, wenn man sie in «Neuroethik», «Neuroästhetik», «Neuromusikwissenschaft», «Neurotheologie» oder «Neurokunstgeschichte» (Thema eines Buchs von John Onians) umbtauft. Michael Gazzanigas einflussreiche Studie «The Ethical Brain» von 2005 hat zu einer Art akademischer Disziplin «Recht und Neurowissenschaft» geführt, die juristische Beweisführung mit Hirnbildgebung kombiniert – weitgehend zum Schaden unserer bisherigen Vorstellung von menschlicher Verantwortung.

Es scheint mir, dass Ästhetik, Kritik, Musikwissenschaft und Jura wirkliche Fächer sind, aber keine Wissenschaften im engeren Sinn.

Ihre Aufgabe ist es nicht, irgendeinen Aspekt des menschlichen Seins zu erklären, sondern dieses Sein zu verstehen, durch eine eigene Vorgehensweise. Wenn man diese Fächer in Zweige der Neurowissenschaft umbenennet, trägt man nicht notwendigerweise etwas zur Mehrung des Wissens bei. Im Gegenteil: Man könnte Wissen verlieren. Hirnbildgebung wird einem nicht helfen, Bachs «Kunst der Fuge» zu analysieren oder «König Lear» zu deuten. Ebenso wenig wird Hirnbildgebung das Konzept der juristischen Verantwortung entwirren oder einen Beweis für die goldbachsche Vermutung liefern; sie wird nicht helfen, das Konzept Gott zu verstehen oder die Beweise für die Existenz Gottes zu evaluieren; sie wird auch nicht aufzeigen, wieso Gerechtigkeit eine Tugend und Feigheit ein Laster ist. Und sie wird unweigerlich den Aberglauben ermutigen, wonach ich kein volles menschliches Wesen mit geistigen und körperlichen Kräften bin, sondern bloss ein Gehirn in einer Kiste.

Erregte Gehirnbereiche

Die neuen Wissenschaften haben tatsächlich die Tendenz, sich säuberlich in zwei Teile zu spalten. Auf der einen Seite haben wir die Analyse irgendeines bestimmten Merkmals unseres geistigen oder gesellschaftlichen Lebens und den Versuch, dessen Bedeutung und die Funktionsweise aufzuzeigen. Auf der anderen Seite haben wir eine Reihe von Gehirnscans. Hin und wieder erschallt der Schrei «heureka!». So zum Beispiel, wenn Joshua Greene zeigt, dass andere Gehirnbereiche erregt werden, wenn wir wegen einer persönlichen Auseinandersetzung ein Dilemma haben, als jene, die durch moralische Kalkulationen erregt werden, die uns persönlich kaltlassen. Weil jedoch Greene keine verständliche Beschreibung der Frage lieferte, auf welche der Scan eine Antwort hätte liefern sollen, verstummte der Schrei. Dieses Beispiel ist typisch für die vom Neuroneid gelieferten Resultate: Wir erhalten eine riesige Auswahl von Antworten, die sich aber nicht mehr auf die gestellten Fragen beziehen. Und die Antworten bestehen in Neuro-Unsinn der folgenden Art:

«Die Gehirne sozialer Tiere sind so vernetzt, dass sie an Übungen sozialer Natur wie Körperpflege oder Zusammenarbeit Vergnügen empfinden und dass sie Schmerz fühlen, wenn sie gemieden, getadelt oder ausgeschlossen werden. Neurochemikalien wie Vasopressin und Oxytocin führen die Bindung von Paaren, Eltern und Nachkommen herbei und wahrscheinlich auch die Bindungen innerhalb der Sippe» (P. Churchland).

Als ob wir nicht längst gewusst hätten, dass sich die Menschen bei der Körperpflege oder bei der Zusammenarbeit freuen! Und als ob es irgendetwas brächte, zu sagen, dass die Gehirne zu diesem Zweck «vernetzt» sind oder dass Neurochemikalien möglicherweise etwas

mit diesem Vorgang zu tun haben. Dies ist Pseudowissenschaft erster Ordnung. Sie verdankt ihre ohnehin geringe Glaubwürdigkeit der Tatsache, dass sie das Problem einfach wiederholt, das sie nicht imstande ist zu erklären. Es ist eine Illustration der heute herrschenden Verwirrung: Die Fragen gehen verloren.

Was also kann durch eine genaue Beobachtung des Gehirns über den Menschen bewiesen werden? Wir können auf zwei Arten konzeptualisiert werden: als Organismen und als Objekte persönlichen Zusammenwirkens. Die erste Art verwendet das Konzept des «menschlichen Wesens» und leitet unser Verhalten von der biologischen Wissenschaft des Menschen her. Die zweite Art verwendet das Konzept der «Person», welches nicht das Konzept einer Naturgattung ist, sondern einer Einheit, die mit anderen in einer uns bekannten, aber komplexen Art in Beziehung steht. Wir wissen intuitiv, worum es sich handelt, aber können es nur schwer beschreiben. Durch das Konzept der Person und der dazugehörigen Vorstellungen von Freiheit, Verantwortung, Vernunft zur Handlung, Recht, Pflicht, Gerechtigkeit und Schuld gewinnen wir eine Darstellung der menschlichen Wesen, wie sie wirklich sind.

Wenn wir versuchen, Personen mit Hilfe der halbausgegrenzten Theorien der Neurowissenschaft zu verstehen, setzen wir uns der

Das Gehirn wird als Computer gesehen, der im Lauf der Evolution fest vernetzt worden ist.

Versuchung aus, stillschweigend über charakteristische Persönlichkeitsmerkmale hinwegzugehen. Es ist doch so, dass wir Leute verstehen, indem wir ihnen ins Gesicht schauen, mit ihnen diskutieren, ihre Beweggründe, Ziele und Pläne begreifen. All dies erfordert eine andere Sprache, ein anderes konzeptionelles Schema als diejenigen, die in den biologischen Wissenschaften zur Anwendung kommen. Ein Gehirn können wir nicht verstehen, indem wir ihm ins Gesicht schauen – es hat kein Gesicht.

«Neuro-Recht» ist gefährlich

Wir sollten erkennen, dass nicht alle Fragen zur menschlichen Natur und zum menschlichen Verhalten wissenschaftliche Fragen sind, die von Ursache und Wirkung handeln. Die meisten unserer Fragen zu Personen und ihrem Tun sind solche der Interpretation: Was meinte er damit? Was unterstellte sie mit ihren Worten? Was bedeutet die Hand von Michelangelo David? Dies sind reale Fragen, die disziplinierte Antworten erfordern. Und es gibt Fächer, die versuchen, sie zu beantworten. Das Recht ist ein solches Fach. Es handelt von der überlegten Zuweisung von Haftung und Verantwortung, wobei es Methoden benutzt, die nicht auf irgendeine erklärende Wissenschaft

reduzierbar sind und die nicht durch Neurowissenschaft ersetzt werden können – wie zahlreich auch immer die Fortschritte sein mögen, welche diese Wissenschaft macht. Die Erfindung von «Neuro-Recht» ist, scheint mir, zutiefst gefährlich, denn sie wird Freiheit und Verantwortlichkeit abschaffen – nicht weil diese Dinge nicht existieren, sondern weil sie nie in einem Gehirnscan auftauchen werden.

Forschung unter Unsinn-Verdacht

Nehmen wir an, ein Computer ist so programmiert, dass er einen digital verschlüsselten Eintrag «lesen» kann, den er dann in Pixel übersetzt, was bewirkt, dass auf dem Bildschirm das Bild einer Frau erscheint. Um diesen Prozess zu beschreiben, brauchen wir nicht auf die Frau im Bild Bezug zu nehmen. Der ganze Prozess kann in Begriffen der Hardware dargelegt werden, die die digitalen Daten in Pixel verwandelt, und der Software oder des Algorithmus, der die Instruktionen dazu enthält. Natürlich sehen wir aber die Frau im Bild. Und für uns enthält das Bild Informationen einer ganz anderen Art als diejenigen, die in den digitalisierten Instruktionen verschlüsselt sind, die das Bild produzieren. Diese andere Art von Informationen zu beschreiben, ist unmöglich, ohne dass man den Inhalt bestimmter Gedanken erläutert – Gedanken, die bei Leuten entstehen, wenn sie sich gegenseitig ins Gesicht schauen.

Doch wie gelangen wir von einem Informationskonzept zum andern? Wie erklären wir das Auftauchen von Gedanken über eine bestimmte Sache bei Verfahren, die in der Vermittlung von visuell verschlüsselten Daten liegen? Die kognitive Wissenschaft sagt es uns nicht. Und Computermodelle des Gehirns werden es uns auch nicht sagen. Sie können vielleicht zeigen, wie Bilder in digitalisierter Form verschlüsselt und in diesem Format durch nervliche Leitungsbahnen ins Zentrum gesendet werden, wo sie «interpretiert» werden. Aber dieses Zentrum interpretiert nicht – Interpretieren ist ein Prozess, den wir durchführen, wenn wir sehen, was vor uns ist. Wenn es um die subtilen Eigenheiten des menschlichen Seins geht, um die Nebenwege des Verschuldens und die Geheimnisse von Glück und Trauer, brauchen wir Belehrung und Studium. Nur so können wir die Dinge korrekt interpretieren. Belehrung und Studium liefern uns die Geisteswissenschaften. Wenn Gelehrte, die vorgeben, Geisteswissenschaften zu praktizieren, ihren Untersuchungen das Präfix «neuro» beifügen, müssen wir annehmen, dass ihre Forschungen Unsinn sind.

Roger Scruton ist Philosoph und Schriftsteller. Sein neues Buch «The Face of God» ist soeben bei Bloomsbury/Continuum erschienen.

Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines im britischen Magazin *Spectator* publizierten Artikels. Aus dem Englischen von **Hanspeter Born**

«Mein Leitwert ist die Freiheit»

Seit zwei Jahren regiert Viktor Orbán mit deutlicher Mehrheit in Ungarn. Er ist trotzdem einer der umstrittensten Politiker Europas. Zu Unrecht, findet der Angefeindete. Hier spricht er über sein Land, seine Ideen, seine Gegner und die Mühen des Kleinstaats in der EU. *Von Roger Köppel*

Herr Ministerpräsident, kürzlich haben Sie in einer Rede gesagt, Ungarn sei keine Kolonie. Was haben Sie damit gemeint, und wer sind die Kolonialisten?

Es war kein Zufall, dass ich weder konkrete Länder noch Personen als Kolonialisten bezeichnet habe, aber ich habe eine Antwort. Die Kolonialisten sind die Leute, die uns sagen wollen, wie wir leben und denken sollen. Da sind die geistigen Kolonialisten, und es gibt auch wirtschaftliche Kolonialisten, die nicht kooperieren, sondern nur unsere Märkte benutzen wollen, ohne Arbeitsplätze zu schaffen. Die Beziehungen zu den Deutschen sind sehr gut, weil die Deutschen mit den Ungarn wirklich zusammenarbeiten wollen.

Ist der Nationalstaat innerhalb der EU ein Auslaufmodell?

Die intellektuell grösste Anziehungskraft der EU ist, dass sie nie fertig ist. Es ist auch unklar, was die EU endgültig sein wird. Ungarn will sich an diesem Projekt beteiligen. Was den Nationalstaat angeht: Wer sich in Europa für den Nationalstaat ausspricht, wird regelrecht verfolgt und abgestempelt. Trotz allem glaube ich an ein Europa der Nationen. Ich bin überzeugt, dass Europa die Nationalstaaten nicht auflösen, sondern deren Bedeutung wieder stärker berücksichtigen wird.

Was ist die ungerechteste Beschreibung, die Sie über sich gelesen haben?

Was mir am meisten weh tut, was aber leider zutrifft, ist, dass ich einige Kilos zugenommen habe (*Lacht*). Politisch gesehen, irritiert mich am meisten das Wort «Gulasch-Faschist». Gulasch ist unser Nationalgericht, und es ist wirklich verletzend, wenn man dieses Wort in einen solchen falschen politischen Zusammenhang bringt.

Was ist das grösste Missverständnis über Ungarn?

Der Charakter der Ungarn wird missverstanden. Die Ungarn sind die grössten Individualisten in Europa nach den Engländern.

... und der Schweiz ...

(*Lacht*) Mag sein, aber ich beziehe mich hier auf ernsthafte Untersuchungen. Man kann in Ungarn nicht gegen die Freiheit der Menschen regieren. Wer dies versucht, begeht politischen Selbstmord. Ausserdem wird die politische Lüge in Ungarn

nicht ertragen. Die Bürger bekommen geradezu Hautausschläge. Die Ungarn haben sich gegen den Kommunismus nicht aufgelehnt, als es ihnen sehr schlecht ging, sondern als sie lügen mussten, es gehe ihnen sehr gut. Sie haben sich nicht aufgelehnt, als man ihnen die Freiheit genommen hatte, sondern als sie lügen mussten, sie lebten in grosser Freiheit. Das ist typisch für Ungarn. Viele unserer Kritiker verstehen dies nicht.

Ihre Vorgängerregierung wurde ja offiziell der politischen Lüge überführt.

Ja, sie handelte sozusagen gegen die menschliche Natur. Das alte Regime wollte den Leuten einreden, schwarz sei weiss und umgekehrt. Das geht in Ungarn nicht. Politisch gesehen, ist Ungarn ein schwieriges Land. Es ist sehr anspruchsvoll, Wahlen zu gewinnen. Jeder Ungar ist ein individueller Freiheitskämpfer. Jeder hat seine persönliche Wahrheit, die er bis zum Letzten verteidigt.

Dann sind die Ungarn sozusagen eben doch ein Anarchistenvolk wie die Schweizer.

Das ist eine interessante Theorie. Aber wir sind auch Weltmeister darin, uns in der

«Jeder Schweizer kann selber über sein Leben entscheiden. Das beeindruckt uns Ungarn.»

allerletzten Sekunde zusammenzureissen, sehr diszipliniert zu sein – wenn alles auseinanderbricht, wenn die letzte Chance vorbei ist, wenn wir am Abgrund stehen, dann schaffen wir es irgendwie, doch noch zu gewinnen.

Wie nehmen Sie als Ungar die Schweiz wahr?

Vielleicht überrascht Sie das, aber die Schweizer geniessen einen unglaublichen Respekt in Ungarn. Nicht wegen ihres Reichtums, sondern wegen ihres kantonalen Systems. Jeder Schweizer kann selber über sein Leben entscheiden. Das beeindruckt uns Ungarn.

Aus Schweizer Sicht besteht der Eindruck, dass das Problem Ungarn darin liegt, dass die EU Ihrem Land bis ins Detail vorschreiben möchte, wie es sich politisch zu verhalten, wie es zu entscheiden hat. Wo empfinden Sie die Einmischung der EU am problematischsten?

Genau dort: Wo es um unsere Lebensweise geht. Wenn man die ungarische Geschichte

anschaut, dann können wir sagen, dass wir nie etwas wollten, was anderen gehörte. Wir wollten auch anderen Ländern nie vorschreiben, wie sie zu leben hätten. Wir wollten nie versuchen zu bestimmen, was *politically correct* ist und was nicht. Wir verstehen nicht, warum uns andere dies sagen wollen. Was uns betrifft, sollten wir selber regeln. Was die Ungarn ebenfalls schlecht vertragen, ist das doppelte Mass. In manchen Ländern ist erlaubt, was bei uns verboten sein soll. Ungarn hat heute das achtkleinste Budgetdefizit, trotzdem werden wir bestraft. Die anderen zwanzig, die grössere Staatsdefizite haben, müssen keine Sanktionen hinnehmen. Das mag alles rechtlich erklärbar sein, aber unser natürliches Wahrheitsempfinden ist dagegen.

Was ist der Kernkonflikt mit der EU?

Meine Regierung hat Ungarn die erste demokratische, nichtkommunistische Verfassung gegeben. Zudem haben wir einen sehr schnellen, starken Reformkurs eingeschlagen, der vielen Ungarn gefällt, aber eben nicht unseren linken Kritikern und einigen Funktionären in der EU.

Warum erregt die Verfassung derart Anstoss?

In Verfassungen geht es um Grundwerte, nach denen sich ein Land ausrichtet. Es geht auch darum, in welchen Fragen ein Land souverän und eigenverantwortlich entscheiden will. Wir betonen zudem klassische Erfolgswerte unserer europäischen Kultur: Freiheit, Eigenverantwortung, nationale Selbständigkeit, Demokratie, Familie. Ich staune, welche Abwehrreflexe diese erprobten europäischen Grundwerte in der EU auslösen.

Man wirft Ihnen vor, die neuen Gesetze im Hauruckverfahren durchgepeitscht zu haben.

Unsere Verfassungsdiskussion in Ungarn fand im Juni 2010 in einem sehr schwierigen politischen Umfeld statt. Damals stand das Land vor dem Bankrott. Es ging uns ähnlich schlimm wie Griechenland. Die Verschuldung war sehr hoch. Wir mussten sparen und alte sozialistische Wohlfahrtsstaats-Einrichtungen herunterfahren bis abschaffen. Unserer Ansicht nach mischt sich die EU zu sehr in diese innerstaatlichen Reformbestrebungen ein, zum Beispiel in der Frage, welche Arbeiten einem Arbeitslosen im Rahmen des Beschäftigungsprogramms



«Schneller, starker Reformkurs»: Regierungschef Orbán, am 23. März 2012 im Berliner Restaurant «Capriccio», fotografiert von Ragnar Schmuck.

Jetzt exklusiv für Weltwoche- Leser!



Als Abonnent/-in
der Weltwoche
jetzt TV-Star

CHF 60.-
günstiger.

TV-Star – Ihre Schweizer Fernseh-Stars

- Das topaktuelle und übersichtliche TV-Programm mit täglich 60 Sendern.
- Tagestipps und Film-Highlights mit Bewertungen der eigenen Redaktion.
- Vielfältiger Magazinteil: alles über die TV- und Showszene.
- Originelle Kolumnen, grosser Rätselteil.

Jetzt bestellen und
CHF 60.- sparen:
Telefon 043 444 57 01

DIE WELTWOCH
TVstar

den zumutbar sind und welche nicht. Hier will uns die EU Vorschriften machen, ob schon es unseres Erachtens um eine Frage geht, die Ungarn eigenverantwortlich entscheiden darf. Ein anderer Konfliktpunkt sind die Steuern. Wir wollen eine richtige Flat Tax von 16 Prozent einführen. Die EU will uns progressive Steuern verordnen. Ausserdem mischt sich die EU in die Neuorganisation unseres obersten Gerichtshofs ein.

Was war das Problem der alten ungarischen Verfassung?

Unsere alte, von den Kommunisten verabschiedete Verfassung schrieb sehr viele unhaltbare, arbeitswidrige, sogenannt soziale Rechte und Ansprüche fest, zum Beispiel die Dauer der Arbeitslosenunterstützung, das Frühpensionierungsalter. Jetzt haben wir eine sehr unternehmerische, wettbewerbsfähige Verfassung. Wir haben die alte Verfassung in sozialer Hinsicht sicherlich geradezu grundsätzlich geändert. Wir haben die Frühpensionierungsparagrafen, die den Lebensstil früher stark prägten, gestrichen. Jetzt haben wir das Pensionierungsalter bei 62 Jahren festgesetzt, es wird bis 2018 auf 65 Jahre angehoben. Vorher lag das offizielle Pensionsalter bei 55, aber es gab auch sehr viele 45-jährige Pensionäre.

Wie haben Sie die Arbeitslosenversicherung reformiert?

Wir zahlen heute lediglich noch drei Monate Arbeitslosenhilfe. Vorher waren es neun Monate. Zudem wird die Arbeitslosenhilfe nur an Familien ausbezahlt, die, wenn sie Kinder haben, ihre Kinder zur Schule schicken. Nebenbei geben wir mehr als 200 000 Arbeitslosen im Rahmen des Beschäftigungsprogramms Arbeit. Sie sehen, der Kern unserer Reformen ist unternehmerisch, was für die Betroffenen sicher auch hart ist. Aber ich bitte darum, die ökonomischen Grundlagen zu beachten: Als ich 2002 zum ersten Mal die Regierung übernahm, hatte Ungarn 10 Millionen Einwohner, davon hatten 3,8 Millionen eine Stelle, aber nur 2,6 Millionen zahlten Steuern. Griechische Verhältnisse! Heute zahlen alle Steuern, allerdings ist die Zahl der Werkstätigen immer noch zu tief. Ich will eine Klasse von Arbeitstätigen schaffen, eine echte Mittelschicht. Das ist im Interesse des Landes.

Sie sprechen von einer unternehmerischen Verfassung, aber gerade internationale Unternehmen kritisieren Ihr Steuersystem, es sei protektionistisch und bevorzuge ungarische Firmen.

Die Unternehmen haben zu einem gewissen Teil recht, wenn sie uns Protektionismus vorwerfen, aber eben nur zum Teil. Bei uns haben Firmen Steuervorteile, die in Ungarn Stellen schaffen, egal, aus welchem Land sie kommen. Die grösste Bank, die von der

Banksteuer betroffen ist, ist eine ungarische Bank. Ich gebe zu, dass ich kleine und mittelständische Unternehmen tendenziell steuerlich bevorzugt behandle. Unsere Steuergesetze sind das Resultat einer einst desolaten Lage des Finanzhaushalts. Ich versuche, so unternehmensfreundlich wie möglich zu besteuern, aber ich muss auch Geld einnehmen. Der Produktionssektor ist aber von den Krisensteuern eigentlich nicht betroffen.

Sie wurden fast gesteinigt wegen Ihrer konservativen Positionen in der Familienpolitik.

Leider ist meine Position hier tatsächlich zu konservativ für den progressiven europäischen Mainstream. (Lacht) In der Familie geht es um einen Mann und um eine Frau. Nur Männer und Frauen können gemeinsam Kinder zeugen. Ich bin auch der Meinung, dass nur ein Mann und eine Frau ein Kind adoptieren können. Homosexuelle Paare sollen in rechtlich anerkannter Form zusammenleben. Aber das, was wir als Ehe und als Familie bezeichnen, soll reserviert sein für die klassische Familie. Ein Mann und eine Frau sind die Grundlage jeder Familie. Was soll an dieser Aussage skandalös sein?

Würde eine Mehrheit der Ungarn heute noch der EU beitreten?

Das ist fraglich. Und das ist sehr schade. Ich habe mich fünfzehn Jahre lang dafür eingesetzt, dass Mitte-rechts in Ungarn proeuropäisch denkt. Durch ihr unsensibles Verhal-

«Ein Mann und eine Frau sind die Grundlage jeder Familie. Was soll an dieser Aussage skandalös sein?»

ten hat die EU viel Goodwill in unserem Land zerstört.

Aber Sie persönlich sind, wie man hört, immer noch ein überzeugtes Mitglied der Europäischen Union.

Ich denke tatsächlich, dass es mehr Argumente für eine Mitgliedschaft als dagegen gibt. Wenn man längerfristig über die Zukunft von Europa nachdenkt, dann können die Ungarn den grössten Freiheitsrahmen für sich selber schaffen, wenn sie in der EU bleiben. Aber wir müssen dafür kämpfen, die EU zu erneuern.

Werden die kleinen Staaten in der EU längerfristig unter die Räder kommen?

Nur, wenn sie es zulassen.

Wer sind Ihre wichtigsten Alliierten?

In der EU sind alle mit allen verbündet. Aber natürlich funktioniert eine mitteleuropäische Solidarität auch.

Sie haben in einem Interview einmal von einem anderen Europa gesprochen. Was haben Sie damit gemeint?

In Europa gibt es eine sehr starke öffentliche Meinungsdominanz, ja Meinungsherrschaft, Deutungshoheit. Das Europa, von dem ich spreche, erleidet diese Meinungshoheit, hat damit aber nichts gemeinsam, sondern spricht anders über die Welt und das Leben. Dieses andere Europa wird vom offiziellen Europa herabgewürdigt, für rückständig erklärt; vor allem seine zentralen Werte werden kritisiert: Vorkommen nach Verdienst, persönliche Verantwortung, Familie, Nation, christliche Werte. Das ist für viele Europäer sehr wichtig, aber sie stellen fest, dass dies im offiziellen Europa nicht geachtet wird.

Wo würden Sie sich heute politisch verorten?

«Dieses andere Europa wird vom offiziellen Europa herabgewürdigt, für rückständig erklärt.»

Mein Leitwert war immer die Freiheit. Ich war und bin Antikommunist und setze mich dafür ein, dass die Leute eine Wahl haben. So gesehen bin ich ein «klassischer Liberaler».

Trotzdem sind Sie über die Jahre immer konservativer geworden, warum?

Weil die ungarischen Liberalen mit den Sozialisten paktierten – gegen ihre eigenen Versprechungen. Das war für mich der Punkt, an dem ich die Liberalen nicht mehr unterstützen konnte. Inhaltlich hat sich für mich aber nichts geändert. Ich kämpfe weiterhin für die Freiheit und die Wahlmöglichkeiten, obschon ich mich als konservativ bezeichne.

War dieser Freiheitsdrang für Sie stets politisch ein Kampf gegen den Kommunismus, oder gibt es andere Wurzeln?

Ich komme aus einfachen Verhältnissen. Meine Eltern haben erst auf dem zweiten Bildungsweg die Hochschule besucht, so gesehen bin ich der erste Intellektuelle der Familie. Soziale Mobilität ist ein zentrales Anliegen für mich. Alles Elitäre ist mir suspekt. Ich kämpfe – plebejisch – für Leute, die nach oben kommen wollen. Freiheit und Eigenverantwortung sind die entscheidenden Grundwerte.

Wer ist Ihr politisches Vorbild? Thatcher, Reagan? De Gaulle?

Das sind alles bewundernswerte Politiker, aber die Lage Ungarns ist sehr spezifisch. Wir mussten vierzig Jahre in einer Diktatur leben. Deswegen gibt es in Ungarn kaum Vorbilder für mich. In Europa war ich immer ein Verehrer von Helmut Kohl, von dem ich viel gelernt habe. Mein väterlicher Freund, von dem ich ebenfalls viel gelernt habe, obwohl wir uns auch oft stritten, war der frühere deutsche FDP-

Politiker und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff.

Nach unserem Gespräch heute habe ich den Eindruck, dass Sie politisch stärker von Thatcher und Reagan geprägt sind als von Kohl.

Reagan ist in Ungarn ein grosser Star. Es gibt sogar ein Institut in seinem Namen. Wäre ich halb so talentiert wie Reagan, dann hätte ich die europäische Frage längst gelöst. (Lacht)

Sie werden ja an verschiedenen politischen Schauplätzen kritisiert für Ihr Mediengesetz, für Ihr Bildungsgesetz, für andere politische Vorstösse. Man wirft Ihnen vor, Sie seien ein autoritärer Politiker. Was entgegnen Sie?

Ich bin seit 22 Jahren Mitglied des ungarischen Parlaments. Ich habe 16 Jahre in der Opposition verbracht. Manchmal haben sie mich gewählt, dann haben sie mir wieder das Vertrauen entzogen, dann haben sie mich wieder gewählt. Das ist nicht eine typisch autoritäre Geschichte.

Wenn Sie die letzten zwei Jahre seit Regierungsantritt anschauen, was würden Sie heute anders machen?

In den allerwichtigsten Fragen hätte ich nichts anders gemacht. Ich würde dieselbe Politik machen, vielleicht hätte ich aber für diese Politik einen etwas eleganteren Anzug tragen sollen (lacht).

Was, glauben Sie, wird die EU in zehn Jahren sein? Eine politisch schwach integrierte grosse Freihandelszone oder ein kleiner stark integrierter Staatenbund?

Die Zeit der Globalisierung geht meines Erachtens langsam zu Ende. Es kommt die Zeit der Regionalisierung. Die Welt wird sich in ein paar grosse regionale Zentren aufteilen, wirtschaftlich gesehen, aber auch mit politisch enger Zusammenarbeit. Eine dieser Regionen wird Europa sein.

Mit dem Euro?

Ja und mit sehr enger politischer Zusammenarbeit.

Wie lange wollen Sie noch Premierminister bleiben?

Solange ich wiedergewählt werde.

Viktor Orbán, Jahrgang 1963, ist Vorsitzender der konservativen Partei Fidesz und seit 2010 zum zweiten Mal ungarischer Ministerpräsident. Bereits von 1998 bis 2002 war der Jurist Regierungschef. Von 2002 bis 2010 war er Oppositionsführer im ungarischen Parlament. Orbán ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.

SWISSMEDIA
MEDIAFORUM
FORUMSWISS
SWISSMEDIA
FORUMSWISS
MEDIAFORUM

JETZT
ANMELDEN!

SwissMediaForum
31. Mai/1. Juni 2012
im KKL Luzern

Führung im digitalen
Zeitalter • Social Media
und Reputation Online-
Geschäftsmodelle • Medien-
trends aus Asien und den
USA • Unternehmenskom-
munikation • Paid vs. Free

Unter anderem mit folgenden
Referentinnen und Referenten:



Jill Abramson,
Chefredaktorin der
New York Times



Joschka Fischer,
Ex-Aussenminister
Deutschlands

- Urs Rohner, VR-Präsident Credit Suisse
 - Harry Hohmeister, CEO Swiss
 - Katharina Borchert, CEO Spiegel Online
 - Peter Hogenkamp, Unternehmensleitung NZZ
 - Teo Gheorghiu, Pianist
 - Annabelle Yu Long, CEO Bertelsmann China
 - Miriam Meckel, Professorin für Kommunikation
 - John Della Volpe, Professor Harvard Institute of Politics
- Moderation: Carolin Schober, CNBC

SwissMediaForum – die jährliche Veranstaltung für Verantwortungsträger aus Medien, Kommunikation, Unternehmen und Politik.

Alles zu Programm und Teilnahme
am zweiten SwissMediaForum auf
www.swissmediaforum.ch

Kontakt:

info@swissmediaforum.ch
Telefon 056 221 10 10

azpo RAIFFEISEN Swiss Life



Verheerende Schönheit: «Barbara» aus der Serie «Week-End» von der kalifornischen Fotografin Alex Prager.



Küsse, Bisse

Von Daniele Muscionico

Barbara, so heisst sie, das Mädchen mit der Berschreckten Oberlippe, der Polyester-Perücke und dem Bettvorleger überm Busen. Barbara wie Barbara Payton? Wer kennt sie noch, die stürmische Schauspielerin, die in den 40er Jahren Hollywood wie ein Erdbeben erschütterte, mit der Energie einer Hochspannungsleitung, ihre Gier nach Ruhm unersättlich, ihre Schönheit verheerend?

Barbara Payton ist das nicht. Jene wurde zum hässlichen Ende, vom Alkohol und von Drogen zerrüttet, auf dem Sunset Boulevard wegen Prostitution festgenommen, als sie starb, war sie keine vierzig Jahre alt. Das Leben dieser Barbara hier hat eben erst begonnen.

«Barbara» aus der Serie «Week-End» (2010) von der kalifornischen Fotografin Alex Prager hat die Ehre in der wegweisenden Ausstellung «State of the Art Photography» vertreten zu sein. «Fotokunst mit grossem Zukunftspotenzial» versammelt sie im NRW-Forum in Düsseldorf, einen Querschnitt der aktuellen Fotografie, und von ihm spricht, wer über Fotografie spricht dieser Tage.

41 Fotografen aus Amerika, Europa und Südafrika, ausgewählt von acht Kuratoren, unter ihnen der Fotokünstler Andreas Gursky, aus der Schweiz mit dabei Thomas Seelig vom Fotomuseum Winterthur. Ihre Auswahl beweist: Die Fotografie befindet sich in einem Dezennium der Brüche und Umbrüche. Nicht nur die digitale Revolution verändert und erweitert das Bildermachen, auch der globale Datenraum selbst ist zu einer neuen Ressource geworden. Migration und Globalisierung haben auch die siebte Kunst erreicht, endlich.

Wohin führt uns die Fotografie nach der digitalen Revolution, die Fotografie der Zukunft? Es gibt eine Renaissance der klassischen Themen, wie der Landschaft oder des Porträts. Denn die Neuen, so scheint es, haben sich abgewandt von der Leere und zeigen keine Scheu mehr vor dem Auratischen und dem Sublimen. Und sie arbeiten mit neuen Präsentationsformen, mit Installationen, mit dem Miteinander und dem Durcheinander von Medien und Materialien.

Die neue Fotografie hat zu sich zurückgefunden, sie begreift sich als freie Kunst. Ein schönes Fazit wäre das – wer es glaubt und wer der Totgesagten ein neues Leben verspricht –, freier, spielerischer und vielfältiger als jemals zuvor, das ist ihr zu wünschen.

State of the Art Photography: NRW-Forum, Düsseldorf, bis 22. Mai. Empfehlenswerter Katalog im Feymedia-Verlag, Düsseldorf, 2012

Musik wie Möbel

Ganz ohne Schmah: Je weniger man dem neuen Album von Madonna zuhört, umso mehr Spass kann es machen. *Von Thomas Würdehoff*

Wie erfolgreich, wie durchschlagend, wie weltbewegend es werden würde, konnte man bereits im Dezember wittern. Nun gut, dass die Leser des Branchenmagazins *Billboard* «MDNA» zum heissesten Album des Jahres 2012 kürten, ist wohl eher auf die vorglühenden Erwartungen überschnappender Verkaufsrekorde zurückzuführen. Erstaunlich immerhin, denn Madonna hat die fünfzig längst überschritten – ist also nicht mehr im taufischen, zielgruppentypischen Alter, das für Hysterie und Hypes zuständig ist. Mit 53 lassen die Stars es für gewöhnlich ruhiger angehen.

Wie auch immer: Die Wellen, die das zwölfte Album der Madonna Louise Ciccone schlagen könnte, waren auch zu erspüren, als die National Football League das Endspiel zwischen den New England Patriots und den New York Giants ankündigte. Traditionsgemäss treten in der Halbzeitpause Heldinnen und Helden des Pop auf, um die schwitzenden Massen zu besingen. Das waren in der Vergangenheit mal Bruce Springsteen, mal The Who, nicht zu vergessen Janet Jackson und Justin Timberlake (ja, genau, mit dem legendären Aufreger «Nipplegate»).

In diesem Jahr also Madonna. Im Lucas-Oil-Stadion in Indianapolis würde die Queen of Pop auftreten, eine knappe Viertelstunde lang. Und tatsächlich, der Gig am 5. Februar konnte sich sehen lassen: Mit blitzendem Lichtspektakel, 100 Trommlern, einem 200-köpfigen Gospelchor und 150 Tänzern, die als Gladiatoren verkleidet (in eigens von Calvin Klein dafür entworfenen schwarzen Trikots) Madonnas Triumphwagen hereinzogen. Am Ende hatte das Regie-Team des Cirque du Soleil 320 Stunden an der Show getüftelt und probiert, einer Show, die in knapp 13 Minuten ein wahnwitziges Welttheater der sportlichen Effekte bot, das einem schier den Atem nahm. Zweck der ganzen Übung: die Präsentation von «Give Me All Your Luvin'», Madonnas Single-Auskopplung, inklusive genial eingebauten Werbespots für sich selbst: Mit «L! U! V! Madonna! Y! O! U! You wanna!» lässt sich die Primadonna des Dancefloors minutenlang im Song von einem Cheerleader-Mädchenchor feiern.

Gage gab es nicht für Madonna, doch vom Prestige- und Werbewert der Veranstaltung könnten Konzerne wie Mercedes oder Nestlé nur träumen: über 110 Millionen Zuschauer weltweit, nicht mitgezählt die Wirkungskraft der schrillen 30-Sekunden-TV-Clips, die das Mega-Spektakel im Staccato wochenlang im Voraus proklamierten. Kein Wunder, dass «MDNA» schon anderthalb Monate vor Erscheinen in

fünfzig Ländern auf Platz eins bei den iTunes-Vorbestellungen raste. Schon wieder ein Rekord.

In der Tat: Alles an diesem Album ist Strategie. Man sagt, Erfolg sei nicht planbar, aber die Umsicht, mit der die Geschäftsfrau Madonna ihre Entscheidungen für das Produkt Madonna trifft, könnte sich auch in den Vorstandsetagen eines Automobilkonzerns sehen lassen. Und ähnlich kühl und methodisch wie BMW arbeitete Madonna an den Songs von «MDNA».

Pro Song ein Produzent

Von Romantik oder Lagerfeuer keine Spur. Die *liner notes* vermelden für die zwölf Songs nicht weniger als zwölf verschiedene Produzenten und Produktionsgruppen, inklusive Koproduzenten und «additional producers». Der persönliche Nachspann der CD liest sich wie die ewig lange Besetzungsliste am Ende einer mittleren Hollywood-Produktion. Und das ist das Erste, was beim Reinhören in «MDNA» auffällt: Der DNA-Code dieser Frau ist offensichtlich auf grosse Leinwand programmiert – «Think Big!» lautet das Motto dieser Musik. Madonna kleckert nicht, sie klotzt. Madonna ist Metropole. «Jedes Lied klingt anders», staunte der US-Komiker und Late-Night-Show-Moderator Jimmy Fallon beim einzigen Interview der Lady fürs neue Album – und in der Tat: Madonna stellte die Songs zusammen wie ein Modelabel die neueste Kreation. Songs für den Nachmittag, fürs Cruising über die Brooklyn Bridge, für Pustebumen-Sex nachmittags im Central Park, treibende Dancefloor-Ekstase für die angesagten Klubs dieser Welt, ausgelassene Frivolitäten bei Champagner im schwarzen Hochgeschlossenen.

Es gab keine Band beim Einspielen dieser Songs, es gab Teams. Produktionsteams wurden zusammengestellt, als gelte es, ein Auto zu entwerfen. Oft listen die Credits auf «MDNA» bis zu acht Autoren (inklusive Madonna) pro Song auf. Darunter Leute wie William Orbit (der schon «Ray of Light» mit ihr produziert hatte), Benny Benassi oder der französische DJ Martin Solveig, die oft nur eine Wendung, einen Sound, eine Farbe beisteuerten. Einst hatte der Komponist Erik Satie (1866–1925), ein Landsmann Solveigs, von einer *musique d'ameublement* geträumt, einer Musikinstallation, die Möbel ersetzen kann – und etwas Ähnliches kann Madonna mit «MDNA» bieten.

«MDNA» entfaltet seine stärkste Wirkung in einem Klub, in einem fahrenden Cabriolet – oder im Nebenzimmer. Ohne Schmah: Je weniger man «MDNA» zuhört, umso mehr Spass kann das Album machen. Madonna verbreitet

das angenehme Gefühl, in einer aufgeräumten, modern gestylten Wohnung zu sein, ausgestattet mit dem übermütigen und sommerlichen Chic der Sorglosen, voll munterer Erwartung und erfrischender Leichtgängigkeit. Ab und an schlängelt sich auch eine schöne Melodie durch die Tür in die Gehörgänge. Gute-Laune-Musik – und das ist nicht wenig. Wie gesagt, fürs Nebenzimmer.

Hört man «MDNA» aber mit vollem Bewusstsein an, wird einem schnell fad und leer. Dann geht das Gestampfe der Drum-Beats sehr schnell auf die Nerven und die eingängigen, mitunter sehr schlichten Gesangslinien, die doch sehr aufgeplusterte Produktion; dann wird man auch der Textfetzen überdrüssig, die oftmals so teuflische Prälaten-Delikatessen wie «I'm a sinner» oder «get down on your knees and pray» zu bieten haben – besonders aufreizend, wenn sie (mit sehr viel Unschuld im Vortrag) von einem *naughty girl* wie Madonna gesungen werden. Aber für philharmonische Ohren ist «MDNA» schliesslich nicht gebaut worden.

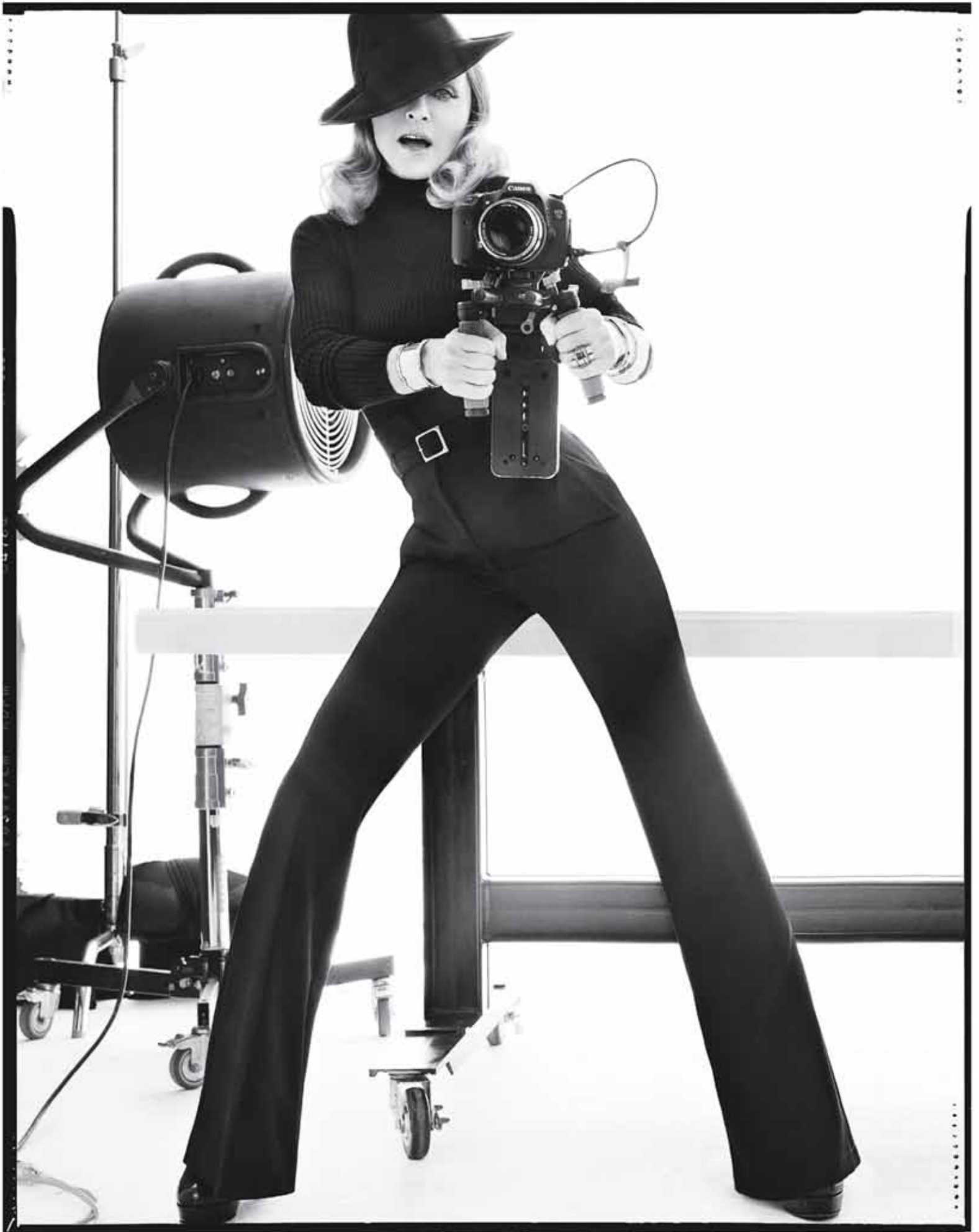
Madonnas Interessen sind – abgesehen vom Drang zu Fitness und Jugend – doch auch von der Lust aufs Geschäft geleitet. Im Jahr 2007 hatte sie bereits einen sogenannten 360-Grad-Deal (ein Vertrag, der sich auf sämtliche Aktivitäten bezieht) mit dem Veranstalter Live Nation Entertainment und Interscope Records über drei Alben unterzeichnet, der ihr eine Garantiesumme von geschätzten 120 Millionen Dollar zusicherte. Und natürlich möchte Live Nation Konzerte in grossen Stadien veranstalten – die dazugehörenden CDs sollten also besser Megaseller-Niveau haben.

Reiner Kommerz, könnte man an dieser Stelle nölen, aber das hiesse, sich über weisse Schimmel zu ereifern. Immerhin war das Werk den Diadochen des deutschen Feuilletons, *FAZ* und *Süddeutsche Zeitung*, es wert, die Rezensionen des Albums am gleichen Tag in identischem Layout als durchintellektualisierte Aufmacherartikel zu lancieren. Und wenn Madonna an einer Stelle besprochen wird, wo allenfalls eine Gerhard-Richter-Retrospektive, ein frischer Handke oder der letzte «Ring» aus Bayreuth verhandelt wird, dann kündigt «MDNA» nicht nur von durchgeknallten Kettenmolekülen, sondern auch von brisanten Zeitgeistthemen: Mode, Stress, Konkurrenz, Alter und Lust auf Jugend. Und wieder mal: von Kunst und Kommerz.

Das ist weit mehr, als manch ein zergrübelter Liedermacher zu bieten hat. Und sicherlich mehr, als Lady Gaga zurzeit von sich preisgibt. Denn Lady Gaga spinnt mit ihren bemühten Variationen lediglich das Geschäftsprinzip Madonnas fort. Madonnas künstlerischer Vorfahr wirkte im vergangenen Jahrhundert.

Hier ist sie also – die wahre Nachfolgerin von Andy Warhol.

Madonna: «MDNA». Universal



Sommerlicher Chic der Sorglosen: Madonna.

Grün-revolutionäre Dichtung

SVP-Nationalrat Oskar Freysinger hat eine Erzählung geschrieben. Leider kann er die Kampfsprache nicht ganz lassen.

Von Andreas Gross



Farbenprächtige Blumenlandschaft: der Walliser Autor und Politiker Freysinger.

Oskar Freysinger ist in der Westschweizer Öffentlichkeit nicht zu überhören. Er gehört zu den lautesten Stammgästen des welschen Radios: Der Unterwalliser geht keinem Streit aus dem Weg, auf Französisch, immer sehr direkt, deftig, manchmal grob. Seit seinem Kampf gegen die Minarette in der Schweiz, seinem Kreuzrittertum gegen den Islam und seinen Verbrüderungen mit europäischen Rechtsradikalen von Marine Le Pen bis Geert Wilders ist er in der Romandie so berühmt wie berüchtigt.

Im Nationalrat, wo Freysinger als Einziger, nicht nur von der SVP, den Rossschwanz mit dem Anzug zu verbinden weiss, spricht er manchmal auch deutsch, fast bühnendeutsch, und dies hört sich mit einem leicht österreichischen Akzent in der Form ungleich feiner, leichter, fast vornehm an.

Elisabeth Kopps lobendes Vorwort

Wenn nun das Walliser Mitglied des serbischen Autorenverbandes im Weltbild-Verlag, einem der grössten Verlagshäuser Europas, in dem auch Joachim Gaucks «Freiheit. Ein Plädoyer» zu haben ist, ein Büchlein herausgibt, «eine Erzählung» unter dem Titel «Löwenzahn», dann macht dies neugierig.

Erst recht, wenn es von der ersten Frau im Bundesrat, Elisabeth Kopp, so lobend einge-

führt wird. Die Alt-Bundesrätin von der Zürcher Goldküste distanziert sich zwar von den «politischen Ideen des Autors», billigt aber seinen «literarischen Werken» eine «hohe Qualität» zu und verspricht allen, welche «allfällige Vorurteile ablegen», für die Lektüre «eine reichliche Belohnung».

Womit hat sich Freysinger den Zuspruch der Pionierin unter den helvetischen Ökoliberalen verdient? Seine Erzählung «Löwenzahn», schon vor einem Jahr auf Französisch erschienen und vom Berner Zytglogge-Verlag abgelehnt, ist am ehesten als Fabel, als ein kleines Märchen für Alt und Jung einzuordnen. Die Geschichte handelt von einem «alten Mann an der Suone», so der Untertitel, einem leicht verschrobenen grünen Rebell, welcher ganz handfest gegen die im Rhonetal nicht wenig verbreitete Monokultur des eintönigen, aber einträglichen Rebbaus («Fusel») aufbegehrt. Dazu sät er entlang eines drei Kilometer langen Wasserlaufes («Suone») mitten im Rebhang jede Nacht über Jahre hinweg immense Mengen von unterschiedlichen Blumen- und Kräutersamen, die nach und nach, gegen teilweise heftigen Widerstand der Rebbauern, deren Monokultur in eine überaus lebendige, vielfältige und farbenprächtige Blumenlandschaft verwandeln.

Freysinger erzählt die Kurzgeschichte aus der Perspektive des von seiner Mutter verlassenen Enkels. Der Grossvater hat sich ihm angenommen und führt den Jüngling in die aufmüpfige Kunst der Botanik und jener besonderen grünen «Revolution» liebevoll ein. Wobei dieser Aufstand nicht nur dem Jungen die Augen öffnet für die verborgenen Schönheiten und möglichen Alternativen dieser Welt, sondern auch den alten Opa, der zuvor dreimal vergeblich versucht hatte, sich aus dieser Welt zu verabschieden, seinen Lebensmut wieder finden lässt.

Das Herz spricht selten

Oskar Freysingers linguistischer Stammbaum ist etwas kompliziert. Er ist als Sohn eines deutschsprachigen und literarisch gebildeten Tiroler Handwerkers und einer perfekt zweisprachigen Mutter, ihres Zeichens Krankenschwester, im welschen Walliser Hauptort Sitten aufgewachsen, ging dort aber immer auf eine deutschsprachige Schule und lehrt heute dort am Gymnasium auf Deutsch deutsche Literatur.

Dass Deutsch die Sprache seines Herzens ist und Französisch seine (Strassen-)Kampfsprache, hört man wie gesagt selbst im Nationalratsaal, wo von dem Herzen selten viel zu spüren ist. Seine Fabel hat Freysinger tatsächlich nahe am und fürs Herz geschrieben. Offenbar stand die Rekonvaleszenz von einer schweren Herzerkrankung auch am Anfang der Idee und Konzeption dieses Büchleins. Doch Freysinger hat mit den Jahren immer weniger deutsch gesprochen und dabei noch seltener das Herz sprechen lassen. Und so schleichen sich nun beim Verfassen seiner Herzensfabel immer mal wieder Begriffe aus der politischen Kampfsprache in eine Poesie ein, die dort Fremdkörper bilden und diese stören. Das schmälert das kopsche Versprechen von der reichlichen Erbauung doch sehr.

Von dieser Kritik sollte sich Freysinger jedoch nicht entmutigen lassen und seinen Weg weg vom Porno-Poeten der SVP-Parteitage vergangener Zeiten über den Polit-Haudegen jüngster Tage hin zum grün-revolutionären Fabeldichter weitergehen. Vielleicht wäre es der Überzeugungskraft seiner Politikdiskurse sogar ganz zuträglich, wenn er umgekehrt ab und zu auch auf Französisch seine Sprache des Herzens erklingen lassen würde.

Andreas Gross ist Nationalrat der SP.



Erzählung

Oskar Freysinger: Löwenzahn.
Weltbild, 63 S., Fr. 19.90

Die letzten Gladiatoren

Der Circus Knie setzt auf Mannsbilder von antiker Gestalt. Wie lange noch? *Von Rico Bandle*

Ihre Blicke sind nach unten gerichtet, nur die strammen Bauchmuskeln glänzen im schummrigen Licht. Die Scheinwerfer drehen auf, pathetische Heldenmusik erklingt, dann stehen sie da, in ihrer ganzen Pracht: die Muskelpakete Leosvel Almeida Gutierrez und Diosmani Agüero León. Die beiden Kubaner sind mit ihrer Vertikalmast-Nummer der Höhepunkt des diesjährigen Knie-Programms. Wenn sie sich voller Grazie und Geschmeidigkeit die Stange hochwinden, waagrecht wie eine Fahne im Wind daran hängen – und am Schluss der eine auf dem in der Luft liegenden Körper seines Partners posiert –, wird einem bewusst, zu was so ein Mannkörper eigentlich fähig ist.

Die offensive Zurschaustellung testosterongetränkter Physis mit geschwellten Oberkörpern, heroischen Gesten und in machohaften Posen: Im neuen Programm des Circus Knie sind die adonishaften Artisten über die ganze Vorstellung überaus auffallend, nicht nur beim herausragenden Duo Leosvel/Diosmani. Das liegt nicht etwa daran, dass die Männlichkeit in diesem Programm stärker gefeiert wird als in der Vergangenheit, sondern daran, dass andere archaisch anmutende Ausprägungen der Unterhaltung mittlerweile aus der Manege verschwunden sind.

Spiegel der Political Correctness

Um die Massen anzulocken, versuchte der Zirkus schon immer, menschliche Instinkte anzusprechen – und ging dabei immer so weit, wie es noch als gesellschaftlich akzeptabel und familientauglich durchging. Die Entwicklung des Zirkus verläuft dementsprechend parallel zu der Entwicklung der Political Correctness. Vor rund siebzig Jahren verschwanden die Völkerschauen, die mit Slogans wie «Echte Neger aus dem Urwald» beworben wurden, dann die Zurschaustellung abnormer Menschen – im «Knie» ist der kleinwüchsige Programmheftverkäufer Speedy ein letztes Überbleibsel aus jener Zeit. Auch die Tiernummern werden immer angepasster: Affen, die in Menschenkleidern Federball spielen oder mit Sonnenbrille im Liegestuhl liegen, sind heute undenkbar, Raubtiere gibt es im «Knie» seit vielen Jahren nicht mehr. In einer Zeit, in der drei Delfine das Schweizer Parlament aufhalten, sind ausgefallene Tiernummern wenig opportun. Nur die klassischen «Knie»-Pferde und -Elefanten drehen dieses Jahr ihre Runden im Sägemehl.

Auch der Feminismus hat seine Spuren hinterlassen: Nummerngirls wurden schon lange keine mehr gesichtet, dekorative Assistentin-



Wie eine Fahne im Wind: León (oben), Gutierrez.

nen, die den Jongleuren tänzelnd die Keulen zuwerfen, gibt es keine mehr, und die hübschen Akrobatinnen scheinen ebenfalls züchtiger angezogen zu sein als auch schon.

Nur bei den Männern hat sich über all die Jahre nichts verändert: Sie stellen ihre Muskeln noch immer zur Schau wie eh und je – doch dürfte es auch hier eine Frage der Zeit sein, bis ein Männerbeauftragter eine Diskriminierung ortet und die Oberkörper mit Tuch verdeckt werden.

Der Zirkus ist in diesem Sinne ein Spiegelbild des Zeitgeists. Zurzeit bedeutet dies: Man setzt auf Artistik ohne viele Hilfsmittel und Knalleffekte. Nebst den beiden Kubanern am Masten sei vor allem die Kanadierin Valérie Inertie hervorgehoben, die in ihrer Tanzakrobatik-Nummer mit einem überdimensionierten Hula-Hoop-Reifen voller Eleganz herumwirbelt und rotiert.

Und da ist auch noch der Schweizer Komiker und Magier Michel Gammenthaler. Auf kleinen Bühnen gehört er mit seiner filigranen Zauberei und seinen schrulligen Figuren zweifellos zu den Besten seines Fachs; in der Manege, dem Ort der grossen Illusionen, wirkte er an der Premiere noch unsicher. Er muss seinen Platz im Zirkuszelt noch finden.

Circus Knie: Passion Cirque. Auf Schweizer Tournee bis 18. November.

Rollins' andere Seite des Mondes

Von Peter Rüedi

Der Mensch tendiert zu Paarbildung. Die Kulturgeschichte ist voll von Zwillingen, welche sich von der Öffentlichkeit zu Dioskuren verklammert sehen: Goethe und Schiller, Gottfried Keller und Gotthelf, Frisch und Dürrenmatt. Der Jazz ist da keine Ausnahme. Lester Young und Coleman Hawkins wurden geradezu zu anthropologischen Gegensätzen stilisiert, zum cool-apolinischen und zum heiss-dionysischen Prinzip. Das setzte sich auf andere Weise eine Generation später in den beiden Antagonisten John Coltrane und Sonny Rollins fort. Zum Nachteil des Letzteren. «Train» rauscht wie ein Güterzug in die modale Zukunft des Jazz, während Rollins' rhythmisch vertrackte, kleinteiligere Kunst scheinbar etwas gestrig klang, wiewohl sie viel von Ornette Coleman vorwegnahm.

Wie auch immer, der «Saxophone Colossus» (ein Plattentitel von Rollins) geriet in eine veritable Krise und zog sich während fast zweier Jahre von der Szene zurück. Zuvor hatte er sich allerdings auf seine Weise als Entfesselungskünstler versucht: im pianolosen Trio, zum Beispiel in den legendären Live-Aufnahmen aus dem «Village Vanguard» mit Elvin Jones oder Pete La Roca am Schlagzeug. In diesem Format tourte er 1959 durch Europa, mit nämlichem La Roca am Schlagzeug und mit dem fundamentalen Henry Grimes am Bass.

Das Konzert am 5. März 1959 im Volkshaus Zürich war das erste Jazzkonzert meines Lebens. Es liegt jetzt wieder vor, als Teil einer kompletten Dokumentation jener Tournee. Ein ganzer Auftritt in Frankfurt überhaupt zum ersten Mal: stark die Musik, etwas handicapiert die Tontechnik. Ansonsten ist der Sound erstaunlich gut und Rollins auf einem Niveau, das den folgenden Absturz in Selbstzweifel schwer verständlich macht: raumgreifend, mächtig, mit sardonischem Witz und viel Ironie. Grimes ist ein fabelhafter Tiefenarchitekt, La Roca kongenial im Setzen von Widerhaken. Einzig mit Kenny Clarke an den Drums auf CD 3 (Aix-en-Provence) wird die Sache etwas altväterlich. Sonst: ein Muss. Die andere Seite des Mondes (von Coltrane aus gesehen).



Sonny Rollins Trio: Live in Europe 1959. Complete Recordings. 3 CDs, Solar Records 4569910

Top 10

Knorr's Liste

1	Hugo	★★★★★
	Regie: Martin Scorsese	
2	Take Shelter	★★★★☆
	Regie: Jeff Nichols	
3	Intouchables	★★★★☆
	Regie: O. Nakache / E. Toledano	
4	The Best Exotic Marigold Hotel	★★★★☆
	Regie: John Madden	
5	Headhunters	★★★★☆
	Regie: Morten Tyldum	
6	Haywire	★★★★☆
	Regie: Steven Soderbergh	
7	Poupoupidou	★★★★☆
	Regie: Gérald Hustache-Mathieu	
8	The Hunger Games	★★★☆☆
	Regie: Gary Ross	
9	The Iron Lady	★★★☆☆
	Regie: Phyllida Lloyd	
10	John Carter	★★★☆☆
	Regie: Andrew Stanton	

Kinozuschauer

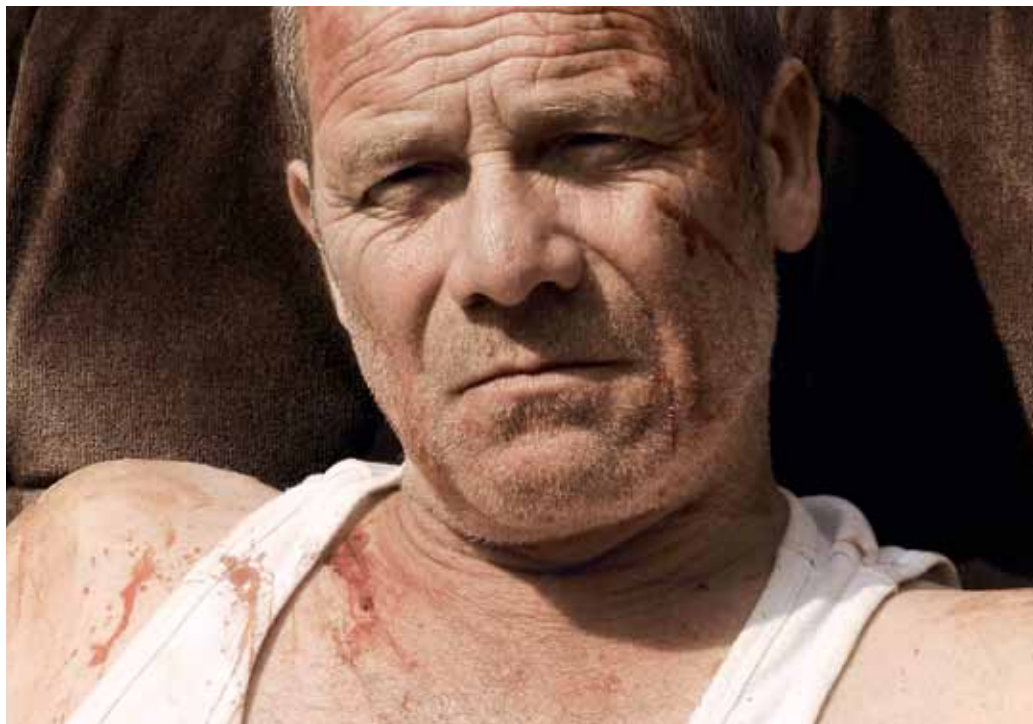
1 (-)	The Hunger Games	29 186
	Regie: Gary Ross	
2 (1)	Intouchables	16 617
	Regie: O. Nakache / E. Toledano	
3 (2)	This Means War	7 699
	Regie: McG	
4 (5)	The Best Exotic Marigold Hotel	5 287
	Regie: John Madden	
5 (6)	The Iron Lady	4 732
	Regie: Phyllida Lloyd	
6 (4)	Contraband	4 328
	Regie: Baltasar Kormákur	
7 (3)	John Carter	3 321
	Regie: Andrew Stanton	
8 (8)	Safe House	2 668
	Regie: Daniel Espinosa	
9 (7)	Journey 2: The Mysterious Island	1 984
	Regie: Brad Peyton	
10 (-)	Take Shelter	1 469
	Regie: Jeff Nichols	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Killer Elite (Impuls)
2 (-)	In Time (Fox)
3 (1)	Aushilfsgangster (Universal)
4 (-)	The Guard (Ascot Elite)
5 (3)	Wickie auf grosser Fahrt (Rainbow)
6 (2)	Abduction (Impuls)
7 (4)	Paranormal Activity 3 (Rainbow)
8 (5)	Die drei Musketiere (Rainbow)
9 (6)	Johnny English (Universal)
10 (8)	Footloose (Rainbow)

Quelle: Media Control



Vom Leben verschüttet: Joseph (Peter Mullan).

Kino

Die Seelen-Höllen

«Tyrannosaur» ist eine faszinierende Liebesgeschichte in der Tradition des «Spülstein-Realismus».

Von Wolfram Knorr

Joseph (Peter Mullan), bärbeissig, stählern, ist ein wandelnder Vorschlaghammer, dessen Emotionsterrain komplett vermint ist und jeden zerfetzen kann, der ihm zu nahe tritt. Selbst sein Hund, der nur ein wenig bellt und um seine Beine streicht, wird Opfer seiner Unbeherrschtheit. Ein Kerl aus der emotionalen Steinzeit, ein Tyrannosaurus. Sein sozial verrohtes Umfeld ist für ihn nur schwelendes Kriegsgebiet; von den Kaschemmen bis zu den Rattenloch-Hinterhöfen; behaust von mitleidlosen Nachbarn und Kinderquälern. Er selbst bewegt sich nurmehr unbehauen zwischen den Trümmern seines Lebens, ständig am Rande brachialer Ausbrüche – bis er auf Hannah (Olivia Colman) stösst: verheiratet, gläubig, liebenswert, Mittelstand. Das pure Gegenteil.

«Tyrannosaur – eine Liebesgeschichte», das Spielfilmdebüt des britischen Schauspielers Paddy Considine («The Bourne Ultimatum») ist tatsächlich eine Lovestory; eine über zwei Menschen, die, vom Leben verschüttet, fast wörtlich aufeinander zukriechen. Sie betreibt einen Secondhand-Laden, in den es ihn spült, um sie nach ersten störrischen Gesprächen als wohlfeilen Gutmenschen aus besserem Quartier zu beschimpfen, die sich mit ihrer Gottgefälligkeit zu salvieren versucht. Mit wüster Zertrampelungswut macht der fünfzigjährige

Witwer, von Familie, Gott und der Welt verlassen, den letzten Rest ihres Gefühlsgeheges kaputt.

In Wahrheit ist Hannah schlimmer dran als Joseph; eine geschundene Seele, in deren gutbürgerlichem Dasein das Grauen nistet. Ihr Ehemann (Eddie Marson), ein von Minderwertigkeiten und Eifersuchtsrasereien gebeutelter Wicht, kann nur durch gruselige Ekligkeiten sein Ego stützen; er schlägt, demütigt, misshandelt sie. Ihr Heim ist eine Hölle, bis sie sich gewaltsam hinausprengt. «Tyrannosaur» ist eine nichts beschönigende Zumutung. Wo der Zuschauer Voyeurismus «erwartet», potenziert Considine die – fast physische – Drastik, indem er immer auf Distanz bleibt. Etwa, wenn ein Nachbar seinen Pitbull auf das Kind seiner Geliebten loslässt und die Kamera auf Josephs Höhe bleibt, der vom verwahrlosten Garten seines gegenüberliegenden Hauses zusieht.

Es sind die Verletzungen der Vergangenheit, die beharrlich, mit quälender Grausamkeit die Gegenwart von Joseph und Hannah bestimmen. Es ist schon frappierend, wie Considine einen naturalistisch erzählten Vorgang und seine gleichnishafte Übersetzung und Überhöhung mühelos vereint. Ein grosser Gewinn sind die beiden begnadeten Schauspieler in der Tradition des «Spülstein-Realismus».

Mullan und Colman, die lädierten Seelen, machen den Prozess, sich aus ihren Verpuppungen durch vorsichtige Annäherung zu quälen, zu einem ungewöhnlichen, hochgegenwärtigen Erlebnis. ★★★★★

Weitere Filmstarts

The Pirates! Band of Misfits — Der britischen Knetgummi-Aardman-Fabrik, die seit «Wallace and Gromit» Kultstatus genießt, ist mit ihrem neuen Langfilm ein Wurf gelungen, der selbst die Pixar-Filme («Wall-E») an Witz und Einfallsreichtum überflügelt. Ein gutmütiger Piratenkapitän (gesprochen von Hugh Grant) möchte unbedingt auch mal den «Pirate of the Year»-Award gewinnen; doch seine Beute ist albern. Die Konkurrenz triumphiert. In einem letzten Aufbäumen geht der Captain auf Raubzüge und erbeutet lediglich – Charles Darwin, auf der «Beagle» unterwegs ins Subtropische. Weil der Captain aber einen dicken «Papagei» auf der Schulter trägt, in dem Darwin sofort den seltenen Vogel Dodo erkennt, will er mit ihm auf dem Wissenschaftler-Kongress in London auch einen Preis gewinnen. Damit beginnt eine schräge, irrwitzige Hatz querbeet durch allerlei akademische Heiligtümer und Filme, wie es nur die Briten zustande bringen. Die Anspielungen, Zitate und Verweise überschlagen sich. Ein grosses Vergnügen – aber nur im Original! Die blasiert-



Grosses Vergnügen: «The Pirates!».

näselnden Stimmen sind untrennbar mit den Figuren verknüpft! ★★★★★

The Woman in Black — Zauberlehrling Potter hat sich zu einem Anwalt namens Kipps (Daniel Radcliff) gemeldet, der furchtbar unter dem Tod seiner geliebten Frau leidet und dadurch die Arbeit in der Kanzlei vernachlässigt. Sein Chef gibt ihm, Vater eines kleinen Jungen, eine letzte Chance: im britischen Hinterland den Nachlass einer verstorbenen Lady zu regeln. Die Einwohner des Kaffs zeigen sich extrem unzugänglich und hauen Kipps die Türen vor der Nase zu – wie in den «Dracula»-Filmen der Hammer-Produktionen. Statt eines Vampirs holt ein weiblicher Geist Kinder in ihr Jenseits. James Watkins («Eden Lake») drehte den Gruselthriller mit ein bisschen zu viel Geisterbahn. Aber Milieu und Atmosphäre sind von alter «Dracula»-Tradition, und die Schlusspointe ist wirklich gelungen. ★★★★★



Viel Geisterbahn: Kipps (Daniel Radcliffe).

Wut. Der Krawall zwischen den Göttern und Titanen geht in die nächste Runde. Die ist weder ironisch, noch ist sie einfallsreicher als die erste, dafür noch plärrender, radauiger und polternder, und die Feuer- und Qualm-Trick-Monstereien sind – wie die Sachsen beim Anblick von Unglaublichem sagen – pomfortionös. ★★★★★

Wrath of the Titans — Kawumm, Brüll, Donner, Krach. Der Krawall zwischen den Göttern und Titanen geht in die nächste Runde. Die ist weder ironisch, noch ist sie einfallsreicher als die erste, dafür noch plärrender, radauiger und polternder, und die Feuer- und Qualm-Trick-Monstereien sind – wie die Sachsen beim Anblick von Unglaublichem sagen – pomfortionös. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

«John Carter» soll ein gewaltiger kommerzieller Flop sein. 250 Millionen Dollar habe er gekostet. Wie kann so etwas passieren?



Mal abgesehen davon, dass «Carter» sogar 350 Mio. gekostet hat (100 Mio. Werbebudget), ist die Pleite kein Einzelfall. Filme sind ein Risiko. Seit die Übertrumpfungsmentalität und die Marktforscherei das Zepter mehr oder weniger übernommen haben, glaubt man, das Risiko im Griff zu haben, und

trumpft mit Riesensbudgets auf. Inhalte werden zur Nebensache. Ein Klassiker war der Monumentalschinken «The Fall of the Roman Empire» von 1964. Riesiger Aufwand, tolle Besetzung, Superbreitwand, aber keiner hat gefragt, ob Antikfilme noch in sind. 20 Mio. Kosten, 1,9 Mio. eingespielt. Ein Albtraum für die Branche war der Western «Heaven's Gate» (1980), der die «United Artist» mit in den Orkus riss. 44 Mio. Kosten, 1,5 Mio. eingespielt.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Radio-Kritik

Zwei Stunden Selbsterklärung

Von Rico Bandle

Das Radio und das Fernsehen in der Deutschschweiz traten einst unter demselben Kürzel auf: DRS. 1993 fand der damalige SRG-Generaldirektor Antonio Riva, das Fernsehen solle anstatt TV DRS neu SF DRS heissen. Zwölf Jahre später entledigte sich Nachfolger Armin Walpen beim Fernsehen der Buchstaben «DRS», seither heisst der Sender Schweizer Fernsehen (SF), das Radio blieb bei DRS.

Auch der derzeitige Generaldirektor Roger de Weck macht beim munteren Namenswechselfeld mit. Er möchte, dass Fernsehen und Radio unter demselben Kürzel auftreten. So wie vor 2005. Doch anstatt die über Jahrzehnte eingeführte Marke DRS beim Fernsehen wieder einzusetzen, heissen bald alle Sender «SRF», das gute alte «DRS» verschwindet.

Offenbar haben nicht wenige Zuhörer Mühe damit, dass ihr Radio plötzlich anders heissen soll – und legten Protest ein. Jedenfalls sahen sich die DRS-, SRG-, SRF- (oder wie auch immer) Verantwortlichen letzten Freitag genötigt, eine zweistündige Sendung auf DRS 1 einzuberufen, in der sie sich rechtfertigten und Zuschauerfragen beantworteten. Der SRF-Programmleiter Hansruedi Schoch, die DRS-1-Leiterin Heidi Ungerer und der Creative Director von SRF, Alex Hefter, gaben sich alle Mühe, das aufgebrachte Publikum zu beruhigen. «Radio isch nümme nümme Radio, und Fernseh isch nümme nümme Fernseh», sagte Schoch. Heute verschmelzten die beiden Medien im Internet, deshalb sei es nötig, den «Logo-Salat» auszumisten. Was er nicht sagte: dass es durchaus denkbar ist, dass beim nächsten Chefwechsel das «DRS» wieder zurückkommt. Genauso, wie das von Armin Walpen eingeführte «idée suisse» im SRG-Schriftzug mit der Einsetzung Roger de Wecks wieder abgeschafft wurde.

Wenn sich jemand zwei Stunden abmühen muss, um den Hörern zu erklären, weshalb ihr Sender unbedingt drei neue Buchstaben braucht, so zeigt dies, dass etwas nicht stimmt. Die Tradition der Selbstprofilierung der SRG-Chefs durch Logo-Wechsel in Ehren, sich dafür aber einer über fünfzig Jahre alten, lieb gewonnenen Marke zu entledigen, ist doch eher fahrlässig.

Soziales Handicap

Wer es in die exklusiven Golfclubs schafft. Ein Beautysalon feiert Eröffnung. Von *Hildegard Schwaninger*



Höhere Weihen der Aufnahme: Golfclub.

Wer in einen der Zürcher Golfclubs eintritt, versucht, sein soziales Handicap zu verbessern. Deswegen wird am Anfang des Jahres immer darüber gemunkelt, wer die höhere Weihe der Aufnahme in einen der teuren Golfclubs schafft. **Philipp Hildebrand** ist seit einigen Jahren Mitglied im Golfclub Zumikon, dem prestigeträchtigsten Klub der Schweiz. Mit dem Ex-Schwimmer hat man damit, unter den vielen eher unsportlichen Society-Menschen, auch einen echten Sportler im Klub.

Ganz Ehrgeizige kandidieren gleich an verschiedenen Orten. Wie Multi-CEO **Andreas Schmid** (Barry Callebaut, Flughafen Zürich, Ex-Kuoni). Er streckte seine Fühler sowohl nach Schönenberg als auch nach Zumikon aus. In Zumikon hat er es jahrelang vergeblich versucht, doch nun hat er es, mit Hilfe seines Freundes **Andreas W. Keller** (DKSH), dem Präsidenten des Golf & Country Club Zumikon, geschafft, dort Mitglied zu werden.

In den Golfclubs ist man mit den Aufnahmen sehr vorsichtig, seit einige vor wenigen Jahren aufgenommene Strahlemänner plötzlich nach Karrierepleiten etwas an Glanz verloren. In Schönenberg fühlt man sich durch das, was klubintern das «Dreier-Flight-Infernal» genannt wird (drei gefallene Helden, unter ihnen Ex-UBS-Chef **Marcel Ospel**), etwas belastet.

Im Golfclub Breitenloo wird man deshalb nur noch auf Probe zugelassen. So etwa **Franco**

Bianchi Werhahn, der mit der Schuhfirma Raichle Konkurs machte und in einem schwierigen Scheidungsverfahren mit **Beatrice Werhahn** steckt. Er hofft, die für ihn laufende Probezeit demnächst mit der definitiven Aufnahme in den Klub abschliessen zu können.

Die Konkurrenz unter den Schönheitschirurgen ist gross. Also heisst es kreativ sein. **Enrique Steiger**, **Christophe Christ** und **Christian Niehus** feiern das 15-Jahre-Jubiläum ihrer Clinic Utoquai. Gleichzeitig erwei-



Neuer Beautysalon: Jacqueline Piotaz.

tern sie ihre Gemeinschaftspraxis um den Schönheitssalon Vanity Med. Ein Meilenstein! Chefin des Beautysalons ist **Jacqueline Piotaz**. Sie passt in das luxuriöse Umfeld, ist sie doch

seit Jahren Visagistin der VIPs. Ihr gehört der Salon Vanity Cosmetics im Hotel «Baur au Lac». Für die Jubiläums- und Eröffnungsparty am 19. April wurde Wolf Wagschal engagiert. Er garantiert für besten Champagner und erlebtes Fingerfood.

Die Einladungen zu den Sechseläuten-Partys stapeln sich. Besonders lustig ist es beim Autowasch-Unternehmer **Beat Meyerstein** (Autop), der auf seine Dachterrasse gleich hinter dem Opernhaus einlädt. Hier kommt einfach immer sogenannten alles. Vorwand ist, dass man die Böögg-Verbrennung gut sieht. Hauptattraktion aber sind die Gastgeberqualitäten der Ladys vom «Meylenstein». **Ellen**, **Janine** und **Marlene Meyerstein** verwöhnen ihre Gäste grosszügig und mit viel Charme. Wein und Champagner fliessen, die Bratwürste vom Grill sind exzellent. Schönheitschirurg **Christoph Wolfensberger** bringt jeweils seine Frau **Petra** mit, die Trompete lässt er zu Hause (der Sechseläutenmarsch erträgt keine Konkurrenz). Man sieht viele interessante Frauen. **Shawne Fielding**, **Christine Moor**, Modelady **Rosmarie Amacher**, Visagistin/Fotografin **Adriana Tripa**, Immobilienunternehmerin **Lisa Lindauer**, Cityguide-Unternehmerin **Silvia Affolter**. Nach dem Umzug verirren sich auch ein paar Zünfter auf die Dachterrasse, um sich hier als Hähne im Korb zu fühlen.

Das Treffen bei Beat Meyerstein hat Tradition. Vor zwei Jahren kam es den Gastgeber al-



Sechseläuten-Partys: Shawne Fielding.

lerdings sehr teuer. Er sass auf Mallorca, als der Vulkanausbruch in Island den europäischen Flugverkehr lahmlegte. Meyerstein wollte seine Gäste nicht im Stich lassen. Charterte einen Privatjet, der ihn Richtung Sechseläuten steuerte. Kostenpunkt: 18 000 Euro.

Seit Schönheitschirurg **Christoph Wolfensberger** als Trompeter mit einer Big Band in Deutschland auftrat, nennt man ihn «Herr Dr. Rockstar». Manche sagen ihm auch Lawrence of Arabia, weil er sehr braungebrannt ist, andere Doris Day, wegen seiner erblondeten Haarpracht. Man kann nie genug für seine Schönheit tun.

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Mein Förderband

Unser Kolumnist fährt um die halbe Welt, um über Arme zu berichten (und schaut bei dieser Gelegenheit Orte für Reiche auch an). *Von Mark van Huissing*

Vergangene Woche war ich in Buenos Aires. Bevor ich vom guten Leben erzähle, zwei Sätze oder so darüber, was die andere Hälfte macht (und noch davor das: Ich war Gast der Jacobs Foundation, einer Stiftung mit Hauptzweck Jugendförderung, Wikipedia). Vor einigen Wochen wurde hier über einen Charity-Event von Renata Jacobs, mit der ich bekannt bin, für die «Cartoneros y sus Chicos» berichtet (dabei handelt es sich um Arbeiterfamilien von einer Wiederverwertungsanlage in einem Armenvorort von Buenos Aires). Mit einem Teil des Geldes, das während dieses Anlasses gesammelt wurde (im Ganzen 120 000 Franken), wurden in der Zwischenzeit ein Förderband sowie weitere Anlagen gekauft, die den cartoneros die Arbeit – das Trennen von gesammeltem Abfall, den man verkaufen kann (Papier, Karton, PET-Flaschen et cetera) – erleichtern (MvH begleitete Renata Jacobs, weil es gut ist, wenn eine Stiftung Gutes tut, aber besser, wenn einer darüber berichtet).

Im Norden der Stadt befinden sich Berge von Abfall, den die zirka siebzehn Millionen Einwohner und die Unternehmen der Gegend machen. Dort ist auch die Wiederverwertungsanlage («Wiederverwertungsanlage» ist ein Wort, das vielleicht zu grosse Vorstellungen auslöst – es handelt sich dabei um Hallen aus Blech, in denen der Abfall, den die cartoneros zuvor in den Strassen von Buenos Aires aus zur Abfuhr bereitgestellten Säcken genommen und mit Karren in den Vorort transportiert haben, getrennt wird. Die zwanzig Kilometer in das Zentrum (und wieder retour) legen sie zu

Fuss zurück, weil die Karren nicht in Busse passen.

Die längste Zeit verkauften die Sammler den Abfall unsortiert weiter, jetzt trennen sie Papier, Karton, PET-Flaschen, damit sie weniger betrogen werden und etwas mehr verdienen. Und deshalb das Förderband, das Renata Jacobs, Michael und Katrin Kümin – ein Finanzunternehmer und eine Public-Relations-Beraterin aus Winterthur – sowie Joos Heintz, ein Schweizer Mathematikprofessor an einer Universität von Buenos Aires, für ungefähr sechzig cartoneros-Familien kauften, mit gesammeltem Geld. Abschliessend ein Satz zu Armut, die sonst nicht vorkommt in dieser Spalte (Armut an materiellen Dingen jedenfalls nicht): Sie hat kein schönes Gesicht und keinen schönen Körper, die Abfallsammler haben dicke Bäuche, Übergewicht, vom ungesunden Essen. Das nächste Vorhaben von Renata Jacobs und den anderen ist eine Betreuungseinrichtung für Kinder der cartoneros-Familien (und das sind viele) ebendort.

In den Gegenden der Stadt mit Namen Recoleta, Palermo und Las Cañitas merkt man nichts von *la miseria*. Es gibt dort Geschäfte, die Waren verkaufen, wie man sie aus der Schweiz kennt (obwohl MvH findet, man müsse für ein Accessoire von Louis Vuitton oder eine Uhr von Breitling nicht um die halbe Welt reisen). Was fehlt in seinen Augen: Designer, die den Gaucho-Stil sowie dortiges Handwerk, in unsere Zeit übertragen plus für Städter geeignet, anbieten (Ihr Kolumnist war bei La Martina, um nicht ohne Einkäufe heimzufahren).

Eine andere Geschichte sind Restaurants und Hotels. Ich empfehle das «Alvear Palace», so etwas wie das «Baur au Lac» der Stadt, ein Hotel, das es anderswo nicht gibt (Dieter Meier wohnt auch dort, wenn er in Buenos Aires ist; Vorsicht, ein Scotch kostet umgerechnet 115 Dollar in der Halle). Wenn wir es davon haben: Gewöhnliche Argentinier dürfen keine Devisen mehr kaufen beziehungsweise annehmen, das haben Politiker und Beamte entschieden. Deshalb werden im Augenblick kaum Wohnungen und Häuser verkauft – *porteños* (Einwohner von Buenos Aires) tauschen nicht Liegenschaften gegen Pesos (schade, ein schönes Haus in Palermo gäbe es bereits für 400 000 Dollar, eine kleine Wohnung für einen Viertel).

Essen soll man, natürlich, Fleisch, und zwar von dort (nicht Kobe-Rind, das auch zu haben wäre). Ich empfehle «Fervor» (so etwas wie die «Kronenhalle» mit jüngeren Gästen), «Lo de Jesus» (erinnert an «Balthazar» in Manhattan) sowie «Osaka» (für die, die einmal Ceviche möchten zur Abwechslung, wie *yours truly*).

An Tango, nebenbei, kommt man nicht vorbei. Die gute Nachricht: Es gibt auch eine zeitgemässe, im Grunde untergrundmässige Ausfuhrung davon, im «La Catedral»-Klub zum Beispiel (unbedingt hingehen, aber nicht vor 02.00 Uhr oder so).

Gesellschaft

Testballons

Von Beatrice Schlag — Schwierige Entscheidungen und keine Harmonie der Geschlechter.

Das Märchen, dass Frauen irrationaler entscheiden als Männer, haben Gehirnforscher schon vor Jahren entlarvt. Frauen mag beim Autokauf die Farbe wichtiger sein als Männern. Dafür



pochen Männer auf Motoren, die schneller auf 180 km/h beschleunigen, als man zum Einsteigen braucht, was bei einem Tempolimit von 120 km/h nicht wirklich Sinn macht. Gleich kühn hingegen entscheiden beide, wenn es darum geht, Geld zu gewinnen. Bei einem zu Forschungszwecken veranstalteten Wettbewerb im Ballonaufblasen in Kalifornien, wo dem Sieger eine ordentliche Summe winkte, pusteten stressfreie Frauen und Männer mit gleicher Beherztheit los. Dass die Forscher nicht am grössten Ballon, sondern an der Frage weiblicher und männlicher Risikofreude interessiert waren, wussten sie nicht.

Das Verhalten unterschied sich, wenn die Ballonaufbläser unter persönlichem Stress standen. Dann pusteten die Frauen deutlich zurückhaltender und die Männer sehr viel kräftiger. Die Frauen gaben zu früh auf, bei den Männern platzten die Ballons reihenweise. Das müsste einen nicht kümmern, wenn es bei wichtigeren Entscheidungen nicht auch so wäre. Aber offenbar funktioniert die Börse wie ein Ballonwettbewerb unter Stress.

Letztes Jahr untersuchte die University of California in Davis bei Sacramento 27 000 Investoren auf ihr Verhalten bei realen Hochrisiko-Geschäften. Es ging um grosse Summen, entsprechend gestresst waren die Investoren. Das Ergebnis müsste jeden Millionär überzeugen, sein Geld schleunigst einer Frau anzuvertrauen. Die Männer tätigten 45 Prozent mehr riskante Geschäfte als Frauen und schnitten beim Gewinn deutlich schlechter ab.

Wir haben Ähnliches schon öfter gehört. Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus vergibt Mikrokredite in Bangladesch fast ausschliesslich an Frauen. 2008 erregten isländische Bankerinnen Aufsehen, die vergeblich vor einem finanziellen Kollaps gewarnt hatten. Es ist wie beim Autofahren. Jede Versicherung bestätigt, dass Frauen sicherer Autofahren als Männer. Sicherer vielleicht, sagen Männer, aber sicher nicht besser.

Wir notieren die Sommerzeit

Von Jürg Zbinden

1 — Michael Herz und Graeme Fidler, die kreativen Nachfolger von Brian Atwood, haben bis dato einen guten Job gemacht. Ihr Look ist puristischer, die Liebe zum Detail ist nicht verlorengegangen, sondern noch augenfälliger geordnet. Das olivgrüne Lederkleid mit nach oben versetzter Taille zieht unweigerlich alle Blicke auf sich, raffiniert ist auch das züchtig-schlichte Décolleté. Und schlichte Klasse hat auch ihren Preis, nämlich Fr. 3795.–. Bally, Bahnhofstr. 66, Zürich, sowie in Bally-Stores weltweit.

2 — Die treue Nachfolgerin des Modells «Rainbow Flyback», das 1997 für die französische Luftwaffe entwickelt wurde, ist mit dem weltweit präzisesten Automatik-Chronografenwerk – dem legendären «El Primero» – ausgestattet und schmückt sich zusätzlich mit den Funktionen «Striking 10th» und «Flyback». Präzision und Zuverlässigkeit zeichnen die Manufaktur Zenith seit 1865 aus. Schon sehr früh stellte sie ihre Leidenschaft für die Präzision in den Dienst des Flug- und Transportwesens. Heute reiht sich dieser Manufakturchronograf in die faszinierende Welt der Militär- und Sportluftfahrt ein, in der höchste Leistung und absolutes Vertrauen in die Teamkameraden im Vordergrund stehen. Erster «El Primero Flyback»-Chronograf mit Automatikaufzug und Anzeige der Zehntelsekunde. Preis auf Anfrage. Informationen: www.zenith-watches.com.

3 — Die verspiegelte Clutch passt perfekt in den amüsanten Schneewittchen-Film «Mirror Mirror» mit Lily Collins und Julia Roberts. Der einem äsenden Tier – einem Schaf? – nachempfundene Verschluss verleiht ihr surrealen Chic. Die Abendtasche kostet exakt einen Tausender weniger als das Lederkleid von Bally, also Fr. 2795.–, und ist ebenfalls von Bally. Bally, Bahnhofstr. 66, Zürich, sowie in Bally-Stores weltweit.

4 — Caran d’Ache, Maison de Haute Ecriture, würdigt mit einem neuen Modell seiner mythischen Kollektion «Ecridor» den modernen Urbanismus. «Lignes urbaines» ist für Architekturfans konzipiert, die sich für die schwindelerregende Ästhetik und das Ultra-Design von Wolkenkratzern begeistern. Ab April erhältlich in allen Caran-d’Ache-Verkaufsstellen. Kugelschreiber in Palladium: Fr. 132.–, in Gold: Fr. 190.–.



1



2



3



4



Öffentliche Geheimsache

Von *Andreas Thiel* — Die exklusive Originalveröffentlichung des geheimen Abhörprotokolls einer diskreten Hausdurchsuchung – Dingdong ...

Oberstaatsanwalt: Guten Tag, Herr Blocher.
Blocher: Woher wissen Sie meinen Namen?
Oberstaatsanwalt: Aber Sie kennt man doch.
Blocher: Ach?
Oberstaatsanwalt: Aber Herr Blocher ...
Blocher: Pssst, nicht so laut!
Oberstaatsanwalt: Wieso?
Blocher: Ich bin inkognito hier.
Oberstaatsanwalt: Aber Sie wohnen doch hier.
Blocher: Woher wissen Sie das?
Oberstaatsanwalt: Ihr Name steht an der Tür.
Blocher: Auch das noch.
Oberstaatsanwalt: Und Ihr Wagen parkt in der Einfahrt.
Blocher: Nicht so laut, die Nachbarn könnten uns hören.
Oberstaatsanwalt: Sind Sie etwa heimlich zu Hause?
Blocher: Ja, aber bitte behalten Sie es für sich.
Oberstaatsanwalt: Warum?
Blocher: Das erkläre ich Ihnen drinnen, man kann nie sicher sein, kommen Sie, Herr Brunner.
Oberstaatsanwalt: Wie? Was? Woher wissen Sie meinen Namen?
Blocher: Sie haben vergessen, Ihr Namensschild abzunehmen.
Oberstaatsanwalt: Huch, das ist noch vom heutigen Kaderseminar.
Blocher: Was für Seminare besucht denn so ein Oberstaatsanwalt?
Oberstaatsanwalt: Es ging um Geheimhaltung und die Vermeidung von Informationslecks. Aber woher wissen Sie, dass ich Oberstaatsanwalt bin?
Blocher: Ich habe Sie im Fernsehen gesehen.
Oberstaatsanwalt: Tatsächlich?
Blocher: Möchten Sie das Haus gleich durchsuchen, oder mögen Sie erst einen Kaffee?
Oberstaatsanwalt: Wieso wissen Sie, dass ich einen Durchsuchungsbefehl habe?
Blocher: Das darf ich Ihnen nicht verraten.
Oberstaatsanwalt: Warum nicht?
Blocher: Ich habe mein Ehrenwort gegeben.
Oberstaatsanwalt: Ich will nicht indiskret sein, aber hat da jemand geredet?
Blocher: Bitte sprechen Sie leise, meine Frau schläft.
Oberstaatsanwalt: Entschuldigen Sie, aber können Sie mir nicht einen Tipp geben?
Blocher: Sagen Sie es nicht weiter, aber ich habe den Hinweis vom Dorfpfarrer. Aber der beruft sich auf das Beichtgeheimnis. Was suchen Sie bei mir?
Oberstaatsanwalt: Das darf ich nicht sagen. Haben Sie denn etwas zu verheimlichen?



Blocher: Worum geht es?
Oberstaatsanwalt: Diese Frage kann ich nicht beantworten. Gibt es irgendwelche Verstecke in diesem Haus, geheime Tresore?
Blocher: Nicht dass ich wüsste.
Oberstaatsanwalt: Haben Sie jemals geheime Dokumente sonst wo aufbewahrt oder irgendwem weitergegeben?
Blocher: Ich kann mich an nichts erinnern.
Oberstaatsanwalt: Sind Sie sicher?
Blocher: Möchten Sie ein Stück Kuchen?
Oberstaatsanwalt: Woher wissen Sie, dass ich Kuchen mag?
Blocher: Das hat meine Frau in der *Schweizer Illustrierten* gelesen. Ich glaube, Ihre Frau hat das gesagt.
Oberstaatsanwalt: Meine Frau war in der *Schweizer Illustrierten*?
Blocher: Ja, bei dieser Homestory.
Oberstaatsanwalt: Ach, das hatte ich schon wieder vergessen.
Blocher: Und zwei Stück Zucker in den Kaffee, nicht wahr?
Oberstaatsanwalt: Sie sind hervorragend informiert. Und der Kuchen ist ausgesprochen lecker. Hat Ihre Frau den gebacken?
Blocher: Ja, nach einem Geheimrezept.
Oberstaatsanwalt: Würde Ihre Frau meiner das Rezept verraten?
Blocher: Aber sicher. Noch einen Kaffee?
Oberstaatsanwalt: Ja gerne, der ist ja auch ausserordentlich gut.
Blocher: Soll ich Ihnen ein Geheimnis verraten?
Oberstaatsanwalt: Ich werde es niemandem weitersagen.
Blocher: Ehrenwort?
Oberstaatsanwalt: Ich bin verschwiegen wie ein Grab.
Blocher: Kann ich Ihnen vertrauen?
Oberstaatsanwalt: Hundertprozentig.
Blocher: Ich tue immer ein bisschen Kardamom in den Kaffee.
Oberstaatsanwalt: Nein, das macht also den Geschmack aus! Da wäre ich nie drauf gekommen.
Blocher: Aber ich möchte Sie nicht aufhalten. Sie sind gekommen, um das Haus zu durchsuchen.
Oberstaatsanwalt: Ah ja, genau. Wissen Sie was? Hier ist meine Karte. Wenn Ihnen etwas Verdächtiges auffällt, dann rufen Sie mich doch einfach an.

Andreas Thiel, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Ein Schläfer

Von *Peter Rüedi*



Es gibt mehrere Gründe, weshalb ich kein Port-Trinker bin. Der Rat meines Arztes, der mich zu meinem Ärger gern einen «Borderline-Diabetiker» nennt, ist noch der geringste. Ein Glas Sauternes akzeptiere ich allemal mit Freuden (wenn's nicht gerade um neun in der Früh ist). Ich kenne die verbreitete Leidenschaft der Engländer für die Süssen aus Portugal. Dennoch kommen mir Port-addicts immer vor wie Mitglieder einer Geheimloge, ältere Herrschaften zumal (Damen inbegriffen), die ihren fröstelnden Lebensmut mit fassgereiftem Tawny oder einem Vintage Port befeuern. Nur schon die Terminologie: der Ruby (der einfachste junge Port), der Tawny (so lange im Fass, bis er die bernsteinbraune Tönung annimmt), der Vintage Port (ein Jahrgangswein nur aus besonders guten Ernten) und so weiter und so fort.

Im Prinzip werden zwei Hauptkategorien unterschieden: im Fass gereifte Ports und solche, die in der Flasche erwachsen werden müssen. Keine Regel ohne Ausnahme, kommt doch hier von der Quinta do Vallado, dem weltweit hochgepriesenen Betrieb von João Ferreira Alvares Ribeiro und Francisco Ferreira (auch an dieser Stelle veranlasste uns eine trockene rote Douro-Reserva zu spitzen Jubelschreien), ein Vintage Port – der erste seit 1811, der Gründung des für seine Ports berühmten Hauses. Allerdings konzentrierten sich die Cousins erst seit 1990 auf die eine Quinta do Vallado und legen jetzt ihre erste Single Quinta Vintage vor (noch eine Kategorie!). 2009, zwei Jahre im Fass, jetzt auf der Flasche – eine hochprozentige, komplexe, geradezu einschüchternde Fruchtbombe. Sie hat einen kleinen Nachteil: Man sollte sie jetzt kaufen, in einer Ecke des Kellers vergessen und in zwanzig Jahren, wenn man den Lismer auch im Hochsommer nicht missen mag, den Butler danach ausschicken. So man einen hat (und noch eine vage Erinnerung an den Kauf). Sie heute zu öffnen, ist eigentlich ein pädophiles Delikt. Wer hat schon die Gabe des prospektiven Degustierens grosser Ports? Ich leider nicht.

Quinta do Vallado: Vintage Port Adelaide 2009. 19,5%. Rutishauser. Fr. 58.–. www.rutishauser.com



Night of the Jumps

Die Luft brennt, der Atem stockt. Die weltbesten Motocross-Freestyler präsentieren Motorrad-Akrobatik auf höchstem Niveau. Die härteste Freestyle-WM aller Zeiten am 13./14. April 2012 in Basel.

Am 13./14. April 2012 erlebt die Schweiz den besten und härtesten Freestyle-Motocross-Sport aller Zeiten. Zum sechsten Mal fliegen die weltbesten FMX-Athleten zur «Night of the Jumps»/FIM Freestyle MX World Championship in der St. Jakobs-Halle Basel ein, um im Kampf um Medaillen und Preisgelder mehr als Kopf und Kragen zu riskieren. Mit absoluter Sicherheit wird es massig Trickpremierer hageln.

Aber das ist nur ein Teil der sensationellsten «Night of the Jumps» aller Zeiten. Natürlich liefern sich die FMX-Sportler aus nahezu allen Kontinenten wieder den ultimativen Kampf um die wichtigen WM-Punkte im Freestyle-Wettbewerb. Gegenseitig werden sie sich mit ihren schwierigsten Tricks und Backflips beflecken.

Das Fahrerfeld wird angeführt von den Superstars der Freestyle-Motocross-Szene um Josh Sheehan (AUS), Libor Podmol (CZE), Brice Izzo (FRA) und Jose Miralles (ESP). Gegen diese Topstars werden die Schweizer Wild-Card-Fahrer und womöglich auch Mat Rebeaud um den Einzug ins Finale kämpfen. Zwölf Sportler aus unterschiedlichsten Teilen der Welt kämpfen beim Freestyle, Race and Style-Contest und Highest Air um den Sieg. Eine Menge Zündstoff wird in allen Wettbewerben der «Night of the Jumps» abgefeuert, der die Zuschauer von ihren Sitzen katapultiert. Wer sich diese Motorrad-Trickschlacht entgehen lässt, ist selber schuld.

Weltwoche-Spezialangebot

NIGHT OF THE JUMPS

Öffnungszeiten

Freitag, 13. April 2012:
Einlass 18 Uhr, Beginn: 20 Uhr
Samstag, 14. April 2012:
Einlass 17 Uhr, Beginn: 19 Uhr

Tickets

Kategorien	Normalpreis	Preis Platin-Club Wewo (entspricht 15% Rabatt)
VIP	299.–	254.–
1. Kat.	93.–	79.–
2. Kat.	81.–	69.–
3. Kat.	72.–	61.–
4. Kat.	53.–	45.–
5. Kat.	43.–	37.–

Veranstaltungsort

St. Jakob-Halle Basel

Bestellung

Rabattierte Tickets erhalten Sie bei www.startickets.ch. Bitte geben Sie bei Ihrer Bestellung den Promotion-Code «wsBasel2012» an.

Veranstalter

Feel IT, Production GmbH, Bern



Auto

Leicht ist gut

Die erfreuliche Fahrt in einem SX4 beweist: An einem Suzuki ist nichts zu viel, aber alles vorhanden. *Von David Schnapp*

Es ist gut, wenn eine Marke einen festen Kern hat. Dass man also genau weiss, was man kriegt, wenn man ein Produkt dieser Marke kauft. Suzuki ist unter den Autoherstellern eine solche Marke. Die Japaner bauen in der Mehrzahl kompakte Fahrzeuge, meist mit Vierradantrieb, zu einem vernünftigen Preis. Das ist der einfach zu beschreibende Kern der Marke, die in Japan hinter Toyota und Nissan die Nummer drei auf dem Markt ist.

Auf die Testfahrt in einem Suzuki freute ich mich, weil eben klar ist, was einem geboten wird: *no bullshit*, um es direkt auszudrücken.

Suzuki SX4 Diesel 4x4 GL Top

Leistung: 135 PS, Hubraum: 1956 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 180 km/h
Preis: ab Fr. 24 990.–



Der SX4 zum Beispiel, um den es hier geht, ist ein handliches Auto, das man ebenso mühelos in jedes Parkhaus bringt, wie man damit im Winter jedes Bergdorf erreicht, um dort seine Zweitwohnung zu besuchen – oder so. Das Auto ist 1475 Kilogramm schwer, das ist nicht viel, spart Sprit und sorgt in Verbindung mit dem Vier-Zylinder-Dieselmotor für munteres Vorwärtskommen. Die relative Leichtigkeit des Suzuki ist auch auf die spartanische Ausstattung und den Verzicht auf viele elektronische Spielereien zurückzuführen. Es ist zwar durchaus reizvoll, sich von Abstandsregeltempomaten, komplexen Navigationsanlagen und anderen Helfern durch den Verkehr tragen zu lassen. Aber ohne geht es auch.

Dass Suzuki kleine, leichte Autos baut, hat seinen Grund in der Geschichte der Marke, die, 1909 gegründet, zuerst Webstühle herstellte, später wie alle japanischen Fabriken Kriegsmaterial produzierte und dann Motorräder herstellte. 1955 kam der Suzulight auf den Markt, das erste Serienauto des Hauses. Die Erfahrung aus dem Motorradbau ermöglichte es, auch Autos mit sehr kompakten

Motoren auszustatten: Der Suzulight wog lediglich 490 Kilogramm.

Nur ein paar Tasten

Ich habe zwar noch nie einen Suzulight von nahem gesehen, aber vermutlich war er nicht viel komplizierter zu bedienen als fast sechzig Jahre später ein SX4. Es gibt ein paar Tasten für die Klimaanlage, ein paar für das Radio und noch einen wichtigen Kippschalter für den Antrieb: Zur Wahl stehen Front- und Allradmodus sowie, wenn es der Untergrund erfordert (Schlamm, Schnee), der Sperrmodus «4WD Lock». Ein paar Komforteinrichtungen sind dann doch vorhanden: Eine Lichtautomatik ist eingebaut, und einen Zündschlüssel braucht man auch nicht mehr. Wer mehr Luxus will, findet auf der kurzen Optionenliste sogar Massagesitze (Fr. 490.– pro Sitz).

So problemlos, wie sich der SX4 bedienen lässt, so lässt er sich auch fahren. Der Dieselmotor beschleunigt den Wagen kräftig, läuft schon nach kurzer Aufwärmzeit ruhig und verbraucht wenig Treibstoff: 5,3 Liter beträgt der Normverbrauch, etwa 6,5 werden es in der Realität. Zu Kritik Anlass geben die Sitze, die für lange Fahrten nicht den gemütlichsten Eindruck machen, und die Handschaltung, die etwas harkelig wirkte.

Ansonsten gilt auch für diesen Suzuki: Man weiss, was man kriegt, und das ist gut.

Die Wollnys

Die Hausfrau Sylvia Wollny, 47, und der Frührentner Dieter Wollny, 53, haben kürzlich geheiratet. Ihre elf Kinder und über eine Million Fernsehzuschauer waren dabei.

Dieter: Wir waren bereits einmal miteinander verheiratet. Das war vor über 25 Jahren. Die Ehe hielt leider nur wenige Monate. Ich war so blöd und ging – fünf Wochen nach der Trauung – fremd. Das liess sich meine Frau nicht gefallen. Später fanden wir wieder zueinander, bald wurde unser erstes Kind geboren. In der Zwischenzeit haben wir elf Stück. Das älteste ist 23 Jahre alt, das jüngste ist 6-jährig. Die exotischen Namen stammen mehrheitlich aus Filmen, und eine Tochter heisst wie Dieter Bohlers Ex-Frau: Estefania.

Sylvia: Mein letztes Paar Schuhe habe ich vor fünfzehn Jahren gekauft. Weil ich der Meinung bin, dass jede Familie einen Notgroschen auf der Seite haben sollte, liegen neue Kleider nicht drin. So riesige Familien scheinen doch kurios zu sein, und viele moderne Paare können sich so ein Leben, wie wir es führen, nicht vorstellen. Was ein Grossstadt-Single am Samstagnachmittag schnell beim Shoppen ausgibt – 170 Euro –, muss bei uns alle Essenswünsche für eine ganze Woche abdecken. Als uns das Fernsehen anfragte, ob wir für eine Reality-Show zur Verfügung stehen würden, sagten wir natürlich sofort zu. Damit die Zuschauer sehen, wie schön es mit so vielen Kindern ist!

Dieter: Jetzt haben wir bereits 50 000 Facebook-Fans, einen eigenen Manager, und wenn «Die Wollnys» ausgestrahlt wird, sitzt bis zu einer Million Zuschauer vor der Kiste. Sie sehen zu, wie sich meine geschiedene Frau durch alle Etagen unseres Häusleins putzt, während ich für Hausmeisterarbeiten und Chauffeurdienste zuständig bin.

Sylvia: Waschen, bügeln, einkaufen, putzen: Mein Tag beginnt morgens um fünf Uhr und endet nach Mitternacht. Die älteren Kinder helfen ein wenig mit, aber nach acht Stunden Schule sollen die zu zu Hause nicht noch Wäschetrommelstress haben, wie wir es nennen.

Dieter: Die Zuschauer bekommen fast alles mit und sind auch dabei, wenn wir mit dem «Wolly-Mobil», einem alten VW-Bus, in die Ferien reisen. Ein Höhepunkt war natürlich meine Entscheidung, Sylvia doch noch einen zweiten Heiratsantrag zu machen. Unsere



«50 000 Facebook-Fans»: Sylvia und Dieter Wollny.

acht Töchter wollten es auch, die wussten, dass die Mutter, wenn überhaupt, eine pompöse Sissi-Hochzeit wollte, und waren Feuer und Flamme für den Plan.

Sylvia: Dieter rief mich an und sagte, zwei Kinder seien ins Wasser gefallen, ich müsse mit trockenen Kleidern an den Fluss kommen. Super. Es war schon dunkel, ich meckerte noch ein wenig rum und machte mich auf den Weg. Er und die Kinder hatten ein rotes Papierherz auf den Boden gelegt, rundherum brannten Kerzen. Nun schwante mir Böses. Prompt las Dieter ein Liebesgedicht vor, zerrte eine Schachtel aus der Jacke und stülpte mir wortlos einen Ring über. Was sollte ich sagen? Logisch, heiratet man den Mann, mit dem man elf Kinder hat.

Dieter: Die Finanzierung des Festes war nicht einfach, zum Glück baggerte Sylvia die Notgroschen zur Seite. Die Hochzeit war wunderschön. Meine Frau trug ein weisses Prinzessin-

nenkleid, neue Schuhe, und die Haare waren toll frisiert – mit Schleier und allem Drum und Dran. Wir fuhren in der Kutsche zur Kirche. Die Kinder trugen das Eheversprechen, vor dem Altar stehend, vor. Die halbe Stadt war auf den Füßen, und die Einschaltquoten sprangen bei der Ausstrahlung des grossen Tages nochmals in die Höhe. Offenbar haben wir auch eine unserer Töchter angespornt. Sie hat sich in der Zwischenzeit auch verlobt, obwohl sie erst siebzehn ist.

Sylvia: Wir haben nicht viel Geld, und die Jüngsten sind wir auch nicht mehr. Dennoch ist die Familienplanung nicht abgeschlossen: Unser grösster Wunsch sind ehelich geborene Zwillinge.

Protokoll: **Franziska K. Müller**
Hochzeit mit den Wollnys: www.die-wollnys.tv

CORNÈRCARD – MEINE REFERENZ FÜR KREDIT- UND PREPAIDKARTEN.



Meine Wahl:
Cornèrcard Classic.



Auch als **duo**
Zwei Karten und mehr zum Preis von einer.

Cornèrcard bietet für alle und alles die passende Karte.
0844 00 41 41 oder www.cornercard.ch/classic

cornèrcard
— www.cornercard.ch —